Heute auf Seite 16: „Auch gegenüber Polen bleibt die deutsche Frage offen"

Das Ostpreußenblatt
UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Jahrgang 26 — Folge 44
2 Hamburg 13, Parkallee 84 / 1. November 1975
C 5524 C

Die Einheit bleibt unser Auftrag

Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe bestätigt die fortbestehende Zugehörigkeit der Oder-Neiße-Gebiete zu Deutschland

In der vergangenen Woche ist den Beschwerdeführern die Begründung des Bundesverfassungsgerichts zugestellt worden, mit der der 1. Senat acht seit 1972 anhängige Verfassungsbeschwerden gegen den Moskauer und den Warschauer Vertrag verworfen hat. Damit hat das oberste Gericht der Bundesrepublik erstmals zu der Frage Stellung genommen, ob die Ostverträge von 1970 mit unserer Verfassung vereinbar sind. Es kommt zu dem Ergebnis, daß grundrechtlich geschützte individuelle Rechtspositionen durch die Verträge nicht betroffen sind. Insbesondere schmälern die Verträge keine privaten Vermögensrechte und bewirken sie keinen Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit.

Zu einem solchen Schluß konnte das Gericht nur auf dem Boden der Feststellung kommen, daß der völkerrechtliche Status der deutschen Ostgebiete durch die Verträge nicht verändert worden sei. Insofern ist der neue Richterspruch aus Karlsruhe eine gute Botschaft. Die Entscheidung beruht auf einer Auslegung der beiden Ostverträge in der Deutschlandfrage, die bereits durch das bekannte Urteil des 2. Senats vom 31. Juli 1973 zum Grundvertrag mit der „DDR" vorgezeichnet war. Der neue Beschluß nimmt auf dieses grundlegende Urteil ausdrücklich Bezug und bestätigt die fortbestehende Zugehörigkeit zu Deutschland auch für die Oder-Neiße-Gebiete. Das Gericht stellt fest, beiden Verträgen könne „nicht die Wirkung beigemessen werden, daß die Gebiete östlich von Oder und Neiße mit dem Inkrafttreten der Ostverträge aus der rechtlichen Zugehörigkeit zu Deutschland entlassen und der Souveränität, also sowohl der territorialen wie der personalen Hoheitsgewalt der Sowjetunion und Polens endgültig unterstellt worden seien".

Damit ist durch ausdrücklichen Spruch von Karlsruhe auch für die Ostverträge eine Auslegung festgeschrieben, die klarstellt, daß die Oder-Neiße-Gebiete nach wie vor zu Deutschland gehören. Nach dem im Grundvertragsurteil bekräftigten Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes bleibt die Wiederherstellung der Einheit des deutschen Gesamtstaats Verfassungsauftrag.



Die künftige Gestaltung Spaniens — nach dem Abgang Francos — wird mit darüber entscheiden, ob einmal in Europa die Lichter ausgehen werden Foto AP

Wenn Franco stirbt

Montag, den 27. Oktober

H. W. — Wenn nicht das geschieht, das man gemeinhin als ein Wunder bezeichnet, sind die Tage des Generals Franco gezählt. Ob sich seine schwere Erkrankung noch einige Tage hinzieht, ist dabei ohne Bedeutung. Ohne Bedeutung jedenfalls für das Spanien, das morgen weiterleben muß. Ohne den Caudillo, der im Jahre 1936 aufbrach, um das Land auf der iberischen Halbinsel davor zu bewahren, ganz nach links abzugleiten. Willy Brandt, der schon damals auf der anderen Seite stand, hat vor einigen Wochen bemerkt, es könne sein, daß das Spanien Francos nicht den 40. Jahrestag dieses Aufbruchs vom Juli 1936 erleben werde. Und es gab einmal Stimmen, die meinten, der designierte König von Spanien werde die Trauerfeier für den Generalissimus nicht überleben. Wir möchten allerdings meinen, daß derartige Spekulationen den Ereignissen weit vorauseilen und auch nach Francos Tod ein stabilisierender Faktor in Spanien verbleibt, anders als in Portugal.

Denn dort sind die Verhältnisse auch heute keineswegs konsolidiert und die Gefahr, daß sich ein Rätesystem entwickelt, ist keineswegs ausgestanden.

Darauf zu hoffen, daß etwa Mario Soares Garant für ein Portugal sozialdemokratischer Prägung — alter Art — sein könnte, ist von ihm kürzlich selbst ad absurdum geführt worden, als er klarmachte, daß sein Sozialismus etwas ganz anderes bedeutet. Gerade wegen der gespannten Lage in Portugal ist entscheidend, wie sich die Dinge in Spanien gestalten werden, wenn die harte Hand des Caudillo erstarrt sein wird.

Von Spanien wandert unser Blick nach Italien, dessen Lage ebenfalls als ernst bezeichnet werden muß. Die Kommunisten glauben, den langen Marsch an die Macht bald hinter sich zu haben. Selbst wenn sie sich darauf einrichten sollten, zunächst Koalitionen mit den Sozialisten und den Parteien der Mitte einzugehen — nur deshalb, weil sie aus der Not eine Tugend machen — so kann kein Zweifel daran bestehen, daß sie ein derartiges Engagement nur als eine Ehe auf Zeit ansehen und danach trachten, alsbald die uneingeschränkte Macht ausüben zu können. Nicht selten hört man, daß angesichts dieser Entwicklung selbst der Vatikan bemüht sei, sich mit Kräften zu arrangieren, die ihren Honig daraus saugen, daß die herrschenden Parteien es nicht verstanden haben, das Millionenheer der Arbeitslosen zu stoppen, die Korruption auszuschalten, die Profitgier der Reichen abzublocken und dem Elend der Armen abzuhelfen.

Aber keineswegs nur an diesem Brennpunkt ziehen Gefahren für Europa auf: auch in Jugoslawien regiert mit Josip Broz-Tito ein Mann, der das 80. Lebensjahr überschritten hat und mit dessen Abgang gerechnet werden muß. Nicht heute und morgen, aber in einer überschaubaren Zeit. Nicht nur in Jugoslawien stellt man sich die Frage, was nach Titos Tod kommen und ob Moskau dann den Versuch unternehmen wird, auch über Belgrad an das Mittelmeer zu gelangen.

Ist mit Portugal schon die Südwestflanke der NATO gefährdet, so sieht es an der Südostflanke nicht sehr viel besser aus. Griechenland und die Türkei tragen ihre Querelen aus und liebend gerne würden die Sowjets für die Türken das bedeuten, was heute noch die Vereinigten Staaten sind. Wenn auch gewisse Gefahren, die vor Wochen noch aktueller im Raum standen, zur Stunde gebannt erscheinen, so sind die Probleme letztlich doch nicht vom Tisch.

Das alles zeigt, daß sich Europa zur Zeit in keiner rosigen Situation befindet. Die in den westeuropäischen Ländern grassierende Wirtschaftskrise könnte eine Unzufriedenheit nähren, die von den Kommunisten genutzt würde. Das in den westlichen Demokratien oft gebotene Parteiengezänk und die Unfähigkeit, mit den Problemen der Zeit fertig zu werden, könnte dem kommunistisch beherrschten Osten die Möglichkeit bieten, sich als Retter in der Not zu empfehlen. Wobei die Tatsache, daß der Westen den kommunistischen Staaten großzügige Kredite bietet, dann Lenins Wort von den Stricken bestätigen würde, die die Kapitalisten bereitwilligst überreichen, damit sie daran eines Tages aufgehangen werden.

Der Abgang Francos ist daher keineswegs ein Ereignis, das nur Spanien angeht. Die künftige Gestaltung Spaniens wird vielmehr mit darüber entscheiden, ob einmal in Europa die Lichter ausgehen.

Hat die Union den Wahlsieg 1976 schon verspielt?

Schmidt nur Übergangskanzler — Comeback Brandts wird bereits vorbereitet

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Diskussionen, die in jüngster Zeit wieder in den Unionsparteien aufgebrochen sind, wenig *geeignet waren, das Image dieser Partei zu* fördern. Und hier muß festgehalten werden, daß es der Generalsekretär Biedenkopf war, der eine vollends überflüssige Diskussion ausgelöst und dem Wähler die Frage gestellt hat, ob die CDU tatsächlich in der Lage sein wird, *im Herbst* 1976 eine echte Alternative zu den Regierungsparteien zu bilden. Gerade im Hinblick auf die anstehenden Parteitage der FDP und der Sozialdemokraten muß man die Diskussion in der *CDU mehr als bedauern; die* Parteizentralen der Regierungskoalition dagegen können eigentlich sehr befriedigt sein, denn in den letzten Wochen hat die CDU der Presse die Schlagzeilen geliefert und dabei von den ernsten Problemen abgelenkt, die im Regierungslager vorhanden sind.

So hört man in Bonn, die Unionsparteien bereiteten sich für das Jahr 1980 vor, um erst dann die Regierung zu übernehmen. Sollte es eine solche Spekulation überhaupt geben, so wäre davor zu warnen, denn eine sozialliberale Regierung, die weitere vier Jahre am Drücker bliebe, könnte Voraussetzungen dafür schaffen, daß 1980 das Rennen für die Union gelaufen ist.

In der Koalition dürfte man darauf spekulieren, daß, wenn die Union es 1976 nicht schafft, deren führende Männer sich auf ihre Länderpositionen konzentrieren werden: Kohl auf Rheinland-Pfalz, Stoltenberg auf Schleswig-Holstein, Strauß auf Bayern und von Dregger meint man, daß er dann verstärkte Anstrengungen unternimmt, Nachfolger Oswalds in Hessen zu werden. Bliebe alsdann eben der Generalsekretär, der versuchen könnte, sich mit Hilfe der „Sozialausschüsse" und der „Jungen Union" in Bonn zu behaupten, um von dieser Basis aus Anstrengungen zu unternehmen, im Jahre 1980 selbst Bundeskanzler zu werden.

Während man allgemein davon ausgeht, daß der Generalsekretär einer Partei weniger persönliche politische Ambitionen, wenigstens nicht solche, die sich auf ein Staatsamt beziehen, besitzt, sondern seine Kraft darauf aufwendet, **„die Partei auf Vordermann zu bringen"**, halten **es Beobachter der Bonner Szene keineswegs für** ausgeschlossen, daß es dem CDU-Generalsekretär darum geht, eigenes politisches Gewicht zu gewinnen. Es wird zwar Biedenkopf nicht be*stritten, daß es ihm gelungen ist, Erfolge* zu erzielen, wie zum Beispiel die Steigerung der Mitgliederzahlen, doch dürfte auch er eigentlich wissen, daß eine Partei kein Industrieunternehmen ist. Das bezieht sich auch auf die Propa*ganda in den Wahlkampfzeiten und wenn nicht* alles trügt, ist man hier dabei — wie im Mai in Nordrhein-Westfalen — einen falschen Weg zu gehen. *„Das beste Persil — das es je gab"* — mag für einen Waschmittelkonzern ein guter *Slogan sein, in der Politik jedoch* etwa mit „Helmut ist der Beste!" *zu arbeiten*, erscheint uns rührend, aber naiv. Im übrigen wäre festzustellen, daß Helmut Schmidt mit den Mitteln der Regierungspropaganda vermutlich weit größere Möglichkeiten besitzt, sich als den noch besseren Helmut verkaufen zu lassen.

So wird sich also die Union etwas anderes als eine unpolitisch-dümmliche Aussage einfallen lassen müssen und vor allem wird sie die Querelen im eigenen Lager beenden müssen.

Im Prinzip sind ihre Chancen nicht einmal schlecht, denn dem Bürger wird — nicht zuletzt durch die wirtschaftliche Situation — immer geläufiger, was von sozialliberaler Regierungskunst zu halten ist. Hier und heute sollen die Gegensätze zwischen der SPD und ihrem kleinen Koalitionspartner nicht angesprochen werden, doch scheint es uns zweckmäßig, übertriebene Hoffnungen zu dämpfen, die darauf abzielen, die FDP könnte zur CDU abschwenken. Wollte die Führung der Liberalen einen solchen Weg gehen, so würde sie bald erkennen, daß „die Truppe nicht mitzieht", denn die Basis der heutigen FDP ist weit mehr nach links abgedriftet, als das gemeinhin in Erscheinung tritt. Sicherlich ist die Situation im Lager der Regierungsparteien alles andere als rosig und nicht selten hört man, Willy Brandt lege es darauf an, spätestens wieder im Jahre 1980 in das Bundeskanzleramt zurückzukehren. So wird die von einer Zeitung gebrachte Meldung über den Gesundheitszustand des Bundeskanzlers Schmidt (die ein entsprechendes Dementi des Regierungssprechers auslöste) mit gesteuerten Informationen in Verbindung gebracht, die von Kreisen *ausgestreut sein* könnten, denen daran gelegen ist, Schmidt abzuwerten und ihrem Idol Brandt den Weg in *das Kanzleramt zu ebnen.*

Wir haben immer die Auffassung vertreten, daß sich Helmut Schmidts Schicksal an der Wirtschaft entscheidet und sollte es ihm nicht gelingen, einen überzeugenden Wahlerfolg zu erzielen, so würde das zweifelsohne entsprechende Auswirkungen haben. Würde er aber die wirtschafts- und finanzpolitischen Probleme lösen und über 1976 die Koalition mit der FDP halten können, so hält man es nicht für ausgeschlossen, daß dann die *„linken Reformpolitiker in der SPD"* mit ihren reformverändernden Plänen wieder offen hervortreten. Letztlich aber sind diese Kreise der Meinung, daß erst mit einem Bundeskanzler Brandt es möglich sein würde, eine grundsätzliche Veränderung der gesellschaftlichen Situation herbeizuführen. Schmidt wird in diesen Kreisen nur als ein Übergang akzeptiert, das Comeback Willy Brandts bleibt das vorrangige Ziel.

Diejenigen Kräfte in der SPD, die in Helmut Schmidt den besseren Mann sehen und sich von einer Wiederkehr Brandts nichts versprechen, vertreten die Meinung, es wäre richtiger gewesen, wenn beim Abgang Brandts sein Nachfolger auch die Parteiführung übernommen hätte. Schmidt, so meinen sie, würde sich nämlich nur dann halten können, wenn es ihm gelinge, auch den Parteivorsitz zu erreichen — doch solche Möglichkeiten scheinen außerhalb jeder Realisierung zu stehen, denn innerhalb der Parteiführung dürfte die Sympathie für Willy Brandt vorherrschen. Man weist in diesem Zusammenhang auch darauf hin, daß innerhalb der in Europa immer stärker hervortretenden sozialistischen Internationale der frühere Kanzler weit mehr Gewicht besitze und schon von dieser Position aus seine Stellung innerhalb der Sozialdemokraten unanfechtbar sei. Schmidt sei es aufgegeben, mit den Querelen und den Schwierigkeiten der Stunde fertigzuwerden, Brandt jedoch bleibe die Hoffnung aller jener Linkskreise, vor denen der aus der SPD ausgetretene Wirtschaftsminister Schiller mit den Worten gewarnt habe: **„Die wollen ja eine ganz andere Republik."**

Alfred Schöller

Winfried Martini:

Preisgekrönte Faseleien

Freundlich und verschmitzt grinsend trug der Pariser Professor für Politologie, Alfred Grossner, seine Dankesrede in Frankfurt vor, als er den Friedenspreis empfing, mit dem ihn der Börsenverein des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet hat. Er fühle sich „beunruhigt", meinte er, daß hierzulande „so viel vom Rechtsstaat und von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gesprochen" werde; ihm scheine, „die Betonung" liege „etwas zu sehr und immer mehr auf ‚Staat' und auf ‚Ordnung' und nicht mehr genug auf der Idee der freien politischen Tätigkeit des einzelnen, die gerade die Begriffe Staat und Ordnung nicht zum politischen autonomen Denken und Handeln auffordern".

Der Bürger vernimmt es mit einiger Verblüffung. Denn er weiß, daß der Staat sich zwar als Verwaltung immer mehr aufbläht und Kompetenzen beansprucht, daß er aber, soweit es um hoheitliches Handeln geht, seit Adenauers Ausscheiden reichlich schwach ist. Man kann einen Staat, der wegen Peter Lorenz im Fernsehen einen peinlichen Striptease aufführte, nicht gerade besonders machtvoll oder gar machtlüstern nennen.

Auch mit der Ordnung ist es nicht weit her. Als die APO und die Studenten rebellierten, beugten sich die Länder demütig mit z. T. aberwitzigen Hochschulgesetzen, und der Bund beeilte sich 1970, eine Amnestie und eine Strafrechts-„Reform" zu beschließen, die — beispielsweise bei Landfriedensbruch — rebellische Aktionen erleichtert.

Dank einer liberalen Strafprozeßordnung ist es Baader und Raspe, den Damen Meinhof und Ensslin sowie ihren Verteidigern möglich, unsere Rechtsstaatlichkeit der Lächerlichkeit preiszugeben. Zuviel Ordnung?

Und was meint Grosser mit „politischem autonomen Denken und Handeln", an dem nach seiner Auffassung bei uns zu viel Staat und Ordnung den einzelnen hindern? Hat der Bürger bei den Bundes- und Landtagswahlen, in den Parteien und bei Demonstrationen für ausgemachten Unfug nicht ausreichend Gelegenheit zu politischem autonomen Denken und Handeln, soweit er dazu fähig ist? Wünscht uns Grosser, „politisch autonome" Rechtsbrüche und Straßenschlachten? Anders sind seine sibyllischen Bemerkungen kaum aufzufassen.

Offenbar weiß der Preisträger nicht, daß ausschließlich der Staat in der Lage ist, die Grundrechte des einzelnen und die Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten — nicht irgendeine Gruppe, nicht irgendein Verband, sei er noch so mächtig wie der DGB. Indirekt, doch deutlich genug stimmt Grosser der Verfemung des Begriffes „law and order" zu, so als ob Ungesetzlichkeit und Unordnung zu unseren heiligsten Gütern zählten, die es so autonom wie möglich zu verteidigen gelte. Wahrhaftig: ein absonderlicher Kämpe des Friedens!

Und was soll es heißen, daß wir „so viel vom Rechtsstaat und von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung" reden? Sollen wir beides fahren lassen? Wer Grosser kennt, weiß, daß er das nicht meint; er drückt sich nur — milde gesagt — etwas verwirrt und verwirrend aus.

Das Volk hat von der so häufig auf allen Ebenen bewiesenen Feigheit des Staates und von der gegen das Strafgesetz gerichteten, aber allzu oft geduldeten Unordnung genug. Es verlangt vom Staate Schutz und nicht die Auslieferung an das Rasen Tollwütiger, die, wenn sie endlich gefaßt sind, auch noch die Justiz verhöhnen und lahmlegen dürfen. Vielleicht ändert Grosser seine etwas absurden Vorstellungen, wenn sich noch in Freiheit befindliche Mitglieder der RAF oder der „Bewegung 2. Juni" seiner gehörig annehmen und ihn fühlen lassen würden, wie großartig der von ihm empfohlene Mangel an Ordnung sich auswirken kann, und was es heißt, wenn Leute allzu „autonom" denken und handeln. Denn er scheint zu den vielen zu gehören, die fremde Erfahrungen so lange nicht zur Kenntnis nehmen, bis sie der eigene Leib zu spüren bekommt. Die Frage bleibt: was, um Himmels willen, mag Grosser unter „Politischer Wissenschaft" verstehen?

Heimat:

Deutsche Ostgebiete sind nicht Polen

England und USA verneinen die Anerkennung der „Westgebiete"

Ostpreußen, Ostpommern und Schlesien sind nach Auffassung Großbritanniens und der USA bisher nicht völkerrechtlich an Polen übergegangen. Dies ergibt sich einerseits aus einer Stellungnahme des zuständigen amerikanischen Unterstaatssekretärs vor einem Unterausschuß des Kongresses. In dem Schreiben der britischen Botschaft an einen amerikanischen Wissenschaftler vom 27. 6. 1975 wird erklärt, daß es „nicht der Fall sei", daß Ihrer Majestät Regierung im Zusammenhang mit dem deutsch-polnischen Vertragswerk von 1970 die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze anerkannt hat. In der Erklärung des amerikanischen Unterstaatssekretärs vom 8. 5. 1975 heißt es, daß die USA sich an „Wortlaut und Geist der Postdamer Vereinbarungen gebunden fühle, die festlegen, daß die territorialen Probleme Deutschlands in einem förmlichen Friedensvertrag geregelt werden müssen".

Diese Feststellungen der beiden angelsächsischen Verantwortungsmächte sind deshalb so gewichtig, weil die Zuständigkeit für Deutschland als Ganzes nicht bei der Bundesrepublik, sondern bei ihnen liegt.

Nachdem der Zuständige feststellt, daß der Gebietsübergang an Polen bisher nicht erfolgte, ist für polnische Enteignungen des deutschen Vermögens — jedenfalls ohne angemessene Entschädigung — kein Raum. Großbritannien und die USA müßten konsequenterweise den Standpunkt vertreten, daß die vertriebenen Deutschen noch heute Eigentümer ihres Vermögens sind oder — wenn sie die Enteignungen als solche anerkennen — der polnische Staat jedem einzelnen Deutschen zur angemessenen Entschädigungszahlung verpflichtet ist. Erst ab dem völkerrechtlichen Gebietsübergang besteht ein Entschädigungsanspruch an den eigenen Staat. Bis dahin braucht der eigene Staat lediglich eine Zahlung zu leisten, wie sie etwa im Rahmen des Lastenausgleichs gewährt wird. Aber auch hier ist der eigene Staat nicht ermessensfrei. Sofern er daran mitwirkt, daß seine Bürger ihren Nutzungsentzug erleiden, ist er zu angemessener Abgeltung des entgangenen Nutzungsertrages verpflichtet.

Durch die Ostverträge ist ein Nutzungsentzug für die Existenzdauer der Bundesrepublik eingetreten; die Bundesregierung hat hieran mitgewirkt. Das ist jedenfalls ein längerer Zeitraum als der, von dem das Lastenausgleichsgesetz 1952 und bei den folgenden großen Novellen ausging. Es erscheint daher gerechtfertigt, wenn die Vertriebenen aus den Ostverträgen die Forderung auf eine Erhöhung der Hauptentschädigung des Lastenausgleichs ableiten. **E. B.**

Gehört · gelesen · notiert

Ich halte die polnische Führung für aufrichtig. Ich bin gewiß, daß sie zu ihrem Wort steht.
Hans-Dietrich Genscher, Bundesaußenminister

Die grundsätzliche, langfristige Linie der Sowjetregierung auf die Entwicklung der allseitigen Zusammenarbeit mit der BRD wird von der ganzen sowjetischen Bevölkerung geteilt und unterstützt.
Wladlen Kusnezow, sowjetischer Publizist

Weil die Militärs in Moskau den Blitzkrieg vorbereiten, müssen sie wissen, daß jeder Vormarsch in Richtung Westen mit der Zerstörung der eigenen Basis zu bezahlen wäre.
Adelbert Weinstein
in der ‚Frankfurter Allgemeinen'

Die friedliche Koexistenz ist der direkte Weg zum Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab.
Michael Woslenskij
Professor der Moskauer Akademie der Wissenschaften

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß die beiden Supermächte heute die größten internationalen Ausbeuter und Unterdrücker und die Quelle eines neuen Weltkrieges sind.
Li Chiang
stellvertretender chinesischer Außenminister

Die Realität der Sowjetunion hält keinem Vergleich mit entwickelten kapitalistischen Ländern stand.
Andrej Sacharow, sowjetischer Atomphysiker
Systemkritiker und Nobelpreisträger 1975

Lenins Geisterarmee der ‚nützlichen Idioten' stirbt vermutlich nicht aus.
Walter Freitag
in der ‚Mittelbayerischen Zeitung', Regensburg

Blick nach Westen:

Wenn die Russen morgen Hamburg nehmen

Schlesingers Vorstellungen — Zur Verteidigungspolitik gehört eine klare Strategie

Aus verschiedenen zuverlässigen Quellen sind nach dem Pariser Besuch Schlesingers über seine Persönlichkeit und seine Vorstellungen folgende Einzelheiten zu erfahren:

Der amerikanische Verteidigungsminister ist ein Pragmatiker, der wenig von großen Konzepten, strategischen Spekulationen und langfristigen Erwägungen hält. Ihn beschäftigt nur die Frage, wie Europa dem mengenmäßig überlegenen sowjetischen Verteidigungspotential standhalten kann. Wenn dazu der Einsatz von Atomwaffen erforderlich ist, dann müssen sie verwendet werden, wobei es nicht nötig ist, den amerikanischen Kongreß und die breite Öffentlichkeit durch Grundsatzerklärungen zu alarmieren. Die SALT-Gespräche sind für ihn kein Bestandteil der Entspannungspolitik, sondern eine natürliche Angelegenheit, um das Atomrisiko im Rahmen des Möglichen zu verringern, ebenso wie den finanziellen Aufwand für die atomare Rüstung. Sie sollen an dem strategischen Gleichgewicht auf keinen Fall etwas ändern.

Widerspruchsvoll ist bei Schlesinger, daß er einerseits der Entspannungspolitik mit höchstem Mißtrauen gegenübersteht, andererseits jedoch in der Wiener Truppenreduzierungskonferenz eine gute Sache sieht. Auch in diesem Falle geht er von der Voraussetzung aus, daß die zu treffenden Vereinbarungen an dem strategischen Gleichgewicht nichts ändern. Für die politischen Rückwirkungen der MBFR scheint er kein großes Empfinden zu haben, weil er von der Voraussetzung ausgeht, daß auf jeden Fall für die europäische Sicherheit in erster Linie, um nicht zu sagen einzig und allein, die Vereinigten Staaten verantwortlich sind. Die Gefahr der Schaffung einer europäischen Zone mit Sonderstatut läßt ihn daher recht gleichgültig.

Ein weiterer Widerspruch in seinen pragmatischen Vorstellungen ergibt sich daraus, daß nach europäischer Ansicht das auf dem Kontinent verfügbare konventionelle Potential lediglich gestattet, einem sowjetisch konventionellen Angriff etwa acht Tage Widerstand zu leisten. In dieser Frist können jedoch die amerikanischen Streitkräfte auf dem Luftwege unter günstigen Bedingungen nur um zwei Divisionen verstärkt werden. Für den Aufbau eines wirkungsvollen konventionellen Potentials benötigten die USA, nach Schlesinger, 30 Tage. Was in der Zwischenzeit geschehen soll, ließ er offen. Natürlich denkt er an den Einsatz von taktischen und strategischen Atomwaffen.

Er ist sich andererseits der Gefahr der Verringerung der Glaubwürdigkeit des Abschreckungcharakters der Atomwaffen bewußt, wenn dauernd darüber gesprochen wird, daß sie nicht eingesetzt werden können, weil sonst die Welt einer Katastrophe entgegenginge. Schlesinger ist zweifellos darum bemüht, dem Atompotential seine Glaubwürdigkeit zurückzugeben. Dies erklären seine wiederholten Äußerungen über den möglichen Einsatz von Atomwaffen. Er möchte gerne, daß über die Atomwaffen nur noch diskret gesprochen wird. Der Gegner soll unbedingt in der Unsicherheit ihres Einsatzes leben. Man ist aber nicht sicher, daß ihm die Aufwertung der Abschreckung im jetzigen politischen Klima gelingen kann.

Die Franzosen stellten ihm die Frage, was geschehen würde, wenn sich die Sowjets mit einer beschränkten militärischen Aktion begnügten, ohne Westeuropa zu bedrohen, indem sie zum Beispiel in Jugoslawien einmarschierten oder Hamburg als Pfand nähmen. Seine Antwort war, in diesem Augenblick würden die Amerikaner entscheiden, was sie zu tun hätten. Er schloß den Einsatz von Atomwaffen nicht aus. Entscheidend ist jedoch nach französischer Überzeugung, daß die Sowjets auf derartige Aktionen verzichten, weil sie die atomare Repressalie tatsächlich in Rechnung stellen müssen. Um dieses Ziel zu erreichen, genügt keine pragmatische Verteidigungspolitik. Hierzu ist die Ankündigung einer klaren Strategie erforderlich.

Blick nach Osten:

Überall zieht Moskau die Fäden

Tito hat das geheime Wirken des Kreml endlich erkannt

In Portugal zerfallen die Autorität des Staates und die Disziplin in den Streitkräften in immer rascherem Tempo, die Wirtschaftskraft nimmt rapide ab. Der Ministerpräsident sieht den Zeitpunkt nahen, an dem das Land nicht mehr regierbar sein wird.

Wenn es dahin kommt, haben die Kommunisten gute Arbeit geleistet. Trotz ihrer überraschend hohen Niederlage bei den bisher einzigen freien Wahlen konnten ihre im kommunistischen Ausland geschulten Kader Verwaltung, Armee, Massenmedien und Wirtschaft durchsetzen.

Weil sie die Macht nicht im Wettstreit mit den anderen Parteien erreichen konnten, stürzen sie das Land ins Chaos, seit der Revolution der Bolschewiken im Jahre 1917 in Rußland ein mehrfach erprobtes Rezept, doch noch den Sieg zu erringen.

Im benachbarten Spanien wenden die Kommunisten die umgekehrte Methode an. Francos vorsichtige Schritte auf die Liberalisierung hin ließen erwarten, daß Spanien ohne Revolution auf den Weg in eine Demokratie gebracht werden würde. Das genügte den Kommunisten, durch terroristische Mordanschläge Franco zurück zur alten Härte und dazu zu zwingen, seine Autorität voll auszuspielen. Das Volk soll unter der Diktatur seufzen, um schließlich die Revolution doch noch zu wollen. Dann erst läßt sich verfahren wie in Portugal.

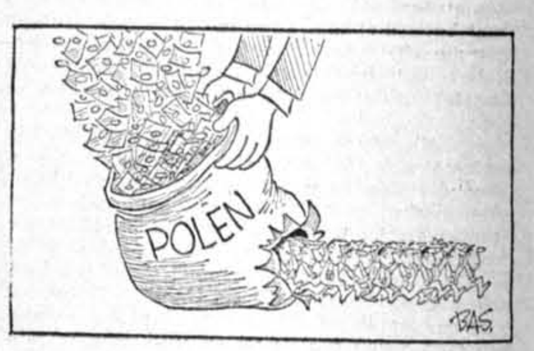
Seit Südafrika Alternativen zur totalen Konfrontationspolitik zwischen Schwarz und Weiß aufzeigt, die immer mehr schwarzafrikanische Staatschefs erwägenswert finden, wird gegen dieses Land zum Angriff geblasen. Es soll isoliert und geächtet und jeder Ausgleichsprozeß schon im Ansatz erstickt werden. Ein Bürgerkrieg wie in Angola, das wäre eine gute Voraussetzung für eine kommunistisch gelenkte Bewegung, die Macht in Südafrika zu gewinnen.

Allen drei Ländern gilt das besondere Interesse der sowjetischen Politik. Spanien und Portugal sind Grundpfeiler einer westlichen Mittelmeerstrategie. Wer sie herausbricht, trifft die Sicherheit Europas an einer empfindlichen Stelle. Um Südafrika herum führt der Hauptversorgungsstrang Europas mit Rohöl. Wer ihn kontrollieren und unterbrechen kann, vermag entscheidenden Druck auf die europäischen Industrienationen auszuüben.

Behauptet derjenige zuviel, der hinter den Ereignissen in Portugal, Spanien und Südafrika die lenkende Hand Moskaus vermutet? Wenn dem aber so ist, dann gewinnen die Aktivitäten europäischer Links- und „Friedens-Organisationen eine andere Dimension.

Die Frage, wem ihre Demonstrationen und Aktionen dienen, gibt der Warnung des NATO-Generalsekretärs von der Lust Europas am Untergang einen realen Hintergrund.

Zum Schluß sei auch noch auf eine andere Wetterecke der Politik verwiesen: auf Jugoslawien.



Zeichnung aus FAZ

Moskau kann den Tod Titos anscheinend nicht abwarten. Es infiltriert das Land auf leisen Sohlen mit seinen Agenten. Sie sollen „vollendete Tatsachen" schaffen. Jugoslawien soll wieder fest in den Warschauer Pakt eingebunden werden. Je eher desto besser. Denn ein Moskau-Jugoslawien an Italiens Grenze könnte aktiv und mit Nachdruck die italienische Szene beeinflussen, ja unter Umständen der KPI zu Hilfe eilen, wenn immer es notwendig werden könnte.

Tito hat das geheime Wirken des Kremls in Jugoslawien erkannt und geht gegen die Söldner Moskaus vor. Er hat Alarm gegeben — ob zu spät, wird sich noch zeigen ...

Das Ostpreußenblatt

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Chefredakteur:
Hugo Wellems
Verantwortlich für den politischen Teil

Stellvertr. Chefredakteur:
Ruth Maria Wagner
Kultur, Unterhaltung, Frauenseite

Chef vom Dienst:
Hans-Ulrich Stamm
Geschichte, Landeskunde und Aktuelles

Soziales und LAG:
Horst Zander
Zugleich Jugend, Heimatkreise, Gruppen

Reportagen:
Silke Steinberg

Literaturkritik:
Paul Brock

Bonner Redaktion:
Clemens J. Neumann

Berliner Redaktion:
Peter Achtmann

Anzeigen und Vertrieb:
Heinz Passarge

Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Bezugspreis Inland 4,80 DM monatl., Ausland 6,– DM monatl. Postscheckkonto für den Vertrieb Postscheckamt Hamburg 84 26 - 2 04 – Verlag, Redaktion, Anzeigenabteilung, 2 Hamburg 13, Parkallee 84–86, Postfach 8047, Telefon 0 40-45 25 41/42 Anrufbeantworter nach Dienstschluß 45 25 41 – Bankkonto Landesbank Hamburg BLZ 200 500 00, Konto-Nr 192 344 – Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung nur, wenn Porto beiliegt. Postscheckkonto für Anzeigen 90 700 - 207 Postscheckamt Hamburg.

Druck: Gerhard Rautenberg, 295 Leer (Ostfriesland), Norderstraße 29/31
Fernruf 04 91 / 42 88

Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 18

Hans-Günther Parplies

Deutschland nach den Verträgen

Zu den Auslegungsschwierigkeiten beim Warschauer Vertrag

Wie gemeldet, unterzeichnete Bundesaußenminister Genscher am 9. Oktober in Warschau ein neues deutsch-polnisches Abkommen, welches Vereinbarungen über einen Milliardenkredit an Polen, aber auch über die pauschale Abgeltung von Rentenansprüchen und über Aussiedlerfragen enthält. In diesem Zusammenhang ist erneut die Frage nach dem gegenwärtigen völkerrechtlichen Status der Oder-Neiße-Gebiete gestellt worden. Das Ostpreußenblatt hat in seiner Ausgabe vom 4. Mai 1974 mit einem ganzseitigen Beitrag des Verfassers anhand des Karlsruher Spruchs zum Grundvertrag mit der „DDR" den Deutschlandbegriff unseres Grundgesetzes dargestellt. Als Ergebnis jener Untersuchung war festzuhalten:

Deutschland besteht in seinen völkerrechtsgemäßen Vorkriegsgrenzen fort, besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist als Gesamtstaat mangels Organisation allerdings nicht handlungsfähig. Die Bundesrepublik Deutschland ist kraft ihrer Verfassungsbestimmung des Art. 23 GG verpflichtet, allen anderen Teilen dieses fortbestehenden deutschen Gesamtstaates die Möglichkeit zum Beitritt zu unserer Verfassungsordnung rechtlich offenzuhalten. Zum Territorium dieses deutschen Gesamtstaates gehören unverändert auch die Oder-Neiße-Gebiete. Über die Offenhaltungspflicht hinaus sind alle Staatsorgane der Bundesrepublik Deutschland kraft des Wiedervereinigungsgebots der Verfassung nach wie vor verpflichtet, in ihrer Politik unbeirrt auf die Wiederherstellung der Einheit dieses deutschen Gesamtstaates hinzuwirken, den Wiedervereinigungsanspruch im Innern wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten.

Bestand vor dem Völkerrecht

Es bleibt jedoch zu erörtern, inwieweit das Ergebnis dieser Analyse vor dem Völkerrecht Bestand haben kann. Denn in der Auseinandersetzung um die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition sind vor allem die beiden Verträge von 1970, nämlich der Vertrag vom 12. August 1970 mit der Sowjet-Union (Moskauer Vertrag) und insbesondere der sogenannte Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 mit der Volksrepublik Polen als Grenzverträge gekennzeichnet worden, mit denen die Bundesrepublik zumindest die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze, wenn nicht gar darüber hinaus die staatliche Teilung (Rest-)Deutschlands unterschreiben würde. Typischer als der Vertrag mit der Sowjet-Union erscheint — schon seiner äußeren Anlage und seinem Aufbau nach — das Abkommen mit Polen in der Tat als Grenzvertrag über die Oder-Neiße-Linie. Sein Artikel I lautet:

(1) Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen stellen übereinstimmend fest, daß die bestehende Grenzlinie, deren Verlauf im Kapitel IX der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 von der Ostsee unmittelbar westlich Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der Lausitzer Neiße entlang bis zur Grenze mit der Tschechoslowakei festgelegt worden ist, die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet.

(2) Sie bekräftigen die Unverletzlichkeit ihrer bestehenden Grenzen jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich gegenseitig zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität.

(3) Sie erklären, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden.

Die Frage ist also, ob die oben dargestellten Aussagen des Grundvertragsurteils zur Deutschlandfrage vor derartigen, auf den ersten Blick eindeutig, ja doppelt abgesichert erscheinenden Vertragsbestimmungen bestehen können.

Einklang mit Grundvertrag

Das Bundesverfassungsgericht ist offenbar der Auffassung, daß seine im Grundvertragsurteil niedergelegten Aussagen zum verfassungsrechtlichen Deutschlandbegriff mit den beiden Ostverträgen von 1970 in Einklang stehen. Denn es hat seine Aussagen ja in Kenntnis dieser Verträge getroffen, die beide am 3. Juni 1972, also rund vierzehn Monate vor Verkündung des Grundvertragsurteils völkerrechtlich in Kraft getreten waren, und es stellt in der Urteilsbegründung (unter B IV 1) den Grundvertrag mit der „DDR" ausdrücklich in engen Zusammenhang mit den Verträgen von Moskau und Warschau.

Das Gericht hat im Grundvertragsurteil auch den Grundsatz bestätigt, daß unter mehreren möglichen Auslegungen bei von der Bundesrepublik geschlossenen völkerrechtlichen Verträgen diejenige Interpretation zu wählen ist, nach der der Vertrag vor dem Grundgesetz Bestand hat. Somit spitzt sich die Problemstellung in unserem Zusammenhang auf die Frage zu, ob die oben zitierten Grenzbestimmungen des Warschauer Vertrages im Wege verfassungskonformer Auslegung noch dahin interpretiert werden können, daß hinter der dort bezeichneten „Grenzlinie", welche nach der übereinstimmenden Feststellung der beiden Vertragspartner „die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bilden" soll, nach wie vor ein Teil Deutschlands liegt, wie unser Grundgesetz es fordert.

Zur Auslegung der beiden Verträge ist nun zunächst die Nichtberührungsklausel heranzuziehen, die im jeweiligen Artikel 4 bzw. IV der Verträge enthalten ist. Sie lautet im Moskauer Vertrag:

„Artikel 4
Dieser Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken berührt nicht die von ihnen früher abgeschlossenen zweiseitigen und mehrseitigen Verträge und Vereinbarungen."

und im Warschauer Vertrag:

„Artikel IV
Dieser Vertrag berührt nicht die von den Parteien früher geschlossenen oder sie betreffenden zweiseitigen oder mehrseitigen internationalen Vereinbarungen."

Daß zu diesen nicht berührten „mehrseitigen internationalen Vereinbarungen" u. a. das Potsdamer Abkommen gehört, ist unbestritten. Es ergibt sich auch schon durch einen reinen Textvergleich der vierten Artikel in beiden Verträgen: Gegenüber dem Wortlaut von Moskau sind im Warschauer Abkommen die drei Worte „oder sie betreffenden" hinzugefügt worden. Das war notwendig, wenn man auch vom Warschauer Vertrag das Potsdamer Abkommen (und die ihm voraufgegangenen alliierten Vereinbarungen und Erklärungen zur Besetzung Deutschlands) ausdrücklich als unberührt mit umfassen wollte.



Bundesaußenminister Genscher und sein polnischer Kollege Olszowski bei der Unterzeichnung der deutsch-polnischen Vereinbarungen *Foto AP*

In den beiden Londoner Dokumenten der Alliierten vom 12. September und 14. November 1944 sowie in der Berliner Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands vom 5. Juni 1945 legten die Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkrieges fest, Deutschland als Einheit zum Gegenstand ihrer Besetzung zu machen und es zu diesem Zweck in Besatzungszonen zu gliedern. Am Beginn aller dieser alliierten Absprachen über die Besetzung und Verwaltung Deutschlands nach der Kapitulation steht — im Londoner Protokoll vom 12. September 1944 — der Satz: „Deutschland wird innerhalb seiner Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden, zum Zwecke der Besetzung in vier Zonen eingeteilt."

Abweichend von der Regelung des Londoner Protokolls wurde im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 dann das nördliche Ostpreußen („Königsberger Gebiet") unmittelbar sowjetischer Verwaltung unterstellt und bezüglich der übrigen deutschen Gebiete jenseits von Oder und Lausitzer Neiße das Übereinkommen getroffen, daß sie „bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen".

Dementsprechend haben alle Bundesregierungen seit 1949 in stetem Einklang mit den Westmächten immer den Rechtsstandpunkt vertreten, daß die Oder-Neiße-Provinzen nach wie vor deutsches Staatsgebiet sind, das Polen bzw. der Sowjetunion lediglich zur Verwaltung übergeben ist, und daß eine endgültige Festlegung der deutschen Ostgrenze erst in einem Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland erfolgen kann. Hingegen hat Polen seit jeher die Auffassung vertreten, das die Potsdamer Regelung in Bezug auf die Oder-Neiße-Gebiete die konstitutive (rechtsbegründende) Gebietsübergabe darstelle, welche im Friedensvertrag lediglich noch (deklaratorisch) zu bestätigen sei.

Die in dieser Weise konkretisierte Aussage der beiden Artikel 4 bzw. IV, wonach der Moskauer bzw. der Warschauer Vertrag von 1970 an den Potsdamer Festlegungen zur Rechtsstellung Deutschlands nichts ändern (sie „nicht berühren") sollen, erhält also den alten Streit insbesondere mit Polen über die rechtliche Bedeutung der Potsdamer Regelung zur Gebietsfrage aufrecht und nimmt die Kontroverse über den Rechtsstatus der Gebiete in das neue Vertragsverhältnis hinein. Von seinem Artikel IV aus betrachtet, verliert der Warschauer Vertrag somit den Charakter eines Grenzvertrages und erscheint vielmehr als eine Einigung über den Gewaltverzicht in den gegenseitigen Beziehungen (Art. II) und über die Bereitschaft zum Ausbau der Zusammenarbeit (Art. III) auf der Grundlage der wechselseitigen Respektierung („Außerstreitstellung") der gegensätzlichen Standpunkte in der Gebietsfrage.

Nun gibt es Stimmen, welche dem vergleichsweise unscheinbaren, kurzen Artikel IV ein derart neutralisierendes Gewicht gegenüber dem umfangreichen und auch durch seine Spitzenstellung am Anfang des Warschauer Vertragswerkes hervorgehobenen Artikel I mit den Grenzaussagen nicht zuerkennen mögen. Sie übersehen, daß der Dissens (die mangelnde Einigung) über die rechtliche Qualität der Potsdamer Regelung auch bereits im Artikel I selbst niedergelegt ist, nämlich in der Formel über die „bestehende Grenzlinie, deren Verlauf (angeblich — Zusatz des Verfassers) im Kapitel IX der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz . . . festgelegt worden" sei. Der in Potsdam festgelegte Verlauf der Oder-Neiße-Linie weicht aber in einem wesentlichen Punkt entscheidend von der „bestehenden Grenzlinie" ab: Nach der Potsdamer Regelung verlief die Linie an der Odermündung nämlich ostwärts von Stettin, so daß diese Stadt von der Größe Wuppertals und ihr Umland zum Gebiet der heutigen „DDR" gehörte, während nach der „bestehenden Grenzlinie" Stettin bekanntlich zum polnischen Verwaltungsgebiet geschlagen ist.

Schon dieser unauflösliche Widerspruch über den genauen Verlauf der Grenzlinie beweist, daß es sich angesichts einer derartigen Bestimmung um einen Grenzvertrag nicht handeln kann. In ihrer Denkschrift, welche die Bundesregierung dem Warschauer Vertrag bei der Einbringung des Vertragsgesetzes in den Parlamentsgang beigegeben hat, führt sie denn zu Art. I auch aus: „Die Formulierung des Absatzes 1, in dem der Verlauf der Grenzlinie unter Bezug auf die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz beschrieben wird, ist so gefaßt, daß die unterschiedlichen Standpunkte beider Seiten zur rechtlichen Bedeutung des Potsdamer Abkommens unberührt bleiben." Bei sorgfältiger Betrachtung ergibt also bereits der Wortlaut der Grenzaussage in Art. I selbst den Fortbestand der auseinanderklaffenden Auffassungen in der Statusfrage der Gebiete.

Unabhängig von der reinen Wortinterpretation ist bei der Auslegung eines Vertrages auch zu prüfen, ob die handelnden Parteien für die im Vertrag getroffenen Vereinbarungen überhaupt kompetent, d. h. rechtlich dazu in der Lage waren. Andernfalls — bei Verfügungen durch Nichtberechtigte — würden nämlich selbst von den Parteien gewollte Rechtswirkungen nicht eintreten.

Beim Übergang der Souveränität auf die Bundesrepublik mit Wirkung vom 5. 5. 1955 waren durch Art. 2 des Deutschlandvertrages die alliierten Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Deutschland als Ganzes ausdrücklich aufrechterhalten worden. Die ganz überwiegende Mehrheit der Literatur begreift mit der Bundesregierung diese alliierten Vorbehaltsrechte als echten Souveränitätsdefekt: Die Bundesrepublik kann danach über derartige Fragen nicht wirksam verfügen. Versteht man die alliierten Vorbehalte mit einer Minderheitsmeinung hingegen lediglich als vertraglich ausbedungene Rechte, so würde eine Absprache der Bundesrepublik mit einem Drittstaat über Deutschland als Ganzes betreffende Fragen lediglich eine Vertragsverletzung gegenüber den Westmächten darstellen, ohne daß die Absprache selbst deswegen unwirksam wäre.

Jedoch hat die Bundesregierung im Warschauer — und ebenso im Moskauer — Vertrag gar keine Deutschland als Ganzes betreffende Fragen regeln wollen. In der bereits erwähnten Denkschrift zum Warschauer Vertrag teilt sie dazu mit: „Die polnische Regierung hat den Vertrag in Kenntnis der rechtlichen Vorbehalte unterschrieben, die in den Vertragsverhandlungen von deutscher Seite im Hinblick auf die Grenzfrage immer wieder betont worden sind und die in Artikel IV des Vertrages sowie in dem Notenwechsel mit den Drei Mächten zum Ausdruck kommen." Hier wird also auch von der Bundesregierung der enge Zusammenhang bestätigt, welcher zwischen den Aussagen zur Grenzfrage in Artikel I und der Nichtberührungsklausel von Artikel IV zu sehen ist. Zusätzlich wurde in einem Notenwechsel vom 19. November 1970 mit den drei Westmächten übereinstimmend klargestellt, daß die Rechte und Verantwortlichkeiten der vier Mächte für Berlin und für Deutschland als Ganzes durch den Warschauer Vertrag nicht berührt werden „und nicht berührt werden können". In der Denkschrift heißt es ergänzend dazu: „Die Bundesregierung will und kann ein wiedervereinigtes Deutschland durch den Vertrag nicht binden."

Gemeinsame Erklärung

Das wurde im Zusammenhang mit der Ratifikation der beiden Verträge noch einmal durch die vom Deutschen Bundestag am 17. Mai 1972 einstimmig bei fünf Enthaltungen verabschiedete Gemeinsame Entschließung nachdrücklich bekräftigt, welche sich der Bundesrat am 19. Mai 1972 zu eigen machte. Ihr Text ist der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen anschließend noch vor Austausch der Ratifikationsurkunden auf diplomatischem Wege übermittelt worden. Sie ist damit auch zu einem völkerrechtlichen Instrument zur Auslegung der Verträge geworden.

Auch der Theorienstreit über den Umfang der Souveränität der Bundesrepublik führt hier also zu keinem unterschiedlichen Ergebnis: In jedem Falle stellt sich der Warschauer Vertrag dar als eine Einigung der beiden Seiten auf Gewaltverzicht und Ausbau der gegenseitigen Beziehungen trotz und auf der Grundlage des Fortbestehens der Meinungsverschiedenheit über den Rechtsstatus der Oder-Neiße-Gebiete. Dabei kommt dem Artikel I des Vertrages die schwerwiegende Bedeutung zu, ausdrücklich auch die Oder-Neiße-Gebiete in den Gewaltverzicht von deutscher Seite einzubeziehen. Das ist zwar, politisch betrachtet, *keine Neuerung. Denn seit Bestehen* der Bundesrepublik haben alle Bundesregierungen den Einsatz gewaltsamer Mittel zur Lösung *der Deutschland-* und der deutschen *Ostfrage* abgelehnt, und die deutschen Heimatvertriebenen haben als erste gesellschaftliche Gruppe in der Bundesrepublik überhaupt bereits in ihrer Stuttgarter Charta vom 5. August 1950 jeglicher Gewaltanwendung in den Beziehungen zu unseren osteuropäischen Nachbarländern abgeschworen.

Entscheidender Punkt

Aber es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, daß die ausdrückliche Einbeziehung der Oder-Neiße-Frage in den deutschen Gewaltverzicht gegenüber Polen für die polnische Seite ein entscheidender Punkt war. Denn schließlich ist der Verzicht auf jegliche Gewaltanwendung bei dem Ziel der Rückgewinnung von — aus deutscher Sicht — rechtswidrig fremdbesetztem eigenem Staatsgebiet ja nun nicht selbstverständlich. Und in der Tat war die Bundesrepublik — trotz aller entsprechenden Verpflichtungen im Rahmen des westlichen Bündnisses und trotz aller Proklamationen der Friedfertigkeit — bisher Polen unmittelbar gegenüber vertraglich nicht zum Gewaltverzicht verpflichtet; schon gar nicht im Hinblick auf den Streitfall Oder-Neiße. Daher hat ein derart territorial konkretisierter, auf die streitigen Gebiete bezogener, vertraglich festgeschriebener Gewaltverzicht schon seinen guten Sinn und sein eigenes Gewicht. Aus diesem Gesichtspunkt bedarf es keiner Versuche, mehr in den Vertrag hineinzulesen, als — zumindest von deutscher Seite — gewollt war.

Es soll nicht bestritten werden, daß die Grenzaussagen beider Verträge, insbesondere wenn man die Begleitdokumente vernachlässigt, möglicherweise auch einer anderen als der hier vertretenen Auslegung zugänglich sind. Eingedenk des vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten, oben bereits erwähnten Grundsatzes, daß bei mehreren möglichen jedenfalls die verfassungskonforme Auslegung eines völkerrechtlichen Vertrages zugrunde zu legen ist, wird man aber wohl sagen müssen, daß zumindest die Staatsorgane, Behörden und Gerichte der Bundesrepublik Deutschland an die hier vertretene Interpretation gebunden sind. Denn nur bei dieser Auslegung können die Verträge vor den Feststellungen Bestand haben, welche das Bundesverfassungsgericht im Grundvertragsurteil zum Deutschlandbegriff des Grundgesetzes getroffen hat und die eingangs dieser Betrachtung noch einmal zusammengefaßt waren.

Als Ergebnis bleibt demnach festzuhalten:

Die Grenzbestimmungen der beiden Ostverträge von 1970 stellen sich bei Würdigung aller Umstände als territorial konkretisierter Gewaltverzicht dar. Bei dieser Interpretation stehen die Verträge im Einklang mit dem Grundgesetz, das auf dem Fortbestand Deutschlands innerhalb seiner völkerrechtsgemäßen Vorkriegsgrenzen unter Einschluß der Oder-Neiße-Gebiete beruht. Die Staatsorgane und Behörden der Bundesrepublik sind an diese allein verfassungskonforme Auslegung der Verträge ebenso gebunden wie an das vom Bundesverfassungsgericht im Grundvertragsurteil erneut bekräftigte Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes. Die Wiederherstellung der Einheit des deutschen Gesamtstaates bleibt Verfassungsauftrag an uns alle.



Antwort an Ost-Berlin

Die spanische Botschaft in Ost-Berlin hat ihre Arbeit eingestellt und mit dem Abtransport des Mobiliars begonnen. Damit reagiert die Madrider Regierung auf die Entscheidung der „DDR", aus Protest gegen die Hinrichtung von fünf spanischen Regimegegnern die diplomatischen Beziehungen zu Spanien zu „unterbrechen" und ihren Botschafter in Madrid abzuberufen.

Russische Industriespionage

Tom Cheadle, ein konservatives Mitglied des englischen Unterhauses, hat anläßlich der Debatte des Europarates in Straßburg über die Auswirkungen der Industriespionage behauptet, daß europäische Firmen aus der Gemeinschaft und Österreich Verträge mit Rußland hätten, nach denen sie Unterlagen über das Flugzeug „Concorde" an die Sowjets lieferten. Einzelne Angestellte der Firmen hätten jede Änderung sofort nach Moskau gemeldet und das alles zu einem Zeitpunkt, als sich die Tu-144 in Rußland noch in der Entwicklung befand.

Vatikan contra Pille

Die empfängnisverhütende „Pille für Männer", die in Italien entwickelt wird, wird von der katholischen Kirche ebenso abgelehnt wie die Pille für Frauen. Die Vatikanzeitung „Osservatore Romano" verurteilte die neue Pille, mit der die männliche Fruchtbarkeit vollkommen blockiert wird, als moralisch unerlaubt im Sinne der Papstenzyklika „Humanae Vitae".

Guillaume vor Bundestag

Der Fall des ehemaligen Kanzlerreferenten und mutmaßlichen „DDR"-Spions Günter Guillaume wird demnächst den Bundestag beschäftigen. In einer Anfrage will der CDU-Bundestagsabgeordnete Werner Zeyer wissen, ob Hans-Dietrich Genscher als damaliger Innenminister den früheren Bundeskanzler Willy Brandt „Ende Mai 1973 nur vage" über die Erkenntnisse des Bundesamtes für Verfassungsschutz informiert hat. Außerdem soll die Regierung Auskunft darüber geben, ob Brandt Guillaume „nur deshalb" mit nach Norwegen genommen hatte, weil er über die Verdachtsmomente im einzelnen nicht unterrichtet worden war.

China sucht Zusammenarbeit

Die Verhandlungen, die gegenwärtig in der chinesischen Botschaft mit Führungspersönlichkeiten der deutschen Industrie in Bad Godesberg geführt werden, verdeutlichen das große Interesse der Volksrepublik China, in der Bundesrepublik Deutschland einen Partner zu finden, mit dem, trotz ideologischer Differenzen, auf längere Sicht eine intensive wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit ermöglicht werden soll.

Warschau verneint deutsche Frage

Das polnische Partei-Zentralorgan „Trybuna Ludu" erklärte in einem offiziösen Artikel, die deutsche Frage habe „aufgehört, in der internationalen Politik zu existieren". Sie sei „in der Form der Existenz zweier deutscher Staaten gelöst" worden. Wenn sie in der Bundesrepublik noch eine gewisse Rolle spiele, so allein aus innenpolitischen Gründen, nicht aus außenpolitischen Erwägungen heraus.

Diese Stellungnahme der „Trybuna Ludu" wurde von der polnischen Presseagentur PAP auch in englischer Sprache international verbreitet.

Wie ANDERE es sehen:



Es geht wieder aufwärts

Zeichnung aus „Kölnische Rundschau"

Vor dem Parteitag:

Die SPD hat keine Mitte mehr

Nach einem Jahr Pause steht die Partei vor schweren Flügelkämpfen

Kein CSU-Politiker hätte eindringlicher vor den Gefahren durch die „neue Linke" warnen können als der ehemalige nordrhein-westfälische Kultusminister Holthoff am 30. September vor über tausend Lehrern in Düsseldorf. Formulierungen wie „Marsch der Systemveränderer", „Parteilichkeit der Erziehung, Hinführen zum Klassenkampf, Negation der Gesellschaft, Diffamierung der Leistung" oder „schleichende links-ideologische Infizierung" wurden kaum je aus dem Munde prominenter Sozialdemokraten gehört.

Obwohl Prof. Holthoff seine Brandrede im Blick auf die aktuelle Kultus-Szenerie in der Bundesrepublik so dramatisch formulierte, gehören seine Ausführungen in den Rahmen der neu und heiß entfachten Ideologie-Diskussion der SPD, die auf dem Mannheimer Parteitag Mitte November ihren Höhepunkt erreichen wird, aber gewiß nicht ihr Ende.

In den ersten 12 Monaten nach dem Sturz der Regierung Brandt schien es, als gäben die Linken in der SPD nun endlich Ruhe. Der Kieler Altlinke Jochen Steffen schien zu resignieren, Erhard Eppler wurde aus dem Kabinett geschaßt; die Jusos kochten bundesweit auf Sparflamme. Technokraten und Macher à la Schmidt/Apel hatten allem Anschein nach wenig Mühe, mit aufmüpfigen Theoretikern fertig zu werden. Selbst Willy Brandt, jahrelang wohlwollender Mentor der Linken, verhielt sich still und schien einzusehen, daß die Lösung der aktuellen ökonomischen Probleme wichtiger war als das Basteln an utopischen Weltverbesserungsmodellen.

Im September 1975 jedoch war die Ruhe an der ideologischen Front schlagartig zu Ende. Es begann — vordergründig — mit dem Thema Investitionslenkung, über das sich einige SPD-Bezirke auf ihren Parteitagen hermachten. Was dabei an Entschließungen und Anträgen für Mannheim herauskam, brachte die gesamte Partei innerhalb weniger Wochen in Unordnung — zur Freude der profilierungssüchtigen FDP und natürlich der CDU/CSU.

Als dann gleichzeitig die südhessischen Linken zur Hatz auf Georg Leber bliesen, war der offene Kampf zwischen dem rechten und dem linken Flügel nicht mehr zu vermeiden. Sogar Helmut Schmidt und Willy Brandt gerieten sich in die Haare. Der Kanzler, über die Investitionslenkungs-Diskussion so verbiestert, daß er einige Tage lang ernsthaft an Rücktritt dachte, warf dem Parteichef vor, den Apparat nicht straff in der Hand zu haben und untätig zuzusehen, wie die Bemühungen der Regierung zur Ankurbelung der Wirtschaft zunichte gemacht würden.

Den händeringenden Appellen von Börner und Wehner folgend, die die alte SPD-Tugend Solidarität beschworen, einigten Brandt und Schmidt sich in aller Eile wieder auf eine gemeinsame Linie: Die Investitionslenkungs-Diskussion solle als großes Mißverständnis hingestellt und schleunigst beendet werden; die Kampagne gegen Leber, Franke und andere „Rechte" sei ebenfalls sofort einzustellen. Die Hauptschuld trage (wieder einmal) die regierungsfeindliche Presse mit ihren „irreführenden" Berichten über interne SPD-Differenzen, namentlich zu dem Reizthema Investitionskontrolle.

Der Kitt, den Kanzler und Parteichef auftrugen, kann jedoch nicht lange halten. Zu fest ist die Basis der SPD in der Hand linker Soziologen, Politologen und Pädagogen (womit sich der Kreis zu Prof. Holthoff schließt). Zu wenig haben Arbeiter, einfache Bürger und andere Leute mit gesundem Menschenverstand in vielen Kreis- und Bezirksverbänden heute noch zu melden. (Georg Leber hat anschaulich geschildert, wie es oft zu radikalen Beschlüssen in diesen Gremien kommt: Wenn Arbeiter und Handwerker gegen Mitternacht den Saal verlassen haben, weil sie morgens ausgeschlafen sein müssen, dann erst schreiten die Partei-Theoretiker, die notfalls bis zum Morgengrauen durchdiskutieren, zu den entscheidenden Abstimmungen.) Bei den Gewerkschaften, in Verbänden und Ministerien sitzen längst Tausende von Gesinnungs-Genossen, die ständig an gesellschaftsverändernden Modellen laborieren.

Die vor acht Jahren ausgegebene Aufforderung zum „Marsch durch die Institutionen" wurde befolgt. Die einstige APO hat sich etabliert: zu einem kleinen Teil in den Strafanstalten, zum allergrößten Teil im öffentlichen Dienst, bei Verbänden und Gewerkschaften — an der SPD-Basis.

Der jüngste Parteikrach entzündete sich an den Grundsätzen der Wirtschaftspolitik. Während Schmidt und seine „Macher" mit konventionellen Mitteln verzweifelt einen Ausweg aus der Krise suchen, stürzen sich die SPD-Linken auf die Fundamente der Marktwirtschaft und stellen das ganze ökonomische System in Frage. Dabei kommt ihnen zupaß, daß der Kanzler trotz aller Anstrengungen bisher erfolglos geblieben ist.

Die nach Ansicht der Linken „logische" Folgerung lautet: In den vergangenen 12 Monaten hat sich zur Genüge gezeigt, daß die Konjunktur mit den herkömmlichen Methoden der Wirtschaftslenkung nicht anzukurbeln ist. Der beste Beweis für die Untauglichkeit des kapitalistischen Systems, das schleunigst zu beseitigen ist.

Theoretische Modelle zur Systemänderung haben die Linken dann haufenweise parat. Nur eines davon ist die Wischi-Waschi-Forderung nach Investitionslenkung, wobei einstweilen noch niemand klar formuliert hat, wie sie konkret funktionieren soll.

Helmut Schmidt sitzt unterdes zwischen allen Stühlen. Er muß heute bereuen, daß er im Sommer 1974 nicht auch den Parteivorsitz an sich gezogen hat, sondern — aus Mitleid und Unlust — seinem abgehalfterten Vorgänger dieses wichtige Amt beließ. Heute könnte Schmidt, selbst wenn er wollte, den Parteivorsitz nicht mehr übernehmen. Willy Brandt ist wieder erstarkt und bereitet insgeheim sein Comeback vor.

Das könnte unter einigen Voraussetzungen Wirklichkeit werden: Wenn Schmidt die Krise nicht meistert und/oder zurücktritt; wenn die CDU/CSU es auch 1976 nicht schafft und/oder die FDP weiter mit der SPD marschiert; wenn schließlich die innerparteilichen Flügelkämpfe sich verschärfen und mit einem Sieg der Linken enden. In all diesen Fällen wäre Willy Brandt so ziemlich der einzig mögliche Schmidt-Nachfolger.

Eine „breite Mitte" nämlich, von der alle Parteien so gerne schwärmen, gibt es heute in der SPD nicht mehr. Schmidt, Apel, Leber, Vogel, Franke und Ravens repräsentieren nur mehr den rechten Flügel. Unterstützt von der FDP die derzeit den größten Profit aus den SPD-Querelen zieht, wie die Wahlen in Bremen und alle Umfragen beweisen.

Vierte Partei:

Bricht Bahner „Macht des Linkskartells"?

Parteigründungen erweisen sich als zweischneidiges Schwert

Das Gespräch um die „vierte Partei" liegt seit langem in der Luft. Eigentlich ist dieser Begriff falsch gewählt, denn die NPD erhebt bereits Anspruch darauf, die „vierte Partei", die Partei gleich hinter den Bundestagsparteien zu sein. Wollte man nun noch dazurechnen, was sich auf der linken Seite alles tummelt, dann würde die Neugruppierung, die sich am 18. Oktober in Stuttgart zusammenfand, eine höhere Hausnummer erhalten. Doch, wie gesagt, der Begriff „Vierte Partei" steht im Raum und hierunter wird eine n e u e Partei verstanden, die das Spektrum der Opposition erweitert. Während die Regierungsparteien den sozialliberalen Block bilden, stehen auf der anderen Seite die Unionsparteien und nicht selten hört man, dieses „Angebot" sei einfach nicht ausreichend.

So sind denn auch in jüngster Zeit Versuche gestartet worden, dieses „Angebot" zu erweitern. Vor einigen Jahren war es die „Deutsche Union", die unter Führung des früheren FDP-Bundestagsabgeordneten Zoglmann mit vielen Erwartungen gegründet worden war und in deren Führungsgremium der Augsburger Schuhfabrikant Dietrich Bahner mitwirkte, der bis zum Jahre 1970 sogar Landesvorsitzender der Freien Demokraten in Bayern war. Sollte man darauf gesetzt haben, daß die aus der FDP ausgetretenen Nationalliberalen um Zoglmann es schaffen würden, der FDP entscheidenden Abbruch zu tun, so mußte man enttäuscht sein, denn die verschiedenen Landtagswahlkämpfe ließen erkennen, daß auf diese Weise das Gewicht der FDP nicht zu mindern war. Entscheidend aber für die Deutsche Union war die Einstellung der CDU. Denn die Neugruppierung wollte den Unionsparteien dienlich sein, wenn es darum ging, rein rechnerisch die Mehrheit der derzeitigen Regierungskoalition zu brechen.

Doch hier zeigte sich, daß entgegen aller Hoffnungen mit der CDU-Führung nicht zu reden war. Wenn es richtig ist, daß Franz Josef Strauß und andere Politiker aus dem Unionslager diesen Bemühungen Zoglmanns positiver gegenübergestanden haben, dann ist ebenso unbestritten, daß führende CDU-Politiker, an der Spitze Rainer Barzel, allen Bestrebungen, neben der Union eine weitere Partei zu gründen, mit Nachdruck entgegentraten. So sah sich die Deutsche Union denn auch bald entsprechenden Erklärungen aus dem Lager der CDU ausgesetzt, aus denen erkennbar war, daß man mit diesen Absichten weniger als nichts zu tun haben wollte.

Zoglmann hat aus den mageren Ergebnissen der verschiedenen Landtagswahlkämpfe die Konsequenz gezogen und ist, nicht zuletzt auch, weil ein Arrangement mit der CDU nicht zu erreichen war, aus der Deutschen Union ausgetreten. Dennoch blieb ein Fähnlein unverzagter Liberaler zurück und Dietrich Bahner übernahm die Führung dieser Gruppierung, die allerdings in den letzten Jahren kaum noch öffentlich hervorgetreten ist. Das aber heißt nicht, daß die Absichten, eine echte „vierte Partei" zu gründen, auf Eis gelegt worden und die Gründung einer „Aktionsgemeinschaft vierte Partei", die, wie gemeldet in Stuttgart erfolgte, zeigt, daß und wie man nun daran gehen will, dieses Ziel zu realisieren. Die Aktionsgemeinschaft umfaßt etwa zwölf verschiedene liberale und konservative Gruppierungen, die jetzt unter Führung Bahners und seiner Stellvertreter Meyer (Mülheim) und Horst Göttig (Göttingen) Voraussetzungen dafür treffen will, damit bei den Bundestagswahlen im Jahre 1976 das „linke Machtkartell" gebrochen wird.

Hier handelt es sich zunächst um eine Absichtserklärung, doch werden die Verantwortlichen wissen, daß es bis dahin ein mehr als weiter Weg ist. Mit der „vierten Partei" nämlich verbanden sich Hoffnungen dahingehend, daß sich eine integrierende Persönlichkeit an die Spitze stellen werde. Das ist nicht eingetreten und schon zeigt sich, daß auch nicht alle, mit denen gerechnet wurden, bereit sind, ihr Eigenleben aufzugeben oder aber sich in die neue Gruppierung integrieren zu lassen. So ließ zum Beispiel der Generalsekretär der ebenfalls an den Vorbereitungen beteiligten „Frei-Sozialen-Union" (FSU) in einer Pressemitteilung bereits wissen, daß seine Partei sich „aus politischen und personellen Bedenken" zurückziehe.

Ob und wieweit die neue Gruppierung in die Öffentlichkeit zu treten vermag, hängt nicht zuletzt von den Mitteln ab, die ihr zur Verfügung stehen. Wer weiß, welche Unsummen die Wahlkämpfe verschlingen, wagt zu bezweifeln, daß



Zeichnung FAZ

dieser Neugruppierung der notwendige Atem gegeben sein wird. Aber selbst wenn das der Fall sein sollte, stellt sich die Frage nach dem Cui bono? Woher nimmt die neue Gruppierung ihre Wähler? Will sie helfen, „die Macht des Linkskartells" zu brechen, dann wird sie ihre Wähler aus dem Reservoir vor allem der FDP abziehen müssen. Ob ihr das gelingt, das ist eine Frage — und nach den Erfahrungen, die die Deutsche Union gemacht hat, ist sie mehr als offen. Den Unionsparteien jedoch noch Stimmen abzuziehen, die, wenn die Fünf-Prozent-Grenze nicht überschritten würde, verlorengehen müßten, wäre sicherlich — und im Hinblick auf das eigentliche Ziel der Gruppierung — wenig sinnvoll.

Auch wir haben die Auffassung vertreten, daß ein breiteres Angebot neben den Unionsparteien begrüßenswert sei, doch hat die Sache nur dann einen Sinn, wenn sich über Neugründungen nicht gerade diejenigen freuen, deren Macht im Herbst 1976 gebrochen werden soll. **Hans Ottweil**

Linke planen neue Aktionen

Spenden für chilenischen Untergrund

Neuer Ärger droht der Bundesregierung nach der Auseinandersetzung um die Ausbildung eines chilenischen Offiziers an der Führungsakademie in Hamburg. Linke Gruppen in der Bundesrepublik bereiten eine Aktion wegen der Ausbildung von Offizieren aus Paraguay vor. Zwei Offiziere aus Paraguay dienen ebenfalls in der Bundeswehr. Diese Ausbildung geht auf jahrzehntelange Tradition zurück. Wie im Fall Chile soll eine breite Kampagne gegen die Bundeswehr gestartet werden, wobei man mit der Unterstützung von Forschungsminister Matthöfer rechnet, der anläßlich seines 50. Geburtstages die Gratulanten gebeten hat, Spenden für die chilenische Untergrundbewegung und für chilenische Flüchtlinge zu geben ...

Blick in die Welt:

Farah Pahlevi hütet Persiens kulturelles Erbe

Die Landesmutter der Iraner wurde 36 – „Fortschritt ist ein menschlicher Prozeß"

Teheran — Nur zwei Kaiserinnen gibt es noch, von denen man spricht: die japanische, die mit ihren 72 Jahren nur noch gelegentlich Repräsentationspflichten übernimmt, und die iranische. Ihre hohe Stellung beruht jedoch keineswegs allein darauf, daß sie 1967 von ihres Mannes Gnaden zur Mitregentin gekrönt wurde. Sie verdiente sich in den darauffolgenden Jahren ihren Titel mit außergewöhnlicher Klugheit, mit Takt und einfühlsamer Warmherzigkeit, die sie beim Volk zur geliebten Landesmutter machten. Kaiserin zu sein ist für sie ein Beruf wie der einer jeden anderen idealistischen jungen Frau. Sie ist schön, intelligent, modern — und jetzt feierte sie ihren 36. Geburtstag.

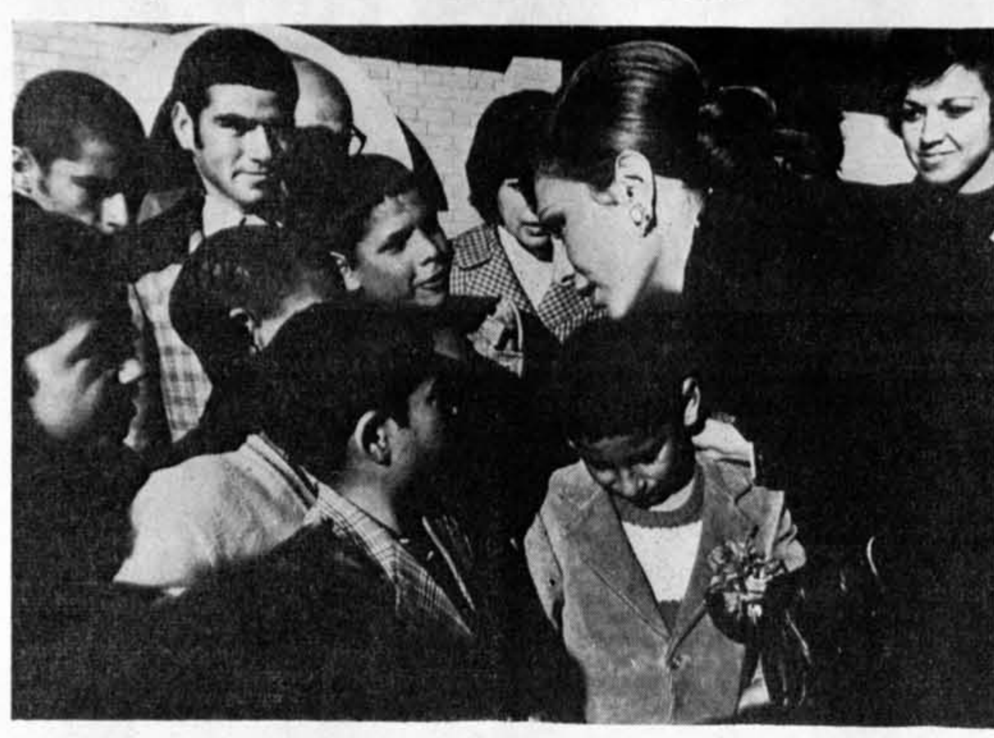
Farah Pahlevi, geborene Diba, ist ein Geschenk des Himmels für die iranische Nation. Denn das vor 15 Jahren noch arme, unterentwickelte Land wurde innerhalb einer halben Dekade durch seine Ölpolitik so plötzlich in das moderne Zeitalter hineinkatapultiert, daß besorgte Beobachter fürchteten, es würde dabei seine jahrtausendealte Kultur vergessen. Doch wenn das rapide Wirtschaftswachstum unter der pragmatischen Führung des Schahs manche pessimistische Prognose auslöste, so hatte man dabei nicht mit der Kaiserin gerechnet. Sie entwickelte sich im Hintergrund der vielen in das traditionell-persische Leben eingreifenden Umwälzungsprozesse zu einem warnenden Faktor der Mäßigung und der Besinnung. Wesentlich trägt sie dazu bei, daß das kulturelle Erbe Persiens auf dem Weg nach „oben" nicht aus dem Bewußtsein des Volkes schwindet.

Dabei ergänzt sich das persische Kaiserpaar. Man möchte von einem gut aufeinander abgestimmten Arbeitsteam sprechen. Denn während er in Ausführung der innen- und außenpolitischen Staatsgeschäfte die Reformen vorantreibt, Neues aufgreift, versucht sie die dabei gefährdeten humanen Aspekte in den Mittelpunkt zu stellen.

In all ihren Reden, die sie im Land und vor internationalen Gremien hält, spiegelt sich immer ihr Anliegen wider, die persische Identität zu bewahren. Sie spricht viel von der „Qualität des Lebens" und meint damit nicht den abgenutzten Begriff materieller Werte. Farah Pahlevi versteht darunter immer den geistigen Gehalt des Menschen, der bei einer fortschreitenden Technisierung allzu schnell verkümmern kann. Sie drängt unentwegt auf die Pflege der eigenen Kultur als Kraftquelle und Schutz gegen materialistische Versuchungen.

Farah Pahlevi reist viel, eröffnet Seminare, Konferenzen, Ausstellungen, besucht Schulen, Kinderheime und Krankenhäuser. Mit zurückhaltender Eleganz gekleidet, steht sie vor Gelehrten, Politikern, Künstlern und Erziehern aller Nationen, die sich heute im Iran in immer größerer Zahl treffen, und appelliert an ihre Verpflichtung, den Menschen vor einer drohenden Mechanisierung des Lebens zu bewahren. Sie reist durch die Dörfer, durch Wüstengebiete, in die Gebirge. Sie spricht mit den Bauern, den Frauen und Kindern, läßt sich erzählen, was sie bedrückt, woran es mangelt. Sie ist selber Mutter von zwei Jungen und zwei Mädchen, sie teilt die Sorgen der Eltern, versteht die Wünsche und Träume der Jugend. Den Kronprinzen erzieht sie zielbewußt auf seine künftigen Aufgaben hin. Die Bemerkung, es müsse doch zu anstrengend für sie sein, die vielen an sie gerichteten Briefe persönlich zu beantworten, wehrt sie mit der schlichten Feststellung ab, wer sie um Rat und Hilfe bitte, habe sein Vertrauen in sie gesetzt. Und sie dürfe niemanden enttäuschen.

In diesem Jahr nahm sie erstmals an der alljährlichen, vom Schah persönlich geleiteten Bildungskonferenz in Ramsar teil. In ihrer Eröffnungsansprache vor der medizinischen Sektion betonte sie, das wirtschaftliche Wachstum mit seinen Begleiterscheinungen dürfe niemals auf Kosten der Volksgesundheit gehen. Die Umwelt müsse intakt bleiben. Der Iran stünde in der Umweltforschung noch am Anfang und habe somit die Chance, von den Fehlern und Erfahrungen auf diesem Gebiet von den Industrieländern zu lernen.



Die Schahbanu versteht die Wünsche und Träume der Jugend. Überall im Land kümmert sie sich um die Sorgen des Volkes np-Foto

Was sie sagt und tut, reicht oft über des Irans Grenzen hinaus. Ihre Beiträge zu den sozialen Reformen des Landes brachten ihr viele Ehrungen ein. So erhielt sie u. a. 1973 den „La-Couronne-Civique"-Preis. Man verglich sie dabei in Paris mit Louis Pasteur und Albert Schweitzer. Ende September erhielt sie den „Special Humanistic Award" des kalifornischen Aspen-Instituts für humanistische Studien. „Fortschritt ist kein quantitatives Phänomen", sagte sie in ihrer Dankesansprache. „Er ist vor allem ein menschlicher Prozeß." Würde das übersehen, wäre eine soziale und menschliche Katastrophe die Folge. „Fortschritt verlangt und schafft neue kulturelle Werte, Normen und Konzepte, während gleichzeitig die traditionellen Werte verfeinert werden müssen."

Steht diese Frau in großer Staatsrobe neben dem Kaiser, wirkt sie meist nicht so recht dahingehörend — umgeben von all dem Zeremoniell, zu dem eine Kaiserin des Pfauenthrons nun einmal verpflichtet ist. Doch sieht man sie unter Künstlern, wie jetzt wieder bei den 9. Internationalen Festspielen in Schiraz, oder etwa in einem Pfadfinderlager, dann ist jeder, der sie erlebt, beeindruckt von der ehrlichen Aufgeschlossenheit, der Natürlichkeit, die sie ausstrahlt. Wenn der Schah sein Land mit bemerkenswerter Energie in die vordersten Reihen der Weltnation führt, so ist die Schahbanu bemüht, dem Volk das geistige Rüstzeug mit auf den Weg zu geben.

Hanne Rosiny

Der Westen pilgert nach Osten

Stehen wir vor einer Akzentverschiebung in der Politik?

Unabhängig voneinander sind die Reisen maßgebender Politiker geplant worden, die in diesen Wochen aus dem politischen Westen in den politischen Osten führen: Frankreichs Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing stattet dem Kreml einen Besuch ab; der amerikanische Außenminister Henry Kissinger fliegt nach Peking, um den China-Besuch seines Präsidenten vorzubereiten; Bundeskanzler Helmut Schmidt will sich in der Volksrepublik China vorstellen; Bundespräsident Walter Scheel und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher werden Moskau einen Besuch abstatten. — Das alles ist an sich nicht ungewöhnlich. Die Reise-Diplomatie der Politiker und Staatsmänner ist seit dem Zweiten Weltkrieg zur Selbstverständlichkeit geworden. Aber die Summierung der Ostbesuche innerhalb weniger Wochen ist doch alles andere als ein Spiel des Zufalls. Auch wenn diese Reisen zum Teil von langer Hand vorbereitet wurden, steht dahinter doch eine gleichlaufende Überlegung: Das Nachdenken der westlichen Staaten über ihre Politik in Richtung Osten.

Hier haben sich im Laufe der letzten Jahre beachtliche Wandlungen ergeben. Man braucht nur daran zu denken, daß aus dem verachteten „Rotchina", dem Land der blauen Ameisen, ein hochgeachteter Partner wurde, der weltpolitisch ein gewichtiges Wort mitzureden hat. Oder man erinnert sich der „Öffnung nach Westen" des Leonid Breschnew, die dem Bemühen westlicher Politiker um Entspannung und Verständigung entgegenkam. — Um eben diese Frage geht es in erster Linie bei allen Ostreisen, die jetzt stattfinden: Läßt sich der Kurs der Entspannung und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion fortsetzen? Wird etwa China hinsichtlich seiner Bedeutung in zunehmendem Maße an die Stelle rücken, die bisher von der Sowjetunion eingenommen wurde? Noch ist man sich im Westen nicht recht klar über die Antwort auf diese Fragen. Die Untersuchungen vor Ort, in Moskau und Peking, sollen zur Klärung beitragen.

Die Außenminister des Westens, der USA, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs und Großbritanniens, waren sich bei ihrer letzten Zusammenkunft über eines einig: Es ist gegenwärtig nicht zu erkennen, ob die Sowjets den Kurs der Entspannung nur noch propagandistisch fortsetzen oder ob sie ihn echt wünschen, also auch zu Kompromissen und Zugeständnissen bereit sind. Man ist sich im Westen nicht sicher, ob der ehrbare Opfer einer Krankheit gewordene Generalsekretär Breschnew noch in der Lage ist, seinen bisherigen politischen Kurs weiterzuführen.

Auf der anderen Seite weiß man nicht, ob die ununterbrochenen Warnungen Chinas vor einer geplanten militärischen Aktion der Sowjets gegen Westeuropa nur dem sowjetisch-chinesischen Gegensatz entspringen oder ob Peking mehr weiß, als man bisher durch die Geheimdienste des Westens in Erfahrung bringen konnte.

Es ist eine Fülle wichtiger Fragen, die der Westen in diesen Wochen in Moskau und Peking klären möchte. Ob das gelingt, bleibt vorerst offen. Möglich aber wäre es, daß sich die Akzente der gegenüber der Sowjetunion und China zu vertretenden Politik verschieben könnten.

H. O. Lippens

Tschechen werden überflügelt

Stürmisches Wachstum meldet die Slowakei

Wien — In der CSSR verschieben sich die Schwerpunkte aus den böhmischen Ländern in die Slowakei. Der erbitterte Kampf der Slowaken um staatliche Autonomie, die der Prager Zentralismus zugunsten tschechischer Vorherrschaft bis in die Zeit des Prager Frühlings verzögern konnte, trägt heute reiche Frucht. Die Slowaken haben dabei den Vorteil einer hohen Geburtenrate, während die Kinderzahl der Tschechen schrumpft. Dies ist Beweis ungestümer Vitalität einer kleinen Nation von 4,2 Millionen, die nach der Volkszählung von 1971 mit 573 000 Magyaren und 55 000 Ukrainern die Teilrepublik bewohnen. Das Verhältnis der Volkszahlen verbessert sich bei den Slowaken von Jahr zu Jahr, sie werden bald ein Drittel der 14,5 Mill. Einwohner der CSSR stellen.

Die Slowaken haben den Vorteil der strategischen Lage ihrer Teilrepublik genützt. Die einzige Westgrenze ist an der Donau bei Pressburg. Die Militärs betrachten die Slowakei als Hinterland und zur Aufnahme der Rüstungsindustrie geeignet. Die neue Eisen- und Stahlindustrie von Kaschau in der Ostslowakei entstand in einem früher vernachlässigten Raum. Kaschau ist heute eine Metropole mit Hochhäusern und ausgedehntem Industriegelände, in dem sowjetisches Erz verarbeitet wird. Die Landeshauptstadt Pressburg ist in erster Linie Verwaltungszentrum, Sitz einer Ölraffinerie und belebter Donauhafen.

Wer durch die CSSR reist, stellt in den böhmischen Ländern Resignation fest. Man arbeitet zwar, aber denkt nicht mehr an Revolte gegen die Kommunisten. Hingegen hat sich die slowakische Partei national eingefärbt und in die Gefühle des katholischen Volkes integriert. Religion und Materialismus leben in Koexistenz, vermeiden Zusammenstöße; die Fähigkeit, andere Anschauungen zu tolerieren, haben die Slowaken in den Jahrhunderten ihrer Zugehörigkeit zur ungarischen Krone gelernt. In Prag und auch im mährischen Brünn tragen die Menschen Verbitterung zur Schau, in der slowakischen Landschaft sind sie gelöst, oft heiter und stolz auf die wirtschaftlichen Errungenschaften. Nur gegenüber den Tschechen, die früher leitende Posten innehatten, ist man abweisend. Daher ist die tschechische Minderheit durch Abwanderung nach Böhmen auf einige Zehntausend Personen gesunken.

Auch in der Bundesregierung geben Slowaken den Ton an. Zwar mußten sie zustimmen, als nach 1968 die Wirtschaft wieder in die Kompetenz der Bundesregierung überführt wurde, obwohl sie unter Dubcek auf die Slowaken das mit Hilfe hoher Subventionen aus dem Bundeshaushalt bezahlen. Damit sollen in Pressburg eine Autofabrik mit einem Jahresausstoß von 100 000 Wagen, ein Chemiefaserwerk und viele weitere Betriebe errichtet werden. Das Nationalprodukt soll 1975 in Böhmen und Mähren um 24, in der Slowakei aber um fast 40 Prozent steigen.

Pressburg erhielt einen modernen Flugplatz, eine neue breite Donaubrücke und kühn projektierte Stadtviertel. Außerdem wird an der Autobahn von Pressburg nach Brünn gebaut. Ein biologisch junges Volk, das allein 1974 um 54 000 Köpfe zugenommen hat, gegen nur 33 500 bei den Tschechen, hat allen Grund, optimistisch zu sein.

Nicolaus Bertram

Andere Meinungen

THE TIMES

Moskaus Deutschland-Sorgen

London — *„Der kürzlich unterzeichnete Freundschaftsvertrag zwischen der Sowjetunion und Ostdeutschland wirft ein interessantes Licht auf die zwiespältige Besorgnis, welche die Russen gegenüber ihrem deutschen Schützling empfinden. Einerseits haben sie Jahre mit dem Versuch verbracht, seinen Status aufzuwerten, um die Teilung Deutschlands zu konsolidieren und ein Modell des Sozialismus im Vaterland von Karl Marx zu schaffen. Andererseits sind sie ängstlich bestrebt, sehr scharfe Kontrolle zu behalten, falls der deutsche Nationalismus wieder an die Oberfläche treten sollte — entweder innerhalb der ostdeutschen kommunistischen Partei, wo er nur unbeständig schlummert oder aber in der Form gefährlich enger Beziehungen zu Westdeutschland."*

DIE TAT

CDU und Polenvertrag

Zürich — *„Zunächst war aus der CDU-Zentrale in Bonn, dem Konrad-Adenauer-Haus, zu hören, daß die von den Unionsparteien regierten Länder diese Abkommen geschlossen ablehnen würden. Heute geht man davon aus, daß der CDU-Vorsitzende Kohl als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und der stellvertretende CDU-Vorsitzende Stoltenberg als Ministerpräsident von Schleswig-Holstein den Verträgen zustimmen wollen, weil nach ihrer Meinung die Länderkammer ihre Kompetenzen überschreiten würde, wenn sie sich in dieser Frage zur entscheidenden Instanz machen will. Diese Begründung wirkt freilich weit hergeholt. Bei seinem Votum zu den Verträgen mit Moskau und Warschau über die faktische Anerkennung der Nachkriegsgrenzen hatte der Bundesrat solche Bedenken nicht. Kohl und Stoltenberg gehen vielmehr davon aus, daß ein Wahlkampf, in dem die Ostpolitik erneut eine wichtige Rolle einnähme, für die Unionsparteien nachteilig wäre."*

The New York Times

Der Tod in Kambodscha

New York — *„Die in Gefangenschaft geratenen Führer der früheren kambodschanischen Regierung, so zeigt sich jetzt, sind alle tot, sind entweder durch den Mob getötet oder an die Wand gestellt worden. Die Härte dieser Politik des Todes für geschlagene Feinde wird noch unterstrichen durch das Fehlen ähnlicher Rachsucht in großem Maßstab — soweit bekannt ist — in den anderen beiden neuerlich kommunistisch kontrollierten Ländern Indochinas: Südvietnam und Laos. Die Hauptstadt von Kambodscha, berichten Prinz Sihanuks Begleiter, der im vergangenen Monat nach Phnom Penh kommen durfte, sei jetzt eine ‚tote Stadt' mit einer von zwei Millionen auf 50 000 gesunkenen Zahl der Einwohner, die praktisch sämtlich Soldaten sind. Es gibt sogar Berichte, wonach eine Anordnung ergangen sei, daß die Kambodschaner neue Namen führen müßten, damit die Zusammenführung von auseinandergerissenen Familien verhindert wird."*

Jugoslawien:

Tito-Milliarden in der Schweiz?

Eisiges Schweigen der Behörden

Jugoslawiens Regierung verweigert bis zur Stunde jede Auskunft über das Schicksal des Emigranten Slobodan Todorović, der nach Angaben seines Münchener Anwalts und seiner in Bayern lebenden Ehefrau unweit von Lugano von Titos Geheimpolizei gekidnappt und nach Jugoslawien verschleppt wurde. Gegen mehrere Bekannte und Mitarbeiter des Kaufmanns Todorović, der von der jugoslawischen Presse schwerster Wirtschaftsdelikte beschuldigt wird, sind in Jugoslawien inzwischen Strafverfahren eingeleitet worden:

So muß sich u. a. der ehemalige Generaldirektor der Devisenabteilung der Jugoslawischen Nationalbank, der wegen Wirtschaftsverbrechen schon abgeurteilte Lazar Janičić, nun auch noch wegen „konterrevolutionärer Angriffe auf Land und Gesellschaftsordnung" strafrechtlich verantworten: Auf dieses rein politische Delikt stehen nach dem geltenden jugoslawischen Strafgesetzbuch 15 Jahre schwerer Kerker. Das neue, politische Verfahren gegen den obersten Devisenhüter Jugoslawiens und das eisige Schweigen der jugoslawischen Behörden zum Verbleib des gekidnappten Slobodan Todorović wird von eingeweihten Belgrader Kreisen mit einem geheimnisvollen Hintergrund in Verbindung gebracht: Sowohl Janičić als auch Todorović, der im Westen mehrere Firmen gründete und mit ihnen Jugoslawienhandel trieb, sollen detaillierte Kenntnisse über umfangreiche Geldtransfusionen in Milliardenhöhe haben, mit deren Hilfe Marschall Tito persönliche Nummernkonten in der Schweiz angelegt hat.

Kurt E. Damerau:

Eine Lebensform für unsere Tage?

Ist Allendes Experiment ein Vorbild für Europa?



Salvador Allende mit Präsidentenschärpe: Träume von der Gemeinsamkeit ...

Wäre der Vorrang des Gemeinwohls von den Sozialisten in der praktischen Umsetzung ihrer sozialistischen Ideen auch nur einmal bleibend verwirklicht worden im Grundsatz „Gleiches Recht für alle", würde es keine heißen oder kalten Kriege zwischen den Kapitalisten und den Sozialisten in allen ihren politischen Erscheinungsformen geben, weil diese Welt in der Durchschlagskraft sozialistischer Lehren und Praxis heute sozialistisch wäre. Die Völker der Welt wären glücklich in der Lösung des Verteilungsproblems für die Güter dieser Erde. Aber diese Welt ist nicht glücklich, sie ist politisch mehr denn je zerrissen, der Kapitalismus ist nicht tot, die Expropriateure wurden nicht expropriiert, wie es Marx so düster-verheißungsvoll voraussagte und der Sozialismus wurde keineswegs zum Beglücker der Menschheit, auch wenn das sich berufen Fühlende nicht wahrhaben sollen und der Bolschewismus in Rußland alles andere als ein sozialistisches Paradies ist.

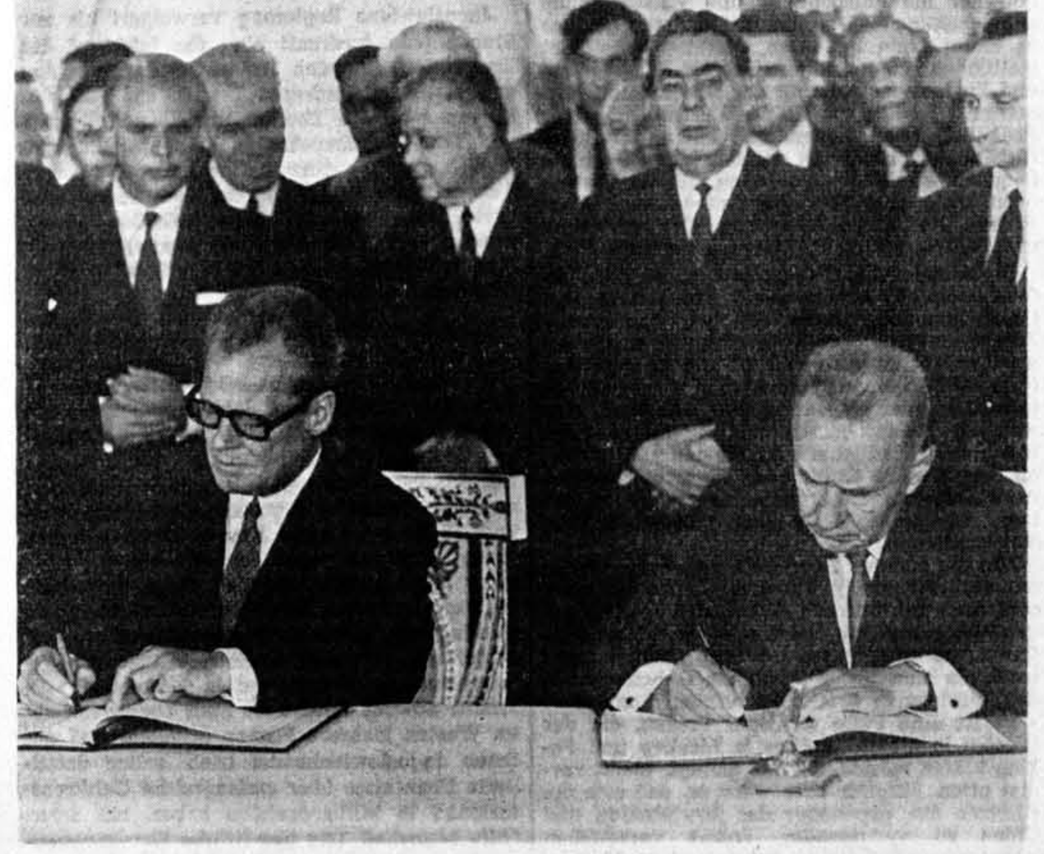
Es wird abèr dieser Tage sehr viel über die Beglückung durch den Sozialismus gesprochen und Völker, entwickelt und gerade politisch mündig geworden, fallen dem verlogenen Charme allgemeiner Volksbeglükkung durch den Sozialismus im Abgesang, daß „Allen alles gehört", zum Opfer. Man spricht so viel von Sozialismus und ihn vertretende Parteien stellen Programm auf, die die Wehmut der Besitzlosen treffen und sie scharf machen im Teilungswahn des Eigentums anderer. Seit dem Urbeginn der Menschheit gibt es Neid. Neid auf den Besitz des anderen. Und so gibt es auch seit dieser Zeit sozialistische Ideen, die von der ersten Grobschlächtigkeit bis zum fein nuancierten Spätmarxismus reichen. Für diesen pseudofreiheitlichen Spätmarxismus stehen Namen wie Georg Lukácz, Ernst Bloch, Jean-Paul Sartre und Herbert Marcuse.

Sozialismus? Was ist das aber, was hat der „politische Normalverbraucher" darunter zu verstehen? Der Begriff „Sozialismus" umfaßt im Gegensatz zum Individualismus des Liberalismus seit den 1830er Jahren entstandene Ideen und Bestrebungen, die die Gesellschaft und das allgemeine Wohl stärker oder ausschließlich zur Geltung bringen wollen. Allen seinen Spielarten (Marxismus, Kommunismus, Nationalsozialismus) gemeinsam ist die Beschränkung der freien Verfügbarkeit über das Eigentum als solches oder als Produktionsgrundlage und über den Eigentumsertrag (Sozialprodukt) im angeblichen Interesse der Allgemeinheit oder sozial Benachteiligter. Das hört sich gut an und es ist auch der Menschen anziehende Honig bis heute geblieben, doch wie es in der Praxis in Hitlers „Dritten Reich" war, wie es im bolschewistischen Sowjet-Rußland aussieht, weiß man doch nur zu genau.

Wenn nun Lothar Bossle sein Buch über „Allende und der europäische Sozialismus" veröffentlichte, läßt sich nur daraus schließen, daß es in Europa Bestrebungen gibt, das sozialistische Experiment eines gescheiterten Allende in Chile auch in die europäische Ebene zu transferieren. Namen wie Harold Wilson, Willy Brandt und Bruno Kreisky stehen für diesen Prozeß der Wiederanmeldung sozialistischen Geltungsanspruches. Es macht hellhörig und läßt noch abgedeckte volksfrontfreundliche Taktiken erkennen, wenn Minister Hans Matthöfer, zuständig für Forschung und Technologie im Kabinett Schmidt, unumwunden erklärt: „Man muß den Kampf um den demokratischen Sozialismus so führen, daß bei jeder Reform die Machtbasis für die Durchführung der nächsten Reform wächst."

Reformen? Besser doch wohl Sozialisierung. Die Investitionslenkung im Inflationsbekämpfungsprogramm der Bundesregierung unter Helmut Schmidt zeigt den Weg auf, der Willy Brandt und seine Partei in die Seligkeiten Allendescher Experimente führen soll. Was hat es aber nun mit Allende und seinen chilenischen Sozialismus auf sich? Lothar Bossle weist in seinen Untersuchungen darauf hin, daß der Sieg des Sozialisten Salvador Allende, der demokratisch gewählter Präsident von Chile als Volksfrontkandidat — ein Novum in der Historie des Sozialismus — wurde und damit dem sozialistischen Durchbruch den Glanz einer demokratischen Legitimität verlieh, „das früher angenommene, seit langen Jahren zerrissene und nun wieder beschlossene Bündnis zwischen Wissenschaft und Sozialismus zu bekräftigen schien, zumal neben der gewachsenen proletarischen Einsicht in die Zwangsläufigkeit des sozialistischen Geschichtsprozesses durch die Massen des Volkes dank der wissenschaftlichen Erleuchtung durch den Sozialismus auch Kreise des Bürgertums und der katholischen Kirche zu einer Unterstützung der Volksfrontpolitik in Chile bereit waren".

Ein Tatbestand, von dem europäische Sozialisten immer nur noch träumen.



... an sozialistischen Kaminen: **Willy Brandt unterzeichnet den Moskauer Vertrag** Fotos (2) AP

Die Bedeutung von Allendes sozialistischem Sieg umreißt Egbert Jahn, der zu den Vertretern der Neuen Linken zählt, mit den Worten: „Erstmals in der bisherigen Geschichte der Arbeiterbewegung erzielten sozialistische Parteien mitten im sogenannten ‚Frieden' und nicht nur kurzweilig nach einem Kriegsdesaster die bewußte Unterstützung von annähernd der Bevölkerungsmehrheit". Ein legaler sozialistischer Sieg also mit Unterstützung des Bürgertums. Der Traum aller sozialistischen Weltverbesserer!

Der Sieg Allendes ließ die Sozialisten in aller Welt wieder glauben, daß mit diesem Beginn des sozialistischen Experiments in Chile der seit der Oktoberrevolution von 1917 angesetzte welthistorische Revolutionsschematismus nun wieder anlief. Das damit verbundene Signal, eine sozialistische Erfüllungsstunde vor sich zu erblicken — so Bossle — löste die gefühlsmäßige Mobilisierung eines historischen Optimismus aus. Ihn teilten und teilen, obwohl die Glücksstunde Allende verrauscht ist, die sozialistischen Brüder Wilson, Kreisky und Willy Brandt und so erhalten die Reformen der bundesdeutschen Sozialdemokraten im Verein mit der aus dem Sack gelassenen Katze „Investitionslenkung" ihr besonderes Bild: der Traum vom sozialistischen Staat.

Das hat uns wach zu machen und eine Resignation, wie sie den bedeutenden Entwicklungssoziologen Richard F. Behrendt angesichts des fortschreitenden Sozialismus in aller Welt befiel, ist sicher nur zu überwinden, wenn man sich über die Art sozialistischer Strategien nicht naiven Täuschungen hingibt. Eine solche ist, sozialistische Tendenzen mit demokratischer Haltung zu verbrämen.

Das Buch Bossles ist so nicht nur eine Betrachtung des Experiments Allende, es ist zugleich eine sehr qualifizierte Auseinandersetzung mit Strömungen im europäischen Sozialismus, die zu einer Desillusionierung über die Grundziele des europäischen Sozialismus als existentielle Notwendigkeit unserer Zeit führt. Es ist deutlich genug, wenn der im Exil lebende Generalsekretär der Sozialistischen Partei Chile, Carlos Altamirano, in geradezu zynischer Umschreibung des sozialistischen Wegs Chiles unter Allende sagt: „Der leninistische Sozialismus kannte und kennt nur eine Bahn, die nichts gemein hat mit freien, geheimen und auf frei zugänglicher Information beruhenden Wahlen. Dieses dumme Geschwätz gehört in die Archive."

Allende ist vom Podest gestürzt. Er stürzte mit seinem Volksbeglückungssozialismus Chile in eine tiefe wirtschaftliche Misere. Sein Experiment des praktischen Sozialismus war zu umständlich und risikoreich im Sinne sozialistischer Erfolgstechnik. Es ging daher daneben. Aber die um diese Experimentalpolitik Allendes geisternde Glorifizierung verleitet unbelehrbare Sozialbeglücker immer noch, zu glauben, daß der Sozialismus die Seligkeit allen Lebens ist. Allende lernte aus europäischen Verhältnissen und praktizierte seinen Sozialismus daraus. Das Allendesche Experiment hatte, wie Lothar Bossle es vermerkt, seinen Kristallisationskern in den Zielorientierungen des europäischen Sozialismus. Der Weg Allendes wurde von Sozialisten in Europa schon vorgedacht, sein Scheitern wurde auch in Europa bereits vorerlebt. Ein Beispiel also ist das nicht.

So wird klar, daß vielfältige Beziehungen zwischen Allende und europäischen Sozialisten bestehen. Wenn der „Modellfall" Chile europäischen Intentionen entspricht, ist das also nicht rein zufällig. 1934 fand in Moskau eine Konferenz der Kommunisten statt, an der Manuilski, Dimitroff, Gottwald, Kuusinen, Pieck, Togliatti und Ho Chi Minh teilnahmen sowie auch Vertreter aus Mexiko, Kuba, Chile, Kolumbien. Alles Staaten, die kommunistisch mehr und mehr infiltriert wurden. Und hier wurde das Experiment einer Volksfront in Chile festgelegt. Lothar Bossle beschreibt alle die Stationen politischer Umsturzpraktiken, die im Falle Allende sichtbar geworden sind. Weit wichtiger für uns Europäer, für uns Deutsche, aber ist, welche europäischen Verbindungen es dabei gibt und welche europäischen Träume am sozialistischen Kamin geträumt werden, an dem auch ein Willy Brandt sitzt, dessen Ostverhandlungen im Zeichen sozialistischer Gemeinsamkeiten und Bestrebungen sicher auch andere Deutungen zulassen.

Die Quintessenz der Untersuchungen von Lothar Bossle ist eine umfassende Dekuvrierung von Allendes sozialistischem Experiment und eine aktuelle Warnung für Europa, speziell für die Bundesrepublik Deutschland, die sich in mehr und mehr sozialistischen Experimenten in eine gefährliche Lage manövriert. Allendes Sozialismus ist ein Beispiel für Vorgänge, die sich jederzeit auch in Europa, bei uns in der Bundesrepublik, wiederholen können. Die Militärjunta in Portugal hat den jüngsten Beweis geliefert. Mehr und mehr sozialistische Experimente in der Bundesrepublik machen uns langsam wach.

Bossles Buch ist nicht nur in hervorragender Kennerschaft geschrieben und gibt tiefe Einblicke zu Fäden, die Sozialisten in aller Welt spinnen, es enthält auch alle Informationen, die nötig sind, sozialistischem Experiment vorzubeugen, dessen Beginn auch in goldenster Verbrämung nicht zu übersehen ist. Eine aktuelle Warnung erreicht uns mit diesem Buch, das auch Sozialisten lesen sollten, die meinen, demokratischer Sozialismus sei eine Abkehr vom Totalanspruch einer kollektivistischen Idee.

Nicht von ungefähr gibt es heute in der Bundesrepublik Auseinandersetzungen innerhalb der Sozialdemokratischen Partei. Hier kämpfen die letzten Reste echter demokratischer Parteigänger gegen Tendenzen an, die längst das sozialistische Fahrwasser erreicht haben. So sollte erst recht dieses Buch jeder Bürger von einigermaßen politischen Verantwortungsbewußtsein lesen, um daraus zu lernen, wie er die Politik unserer Tage zu beurteilen hat, um zu lernen, wie Fäden gesponnen werden und um zu lernen, wohin ihn der Weg eines angeblichen demokratischen Sozialismus führt. Kurz, zu lernen, wie der Wolf im Schafspelz aussieht, dem er täglich die Hand hinhält.

Dem Seewald-Verlag gebührt sicher Dank für diese zugänglich gemachte Aufklärung, die eine Lücke in der Ahnungslosigkeit der Bürger zu füllen imstande ist.

Lothar Bossle: „Allende und der europäische Sozialismus", Seewald-Verlag, Stuttgart 1975.

Ostpreußisches Gold - Arbeiten aus Bernstein

Kostbare Stücke von der Steinzeit bis zur Gegenwart im Deutschen Elfenbeinmuseum in Erbach

Bernstein ist hart gewordenes, gleichsam versteinertes Harz aus vor 30 bis 50 Millionen Jahren ausgestorbenen Nadelhölzern der Tertiärzeit. Seine große Wertschätzung als Werkstoff für Schmuckgegenstände beruht seit vorgeschichtlicher Zeit auf dem Nuancenreichtum seiner Farbskala, die von Gelblich-Weiß über Honiggelb bis hin zu tiefem Braunrot reicht, sowie auf den verschiedenen Graden seiner Durchsichtigkeit, die die Klarheit von golden leuchtendem Glas erreichen kann.

Die verschiedenen Namen, die von den Völkern des Altertums dem Bernstein gegeben wurden, heben seine besonderen Eigenschaften hervor. Das von Tacitus überlieferte altgermanische Wort ‚glaes' bezieht sich auf die Durchsichtigkeit. Der römische Name ‚succinum' = Saftstein deutet auf die Entstehung des in der Kaiserzeit mit Gold aufgewogenen Materials aus dem harzigen Saft von Kiefern hin. Die Griechen nannten den Bernstein ‚elektron', weil er beim Reiben negativ elektrisch und damit magnetisch wird; auch das Glänzende, Leuchtende des Bernsteins wurde damit ausgedrückt.



Von Jan Holschuh, einst künstlerischer Leiter der Staatlichen Bernstein-Manufaktur Königsberg, stammt der Entwurf zu diesem Ehrenpreis in Form eines Tellers aus Silber mit Bernstein
Foto K. Th. Dorsch

Wegen seiner Anziehungskraft, seines Leuchtens und nicht zuletzt seiner Einschlüsse von Tieren und Pflanzen hatte der Zauberstein aus dem Nordland etwas Geheimnisvolles für jene Menschen. Sie hielten ihn für heilkräftig. Die leichte Brennbarkeit des Bernsteins hat ihm schließlich seinen deutschen Namen eingebracht, der soviel wie Brennstein bedeutet und aus dem niederdeutschen ‚bernen' = brennen sich herleitet.

Die Hauptfundstätten des Bernsteins liegen in Ostpreußen an der Küste des Samlandes, der sogenannten Bernsteinküste. Von dort führte in den Jahrhunderten des Römerreiches einer der wichtigsten Handelswege — die Bernsteinstraße — zur Mährischen Pforte und über den Semmering nach der damals bedeutenden Stadt Aquileja an der Adria...

So lesen wir in der Einführung des Kataloges zu einer Sonderausstellung ‚Ostpreußisches Gold — Arbeiten aus Bernstein', die bis zum 16. November im Deutschen Elfenbeinmuseum Erbach/Odenwald — südlich von Frankfurt — zu sehen ist. Der Leiter des Museums, Dr. Hans Werner Hegemann, schrieb den knappen ‚aber sehr informativen Text für den schönen Katalog, den so mancher Besucher sicher gern mit nach Hause nehmen wird, als kleine Kulturgeschichte des Bernsteins — zumal auch die Amerkungen zu den einzelnen Ausstellungsstücken viel Interessantes enthalten.

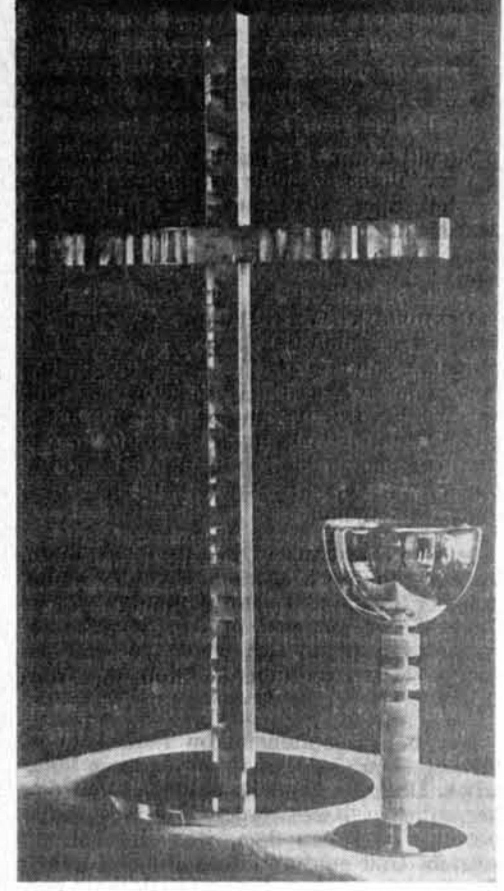
Die Abbildungen im Inneren des Kataloges zeigen schöne und seltene Stücke aus der Schnitzkunst vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Auf dem Titel die Abbildung des größten Schiffsmodells der Welt aus ostpreußischem Gold — die berühmte ‚Große Bernsteinkogge' aus der Werkstatt des Königsbergers Alfred Schlegge, auf einem Holzkern aus vierzig Kilogramm Naturbernstein aus dem Samland gearbeitet, in der stattlichen Größe von 151 zu 130 Zentimeter — nach Ze[illegible]nungen des Schiffsbauhistorikers Friedrich Jarberg nach der Fregatte ‚Wappen von Hamburg I' aus dem 17. Jahrhundert. Besitzer dieses einmaligen Stückes ist heute die Firma Friedrich Kolletzky, die ebenfalls in Erbach ansässig ist und deren Inhaber Mitglied im Kuratorium des Deutschen Elfenbeinmuseums ist; dem Museum stellte er die Kogge als Leihgabe zur Verfügung.

Bei der Eröffnung der sehenswerten Ausstellung wies Dr. Hans Werner Hegemann vor einem Kreis interessierter Gäste darauf hin, daß die Initiative zu dieser Schau ostpreußischen Goldes von Friedrich Kolletzky ausgegangen sei. Wissenschaftlich fundiert und mit heiteren Anmerkungen gewürzt waren die Ausführungen des Museumsdirektors über den Werdegang der Bernsteinverarbeitung, die in der Steinzeit mit Zauber-Amuletten begann, über die vielfältigen Formen mittelalterlicher Schnitzkunst, figürliche Darstellungen, Schmuck und kunsthandwerkliche Arbeiten bis zu dem berühmten Bernsteinzimmer, das einst als Geschenk des preußischen Königs Friedrich Wilhelm I. an den russischen Zaren ging und das heute als verschollen gilt.

Auch in diesem Jahrhundert haben bedeutende Künstler sich des ostpreußischen Goldes angenommen — so die Königsbergerin Toni Koy, der Bildhauer Prof. Hermann Brachert oder Jan Holschuh, der in der Skulptur von der Grundform des zu bearbeitenden Stückes ausging, also vom Brocken des rohen Bernsteins. Er wurde zum Leiter der Bernsteinklasse an der Meisterschule für das gestaltende Handwerk in Königsberg berufen und hatte dort die künstlerische Leitung der Staatlichen Bernsteinmanufaktur inne. Seine Arbeiten wurden auf zwei Weltausstellungen mit dem Grand Prix ausgezeichnet. Dr. Hans-Werner Hegemann würdigte unter anderem die Verdienste der von F. R. Wilm geleiteten Gesellschaft für Goldschmiedekunst, die 1934 gemeinsam mit der Staatlichen Bernsteinmanufaktur Königsberg einen Wettbewerb für Arbeiten aus Silber mit Bernstein durchführte, der gute Maßstäbe für die weitere künstlerische Verwendung des Urwelt-Harzes erbrachte.

Die umfangreiche Ausstellung, so betonte Dr. Hegemann, sei vor allem ermöglicht worden durch die Bereitschaft der Preussag in Hannover, die aus dem Königsberger Museum gerettete bedeutende Sammlung als Leihgabe für die Ausstellung zur Verfügung zu stellen, darunter auch die Stücke, die dem Altonaer Museum in Hamburg und dem Ostpreußischen Jagdmuseum in Lüneburg als Dauerleihgaben überlassen worden sind. Das Stadtmuseum München hat ebenso zu dem Erfolg der Ausstellung beigetragen wie die Gesellschaft für Goldschmiedekunst, die Firma Friedrich Kolletzky, die Goldschmiede Arnd Heuer, Johannes Kienast und Prof. Herbert Zeitner.

Werner Borchers, Bürgermeister der Stadt Erbach, wies auf die vorangegangene Ausstellung hin, die ‚Westeuropäische Elfenbeinarbeiten des 11. bis 19. Jahrhunderts aus der Staatlichen Eremitage Leningrad' gezeigt habe, 20 000 Besucher aus aller Welt angezogen und dem Deutschen Elfenbeinmuseum zum Durchbruch auf internationaler Ebene verholfen habe. Die Kleinstadt Erbach habe mit dem Irrtum aufgeräumt, Kunst sei nur von Groß- und Weltstädten gepachtet. Das kulturelle Angebot der 11. Erbacher Kulturtage, in deren Rahmen die Ausstellung ‚Ostpreußisches Gold' stattfinde, sei ein wertvoller Impuls für ein aktives Gemeinschaftsleben.



Altarkreuz und Kelch in Silber mit Bernstein — nach einem Entwurf von Prof. Hermann Brachert
Foto Brachert

Wir wünschen den Veranstaltern und Leihgebern, daß auch die Bernstein-Ausstellung mit dem reichen Angebot historischer und moderner Arbeiten aus dem Gold des Samlandes großes Interesse finden, viele Besucher anziehen möge. Sie haben dabei Gelegenheit, einige der Ausstellungsstücke zu betrachten, die vor allem aus der Zeit des Barock stammen, da der Werkstoff Bernstein eine neue Blütezeit erlebte und häufig mit Elfenbein zusammen verarbeitet wurde — auch diese Arbeiten ein Beweis dafür, daß die Verbindung beider Materialien kein Zufall ist und die Ausstellung ‚Ostpreußisches Gold' im ‚Deutschen Elfenbeinmuseum' ihren tieferen Sinn hat. **RMW**

„Und hat eine eigene Weise ..."

Kulturpreisträger Prof. Herbert Wilhelmi zum 80. Geburtstag

Jeder von uns trägt seine Landschaft in Wesenszügen an sich; er kann sein Ursprungsland nicht verleugnen. Sofern er Heimat hat, ist er durch sie geworden, wie er ist. Und was seine Erde ihm zurauscht, flüstert, singt und in tausend Klängen, Rhythmen und Lauten zuraunt, formt sich ihm zum Lied, zum Lied der Heimat. Und hat eine eigene Weise wie kein anderes Land; und wenn es aussagt, was Menschenherz bewegt, sei es Freude oder Leid, immer singt darin seine Erde, sein Land, das ihn gebar und ihm das tausendfältige Leben offenbarte."

Prof. Herbert Wilhelmi, der diese Zeilen vor einigen Jahren im Ostpreußenblatt veröffentlichte, wird sein Ursprungsland Ostpreußen nie verleugnen. Der geborene Insterburger vollendet am 4. November in Wentorf bei Hamburg sein 80. Lebensjahr.

Als ‚wahrer Künder ostpreußischer Musik' — wie der verstorbene Bundeskulturreferent der LMO, Konrad Opitz, ihn einmal nannte — hat Wilhelmi das Musikleben Ostpreußens im wesentlichen Maße bereichert. Für sein Wirken wurde er daher im Jahre 1964 mit dem Kulturpreis der LMO geehrt.

Herbert Wilhelmi kann auf ein wechselvolles Leben zurückblicken: Nach seinem Musikstudium in Berlin war er zunächst als städtischer Organist in der Stadt an der Spree tätig, bis er 1924 als Städtischer Musikdirektor und Stadtkantor nach Tilsit berufen wurde. Dort leitete Wilhelmi den Lutherchor, einen Knabenchor und den örtlichen Konzertverein. Unterdessen entstanden auch die ‚Tilsiter Turmmusikanten' und das Lied ‚Die einzig Eine'. Das Jahr 1937 führte den Jubilar als Domorganisten nach Königsberg, wo er zugleich an der Albertus-Universität lehrte.

Das Ende des Krieges unterbricht jäh seine Schaffensperiode. Nach einer abenteuerlichen Flucht gelingt es Herbert Wilhelmi, 1946 in Wuppertal-Elberfeld Fuß zu fassen. Lange Jahre lehrt er als Dozent für Musik an der dortigen Pädagogischen Akademie.

Auch nachdem er seine Heimat verlassen mußte, hat Herbert Wilhelmi bahnbrechend für das ostpreußische Liedgut gewirkt. Neben seinen wissenschaftlichen Vorträgen über Kirchen- und Volksmusik in Ostpreußen finden seine Liederbücher ‚Mein Lied — mein Land' und ‚Schenk mir dein Herz heute wieder große Beachtung. **I. H.**



Ein prachtvolles Zeugnis mittelalterlicher Bernsteinkunst ist dies Relief einer Verkündigung, das im 15. oder 16. Jahrhundert geschaffen wurde. Das Material ist klarer Bernstein aus Ostpreußen; die Köpfe und vermutlich auch die (heute fehlenden) Hände sind aus weißlichem Knochenbernstein geschnitzt. Die kostbare Leihgabe der Preussag AG an das Altonaer Museum in Hamburg ist ebenfalls auf der Erbacher Ausstellung zu sehen
Foto Altonaer Museum

Hannelore Patzelt-Hennig

Einsam im Hochhaus

Eigentlich ging es Pamela Peters gut. Sie hatte eine passable Rente, lebte in einer hübschen Wohnung und gebrechlich war sie auch nicht. Aber sie fühlte sich einsam, seit ihr Mann tot war, unsagbar einsam.

Wenn die Tür ihrer Wohnung abends hinter ihr ins Schloß fiel, kam sie sich so weltabgeschieden vor, als läge zwischen ihr und den anderen Menschen ein Raum so groß wie das Eismeer. Wenn der Tag auch kaum mehr Kontakte brachte, so spiegelte sich in ihm wenigstens das Leben, und Pamela Peters konnte als Zuschauer gewissermaßen daran teilnehmen.

In dem Hochhaus, in dem Pamela wohnte, begegneten die Menschen einander kaum. Auf der Straße und beim Einkaufen war es ähnlich. Der Personal in den Selbstbedienungsläden zeigte sich wenig aufgeschlossen, arbeitete routinehaft, blieb unpersönlich.

Nur bei Begegnungen im Park kam es manchmal zu Gesprächen mit anderen Menschen. Doch sie handelten zumeist von den körperlichen Beschwerden der Gesprächspartner oder von dem, was die Zeitung schrieb. Und solche Unterhaltungen gaben Pamela kaum etwas. Sie zog es deshalb vor, wenn sie in den Park ging, sich an Spielplätzen niederzulassen und den Kindern zuzusehen. Das machte ihr Freude.

Ein kleiner Junge hatte hier eines Tages ihre Gesellschaft gesucht. Sie hatte sich nett



Ein Waldweg im Herbst

mit dem Kind unterhalten, hatte gescherzt und gelacht, und all das war von dem Kleinen in ausgiebigem Maße erwidert worden. Dann aber hatte Pamela ihre Handtasche geöffnet und dem Kind einen Keks gereicht. Daraufhin war der Junge fluchtartig davongelaufen.

Pamela konnte sich den Grund für dieses Verhalten gut erklären. Die Mutter hatte vermutlich ihr Kind davor gewarnt, etwas von fremden Leuten anzunehmen.

Trotz dieser Erkenntnis stimmte Pamela die Begebenheit traurig. Sie hätte so gern jemandem etwas bedeutet, jemanden gehabt, der auf ihre Hilfe wartete.

Manchmal dachte sie daran, einen Hund zu halten, aber das verbot die Hausordnung. Und dieses Verbot zu mißachten, widerstrebte ihr.

Wenn Pamela abends so allein in ihrem Zimmer saß, glaubte sie manchmal, die Wände kämen auf sie zu, bedrängten sie. So war es auch neulich wieder. Pamela fühlte sich elend. Sie beschloß deshalb, noch einmal fortzugehen, obwohl es schon spät war. Bereits eine Stunde vor Mitternacht. Eine Zeit, zu der sie sonst nicht mehr auf die Straße ging. Sie zog sich an, nahm Handschuhe und Tasche und trat hinaus.

Gleichgültig ließ sie die Tür hinter sich ins Schloß fallen. Dann sah sie sich plötzlich einem weinenden Kind gegenüber. Ein kleines Mädchen stand auf dem Flur vor der Tür gegenüber, in einem langen Nachthemdchen, mit einem abgegriffenen Teddy unter dem Arm.

„Was machst du hier draußen, Kleines?" fragte Pamela erschrocken.

„Ich warte auf meine Mutti!" schluchzte das Kind.

„Ist sie fort?"

„Ja!"

Das kleine Gemüt war völlig durcheinander.

„Du bist also allein!"

„Ja, und ich habe Angst!"

„Möchtest du zu mir kommen und bei mir auf die Mutti warten?"

Der verlorene Blick der Kleinen wurde zutraulicher.

Pamela schloß ihre Tür wieder auf und nahm das Kind zu sich herein. Sie bettete es auf die Couch, hüllte es in warme Decken und gab ihm etwas zu trinken.

Mit beruhigenden Worten brachte sie das Kind bald zum Schlafen. Dann hing sie an die Tür der Mutter einen Zettel, auf dem vermerkt war, wo die Kleine sich befand.

Die junge Frau kam bald darauf zurück. Sie zeigte sich ehrlich erfreut über die Fürsorge, die ihrem Kind zuteil geworden war, und war Pamela für die Bemühungen von Herzen dankbar. Ihre kürzlich gescheiterte Ehe und noch einige andere Ereignisse hatten ihren Glauben an die Offenherzigkeit und Hilfsbereitschaft der Mitmenschen stark ins Wanken geraten lassen.

Die junge Frau war gezwungen, ganz allein für sich und das Kind zu sorgen. Um am Tag bei der Kleinen zu sein, arbeitete sie abends in einem Restaurationsbetrieb. Das war bisher auch gut gegangen. Die kleine Cornelia hatte bisher immer fest geschlafen, wenn sie zurückgekommen war. Dieser Abend aber stürzte die junge Frau in neue Ratlosigkeit.

Pamela versäumte nicht, ihre Hilfe anzubieten. Darauf wußte die junge Mutter sich vor Freude kaum zu lassen. Sie brauchte eine Weile, um diesen glücklichen Gedanken als Tatsache zu akzeptieren.

Pamelas Wohnung ist seit diesem Abend nie mehr vollkommen aufgeräumt. Irgend etwas an Spielzeug, Malstiften, Zetteln, Bauklötzen und ähnlichen Requisiten liegt immer irgendwo herum. Sogar ein Meerschweinchen hockt hin und wieder auf Pamelas Balkon.

Und wenn die kleine Cornelia vom Kindergarten kommt, weiß sie manchmal nicht, auf welche Klingel sie zuerst drücken soll, auf die der Mami oder auf die von Tante Pamela. Sie wohnt bei beiden, und das findet sie ganz selbstverständlich.



Frühnebel hüllt die Erlen im Jakunowker Hegewald ein — Foto Rimmek

Gilbert von Monbart

... und ab und zu ein weißer Elefant

Ich hatte mir gedacht: Vielleicht ist ein Interview drin. Der Tageslauf eines Schaustellers. Er saß draußen vor dem Städtchen auf der herausgeklappten Treppe seines Caravans, rauchte und spielte mit einem Kater. Der Himmel makellos blau, und dennoch — man spürte das Zittern, das durch die Bäume geht.

So kamen wir ins Gespräch. Ein Westpreuße. In Zoppot hat er mit achtzehn Theater gespielt. War einmal in Berlin bei Borsig. Dazwischen Schausteller. Er zeigt mir ein Foto: Er selbst mit Sherlock-Holmes-Mütze.

Ein anderes Bild: Wieder er mit einem Mädchen, seiner Tochter. Er sagt: „Das war, glaube ich, in Kolberg." Das Mädchen wurde groß und verschwand mit einem Zirkus.

Ein schwarzgeflügelter Schwarm am Himmel. Und ein Kondenzstreifen, der langsam zerfasert.

Der Schausteller stellt mir ‚Schnabus III', den Kater, vor. Warum Schnabus? So hieß erst ein gezähmter Rabe, dann ein Kakadu, gewissermaßen Tradition. Ein seltsamer Mann; er kennt Lenau und Trakl, sogar Benn.

Ein einsamer Mann mitten im Trubel der Menge, die unterhalten werden will. Ein Liliputaner geht vorbei, todernst, und grüßt. Clowneske Melancholie „... und ab und zu ein weißer Elefant", fällt mir Rilke ein.

Die elektrische Orgel — noch stumm, mit einer Plane zugedeckt. Frisch gestrichene Pferdchen, kleine Hubschrauberkabinen, Motorräder — und ab und zu ein weißer Elefant.

Schnabus III mauzt. Es hat nicht gereicht zu einem Interview. Die große Bühne dreht sich lautlos und sehr langsam. Und Pan schweigt.

Richard Ney

Niemand hat Zeit ...

Oft sehe ich ihn abends im Park spazieren gehen. Sein Gang ist leicht gebückt. Ab und zu stützt er sich schwer auf den eichenen Stock. Das Herbstlaub fällt.

Ich kenne ihn noch als Bataillonskommandeur. Etwa zwölf Jahre mag es her sein, als er in den Ruhestand ging. Das Bataillon war angetreten. Der Brigadekommandeur hielt eine Rede. Darin war von Treue, Pflichterfüllung und unermüdlichem Einsatz die Rede.

Heute sehe ich ihn ab und zu im Park. Sein Haar ist weiß geworden, seit er vor vier Jahren seine Frau zu Grabe tragen mußte. Oft verweilt er vor dem schlichten Grabstein auf dem kleinen Friedhof, drüben, hinter den Parkhecken. Dann wandert der leere Blick in die Vergangenheit. Ostpreußen, Gumbinnen, Insterburg — wer kennt diese Namen noch? Dort war ein Teil seines Herzens geblieben. Ein anderer Teil liegt nun unter dem Grabstein.

Irgendwann, in naher Zukunft hoffentlich, wird man ihn in einem Altenheim aufnehmen. Der Antrag läuft schon seit zwei Jahren.

Das Altenheim liegt am anderen Ende der Stadt. Es hat über zweihundert Betten. Alle sind belegt. Viele dieser zweihundert Menschen sind enttäuscht, verbittert und sehen keine Zukunft mehr. Dinge, die früher sehr wichtig und interessant waren, spielen in einem solchen Haus kaum noch eine Rolle. Wichtiger wird die Frage, was es heute mittag zu essen geben wird. Und wie es dem Alten von nebenan heute wohl geht? Er hatte gestern einen so schweren Atem. Steinstaublunge oder so etwas ähnliches.

Die Welt wird dann sehr klein.

Aber noch sehe ich ihn im Park spazieren gehen. Der Tod macht im Altenheim noch kein Bett frei. Ich gehe an ihm vorbei, grüße freundlich, wie so oft, und denke an die Termine des Tages. Dringende Besprechungen, wichtige Sitzungen, Briefe und Termine, die sofort erledigt werden müssen.

Mein Schritt wird schneller. Ich habe keine Zeit. Er schaut mir nach. Was mag er denken? Vielleicht denkt er, daß auch ich meine Erfahrungen mit der Zeit machen werde. Und daß es völlig falsch ist zu meinen, man hätte Zeit oder man hätte keine Zeit. Niemand hat Zeit. Die Zeit hat uns! Eines Tages werden wir merken, daß meine Zeit und alle Zeit Gottes Sache ist. Leben und Sterben — wir haben beides nicht in der Hand. Wir werden geführt. Auch auf Wege, die wir uns nicht aussuchen konnten. Mein einziger Trost ist, daß es Gottes Wege sind.

Unterm Nebelmond

Nimm den Rauhreif überm Gras,
Fahne des Kartoffelfeuers,
letzter Aster pudelnaß
und den Hauch des Abenteuers,
den der bittre Wind dir bringt,
wenn die Ahornblätter kreisen,
nimm, was aus den Wäldern dringt
über die vergilbten Schneisen:

Jagdhorn, Axtschlag, Birkentod,
herber Ruch aus Birkenkolben,
spätes Hagebuttenbrot
unter schneegetränkten Wolken.

Nimm solange es noch lohnt,
diese letzten hingestreuten
Gaben unterm Nebelmond
— den am Himmelskai vertäuten,
Kahn, den nun der Wildganskeil
kreischend in zwei Hälften spaltet.
Betend taucht er unter, weil
auch das Jahr die Hände faltet.

Tamara Ehlert



Bunte Blätter bedecken die Wege — Fotos (2) Löhrich

PAUL BROCK

Jenseits des Stromes

15. Fortsetzung

Draußen strahlt plötzlich die Sonne auf; alle applaudieren ihr zu. „So nimmt der Tag doch noch ein gutes Ende", sagen sie. Nach der Tafel beginnt der Tanz.

*

Ich gebe Worschek ein Zeichen und gehe hinaus; auf dem Fuße folgt er mir mit Charlotte nach.

„Ich danke Ihnen", wendet sich Charlotte an mich, „das war nett von Ihnen". Ich möchte jetzt auf mein Zimmer gehen, ich bin müde."

Sie reicht erst mir und dann Worschek die Hand. „Gute Nacht!"

„Wieso?" Worschek sieht sie erstaunt an.

„Ich bin müde", sagt sie, „ich möchte schlafen."

„Ja, selbstverständlich; wir werden sofort nach Hause gehn."

„Nach Hause?" Sie sieht uns verständnislos an.

Ich sehe mich gezwungen, einzugreifen. „Es sollte eine Überraschung für Sie sein, Charlotte — Sie werden in meinem Hause Wohnung nehmen, draußen am Wald."

„Bitte! Nein!" sagt Charlotte.

„Aber warum?"

Sie sieht uns bestürzt an. O Gott, denke ich; ich fühle ein Stechen in der Brust.

Worschek lacht. „Du bist ein Kind, Charlotte; wir sind doch schließlich verheiratet. Charlotte Worschek, geborene Höpfner, hast du mit eigener Hand in das große Buch eingetragen —", er lacht immer noch.

„Ach so! — ja — wir sind verheiratet." Aus den Tiefen ihrer Augen trifft mich ein unvergeßlicher Blick.

„Die Kinder sind auch schon dort", sagt er ungeduldig.

So geht das nicht, denke ich, und nehme Worschek beiseite: „Gehen Sie schon immerhin voraus, ich komme mit Charlotte nach."

„Verflucht!" murmelt er.

„Wie?" frage ich verwundert, als habe ich nicht verstanden.

„Ja so — also bitte — ich danke Ihnen", sagt er.

Charlottes Vater kommt heraus: „Der Amtsrichter will eine Rede halten."

Ich wehre ab: „Das junge Paar ist nicht mehr da."



Zeichnung Nomeda v. Oldenburg

„Sie müssen es einsehen", rede ich dann Charlotte zu, „sehen Sie, das ist der zweite Schritt, der Ihrem ersten, freiwilligen, folgen muß. Das Leben ist nun einmal so, Charlotte; es ist ein uraltes Gesetz: den ersten Schritt tut man aus freiem Willen, dann muß man den Weg fortsetzen, den man damit begonnen hat und darf nicht stehenbleiben, ganz gleich, was auch komme."

Gesenkten Auges hörte sie mir zu. Die Farbe ihres Gesichts gleicht der getünchten Wand des Raumes.

Ich fühle, wie meine Stimme zu zittern beginnt. „Du bist doch verheiratet, Charlotte; Worschek hat recht, es dir vorzuhalten. Hast du denn nicht bedacht, daß zum Verheiratetsein eine gemeinsame Wohnung gehört; schließlich — du bist ihm — du kannst dann immer noch — ich meine ..."

Sie sieht mich lächelnd an; — mein Gott, dieses lächelnde Ansehn einer Frau, wie oft habe ich es schon im Leben gesehen. Es ist immer dieses gleiche lächelnde Ansehn, immer steht dann eine Bereitschaft dahinter, immer geht dann ein Riß durch die Welt, von den Händen Gottes beginnend bis in die Tiefen der Hölle.

Willig läßt sie sich von mir den Mantel reichen.

Aus dem Saal hören wir schallendes Gelächter; „das junge Paar hat soeben das Haus verlassen", botschaftet der Förster. Die Musik spielt einen uralten Walzer.

*

Der Weg ist schön; wir haben etwa eine halbe Stunde zu gehen. In der Allee liegt das Wasser schwer auf den Blättern der großen Ahornbäume, die schon langsam gelb zu werden beginnen. Es duftet von allen Seiten nach Herbstblumen und Erde. Die Straße ist beinahe trocken; Erde und Wind haben das Naß begierig aufgesogen.

Charlotte hat sich fest in ihren Mantel gehüllt. Wir gehen Arm in Arm. Die Bewohner des Ortes bleiben stehen und sehen uns nach. Die Häuser der geladenen Gäste tragen Flaggenschmuck.

Ich führe sie durch den Wald. Von allen Seiten sind wir umgeben und eingehüllt von Einsamkeit. Da bleibt sie einmal stehen und sieht mich an: „Vorhin nannten Sie mich du", sagt sie, „lassen Sie es mich jetzt auch sagen: „Ich danke dir!"

„Liebes Kind!" sage ich zu ihr. Wir umarmen uns, und unsere Lippen finden sich zu einem Kuß. „Gott segne dich, liebes Kind!" wiederhole ich; „sei mutig! Alle Wege führen durch alles hindurch; nichts ist Endziel, Charlotte."

„Nichts ist Endziel?" wiederholt sie fragend.

Dann gehen wir weiter, bis das schöne Haus mit seiner weißen Fassade uns aus der Dichte des Parkes heraus grüßt. Ich habe befohlen, daß es weder Grün noch Flaggenschmuck trägt.

Sie bleibt noch einmal stehen: „Ich danke dir!"

Vor der Haustür wird sie von den beiden Kindern erwartet. „Willkommen, liebe Mutti!" begrüßen sie die Eintretende; man spürt ihnen die Erregung an, die Worte klingen eingelernt.

Ich trete zurück, als wollte ich mich verabschieden. „Kommen Sie!" ruft Charlotte.

Wir treten in das Eßzimmer; es ist schön erleuchtet, mit einem einzigen Blumenstrauß geschmückt. In der Mitte steht ein runder Tisch, mit allerhand kleinen Dingen gedeckt. Worschek nimmt Charlotte den Mantel ab.

Wir sind alle sehr müde; der Tag war reich an erregenden Dingen. Nur Worschek läßt nichts dergleichen spüren. Er versucht unentwegt zu plaudern. Charlotte gibt knappe und müde Antworten; ihr ganzes Wesen scheint in Verwirrung geraten zu sein.

„Damit unser Eingang gesegnet sei, laßt uns gemeinsam etwas essen", sagt Worschek. Das klingt lieb und nett: „damit unser Eingang gesegnet sei!" — „Der Herr segne dich und behüte dich!" hat der Pfarrer am Nachmittag gesagt, als er Charlotte die Hand auf das Haupt legte.

Fortsetzung folgt

Von nuscht is nuscht

Die 7. Werkwoche in Bad Pyrmont war ein voller Erfolg







Da staunte sogar der ,Lorbaß': Im Ostheim gab es neben der Arbeit auch viel Vergnügen. Ob beim Sticken, Weben oder Stricken ...

Er war sofort der Liebling der Frauen — mit seinen großen treuen Augen und seinen langen Ohren. Traurig stand er vor der Tür des Ostheims in Bad Pyrmont und wollte eingelassen werden. Ein dünner Bindfaden hing in Fetzen von seinem stämmigen Hals. Ein Dackel war es, der die Herzen der ostpreußischen Frauen im Fluge gewann.

Herrchen- oder frauchenlos war er in der Nähe des Kurparks herumgestromert, bis Else Gruchow von der Kulturabteilung der LMO sich seiner erbarmte und ihn mit in ihr Zimmer im Ostheim nahm, wo er sofort ihr Bett mit Beschlag belegte. Wo man ihn auch aussetzte und ihm sagte, er solle zu seinem Herrchen zurücklaufen — er kam immer wieder zurück in das Ostheim an der Parkstraße und begrüßte — eifrig mit dem Schwanz wedelnd — die fleißigen Damen, die sich dort zur siebenten Werkwoche unter der Leitung von Hanna Wangerin zusammengefunden hatten. So wurde denn der Dackel, den die Damen schnell ,Lorbaß' getauft hatten, zum einzigen männlichen Teilnehmer der Werkwoche erkoren.

Dem lustigen Treiben wurde jedoch bald ein Ende gesetzt: Durch einen Aufruf in den Pyrmonter Nachrichten fand sich das Herrchen von Ducksi — so hieß der Lorbaß in Wirklichkeit. Der Abschiedsschmerz war schnell vergessen. Es hieß flink weiterarbeiten, denn die Werkwoche neigte sich bereits ihrem Ende zu und jeder wollte sein Prachtstück noch für die Werkausstellung fertigkriegen.

Seit neun Tagen saß man nun schon zusammen und stickte, strickte, nähte, webte und knüpfte. Die rund 40 Frauen aus allen Teilen der Bundesrepublik waren ins Ostheim gekommen, um von Ostpreußen zu hören und um die alten heimatlichen Handarbeitstechniken zu erlernen. Daß dabei auch Rezepte aus der Heimat ausgetauscht, Geschichten erzählt und Volkslieder gesungen wurden, lag nicht zuletzt an Hanna Wangerin, der Leiterin der Abteilung Kultur und des Frauenkreises in der Bundesgeschäftsführung.

Seit sieben Jahren ist die geborene Königsbergerin, die am 31. Oktober ihren 65. Geburtstag feiern kann, unermüdlich dabei, Frauen für ihre Werkwochen zu begeistern. Selbst leidenschaftlich an Handarbeiten interessiert, kann Hanna Wangerin ihre umfangreichen Kenntnisse auf diesem Gebiet nur selten in die Praxis umsetzen. Ihre Aufgaben in der Bundesgeschäftsführung lassen ihr kaum Zeit dazu. Ihr ist es gelungen, hervorragende Lehrkräfte für die Pyrmonter Werkwochen zu verpflichten, die mit Witz und Humor, aber auch mit der nötigen Strenge die Frauen anleiten und ihnen handarbeitliche Grundtechniken beibringen.

Vier Arbeitsgruppen waren bei diesem Kursus entstanden. Die Zeit ermöglichte es, daß jede Frau an mindestens zwei Gruppen teilnehmen konnte. Ob man nun unter Eva-Maria Leßner das Sticken und unter Johanna Gebauer das Musterstricken erlernte, bei Margarete Niemann und Irene Burchert Web- und Knüpftechniken studierte oder gar bei Eva Sosat und Ida Schramme das Trachtennähen lernte — die Wahl blieb den Frauen selbst überlassen. Je nach Neigung und Fingerfertigkeit entschieden sie sich für die eine oder andere Gruppe. Erste Einblicke in das Komponieren von Mustern erhielten alle Teilnehmerinnen gemeinsam beim Sticken. Mit kleinen Papierstückchen wurden Muster und Ornamente zusammengestellt, so daß jede Frau in ihrer Gruppe später diese Kenntnisse anwenden kann.

„Am liebsten würde ich alles mitmachen", stöhnte eine Teilnehmerin, „aber die Zeit reicht leider nicht!" So hieß es denn in den Arbeitsgruppen so viel wie möglich zu schaffen, damit man wenigstens zu Hause weiterarbeiten konnte.

Zeit zum Ausruhen blieb kaum, denn das Programm war sehr umfassend. Wenn die Stricknadeln gerade nicht klapperten, ging es hinaus in die Welt. So wurde etwa ein gemeinsamer Ausflug in das Freilichtmuseum in Detmold unternommen, wo man die Grundlagen bäuerlicher Kultur bestaunte. Oder man besuchte den Tanzkreis Halle (Westfalen), der im Musikpavillon des Humboldt-Gymnasiums in Bad Pyrmont Volkstänze vorführte. Der krönende Abschluß der Werkwoche war ein Klavierkonzert mit Reinhard Flender, einem jungen Meisterschüler von Professor Weichert an der Westfälischen Musikhochschule Detmold/Münster. Flender erläuterte und spielte Werke von Liszt, Chopin und Schumann.

Ein anstrengendes Pensum für Hanna Wangerin und ihre Mitarbeiterin Else Gruchow, die für jede Teilnehmerin immer ein offenes Ohr haben und viele verschiedene Temperamente ,unter einen Hut' bringen mußten. Daß es ihnen gelungen war, zeigte die ausgezeichnete Stimmung des Kreises.

Die Jungen lernen von den Alten

Was vielleicht zunächst als Problem dastand, entwickelte sich bald zum Vorteil der Werkwoche. Viele junge Frauen hatten sich dieses Mal zusammengefunden, um mit den älteren zu arbeiten, von ihnen zu lernen. — Die Altersspanne reichte von 25 bis 68 Jahren. — Die Vorbehalte der Jungen, daß da „ja doch nur ältere Frauen" seien, waren bald wie weggeblasen. Man entdeckte gemeinsame Bekannte, ja es entstanden sogar Freundschaften. Viele der älteren Teilnehmerinnen wurden aus ihrer Einsamkeit und Zurückhaltung herausgelockt und vom Temperament der Jugend angesteckt. Bei der gemeinsamen Arbeit erwies sich diese bunte Mischung als Vorteil.

Wie sehr es den Frauen in Bad Pyrmont gefallen hat, zeigt dieser kleine Vers, den eine Teilnehmerin sozusagen zwischen Webstuhl und Nähmaschine verfaßt hat:

Solang es noch muntere
ostpreußische Frauen gibt,
solang es sie
nach Bad Pyrmont ins Ostheim zieht,
solang man dort noch am Webstuhl huckt,
solang man noch beim andern abguckt,
solang du noch was zu Nähen hast
und die Wolle auch gut zu den Nadeln paßt,
solang wird in die Finger gespuckt
und auch mal Ärger runtergeschluckt.
Solang Sternchen an Sternchen liegt,
schlafen wir wenig, aber wie gewiegt
drum: solang unsere Fahrt ins
Ostheim geht,
wird munter gestickt, gestrickt
und weiter gewebt.

Aber nicht nur ostpreußische Frauen hatten sich eingefunden. Auch sogenannte Beuteostpreußinnen waren durch ihre Ehehälften auf den Gedanken gekommen, die Techniken zu erlernen und die Tradition zu bewahren. Oft genug hatten Freunde, Mütter und Schwiegermütter als Vermittler gewirkt und die jungen Frauen auf die Werkwoche aufmerksam gemacht.

So zum Beispiel Jo Syttkus, die angeheiratete Nichte von Berta Syttkus aus der Webschule Lyck. Sie hatte von ihrer Tante einen Webstuhl geschenkt bekommen und wollte deshalb unbedingt das Weben erlernen. Hanna Wangerin war auf sie aufmerksam geworden und hatte die junge Frau kurzerhand eingeladen. Als Jo Syttkus wieder nach Hause fuhr, lagen in ihrem Gepäck auch zwei Stickmuster, die sie ihren Kindern mitbringen wollte, damit diese sie vervollständigten.

Ein gutes Beispiel, denn die erworbenen Kenntnisse sollen zu Hause ja nicht in der Ecke ,schmoren', sondern möglichst weitergegeben und weiterentwickelt werden. Ob nun in der Familie oder in der Nachbarschaft: Bei vielen Gelegenheiten kann man sein Wissen über das ostpreußische Kulturgut anderen mit auf den Weg geben. Junge Lehrerinnen, Kindergärtnerinnen und Sozialarbeiterinnen, die an dieser Werkwoche teilgenommen haben, wollen ihre neuerworbenen Kenntnisse an ihre eigenen Kinder, an Schüler und an alte Leute weitergeben und so für Verbreitung sorgen.

„Von nuscht is nuscht", das sagte auch Hanna Wangerin vor sieben Jahren, als ihr die Idee kam, diese Werkwochen einzurichten. Und das etwas ,ist', zeigt jedes Jahr wieder die rege Beteiligung. Die Anmeldungen für das nächste Jahr flatterten schon bei der Vorbereitung für diese Werkwoche ins Haus, und bei dem herzlichen Abschied der Teilnehmerinnen wurde Hanna Wangerin bestürmt, ob sie nicht auch beim nächsten Mal wieder mitmachen könnten.

„Gerade durch die Werkarbeit können wir heute noch junge Frauen für Ostpreußen gewinnen", diese Meinung vertrat Frida Todtenhaupt, die Bundesvorsitzende des Frauenkreises der LMO, die auch auf der Werkwoche fleißig mitarbeitete. Unermüdlich klapperten ihre Stricknadeln, als sie von ihren Aufgaben erzählte.

Schon in jungen Jahren hat Frida Todtenhaupt in Ostpreußen die weibliche Landjugend organisiert. Und als sie sich nach den ersten schweren Jahren wieder eine Tasse Kaffee leisten konnte, besuchte sie auch die Treffen der Ostpreußen. So blieb es denn nicht aus, daß sie sich um die Organisation der Frauenkreise kümmerte.

Heute hat Frida Todtenhaupt so viel zu tun, daß ihr kaum eine ruhige Minute bleibt. Aber das will sie auch gar nicht. „Es gibt so viel zu erledigen. Viele Menschen warten auf Hilfe. Vor allem sind alte Leute und Spätaussiedler zu betreuen", sagt sie.

Ihr Tag ist lang: Von sechs Uhr in der Früh bis spät in die Nacht ist sie auf den Beinen. Aussiedler- und Altenbetreuung gehören ebenso zu ihrem Alltag wie Besuche von ostpreußischen Geburtstagskindern und Kondolenzbesuche bei Trauerfällen. Immer aber findet sie noch Zeit, zur Strick- oder Häkelnadel zu greifen und herrliche Dinge aus Wolle zu zaubern. „Ich brauche das, um mich abzulenken", sagt sie.

„Gerade die Frauen in unserer Gemeinschaft können noch viel erreichen." Durch Alten- und Kinderbetreuung, Patenschaften, Musik- und Leseabende, Verkaufsstände mit ostpreußischen Spezialitäten, Führung eines Familienbuches und die Verständigung mit den in der Heimat Verbliebenen könne man das Erbe Ostpreußens erhalten. Auch durch Beobachtungen der Medien, durch Leserbriefe an Funk und Fernsehen könnten die Frauen erreichen, daß Ostpreußen nicht aus dem Bewußtsein der westdeutschen Bevölkerung schwindet.

Nachwuchsprobleme gibt es in den Frauenkreisen eigentlich nicht, meint Frida Todtenhaupt. Nur sei es schwierig, die Interessen junger Frauen mit der Arbeit der älteren in Einklang zu bringen. Deshalb hat Frida Todtenhaupt jetzt die Bildung von Arbeitskreisen innerhalb der Frauengruppen angeregt, die sich mit speziellen Problemen beschäftigen sollen. Denn daß jung und alt unter einem Dach sich verstehen können, und daß diese Arbeit Früchte trägt, das hat auch diese Werkwoche wieder gezeigt.

Silke Steinberg









... auf der 7. Werkwoche in Bad Pyrmont verstanden sich jung und alt so vortrefflich, daß alle beim nächsten Male wieder mitmachen möchten

Fotos Steinberg

„Dieser heitere Morgenstern ..."

Dresdner Frauenkirche – ein großartiger Sakralbau des Barock

In- und Ausländer werden für Dresden, dem einstigen Elbflorenz, immer Interesse bekunden, auch wenn sie die frühere Größe und Herrlichkeit nur von Bildern oder von Erzählungen her kennen und nicht das Glück hatten, vor der Zerstörung 1945 von der Brühlschen Terrasse, vom hochgelegenen Hotel Luisenhof oder einem anderen Aussichtspunkt „diesen heiteren Morgenstern, der der Welt leuchtete", zu sehen.

Der Besucher Dresdens geht heute vom Hauptbahnhof über den Leninplatz (bis Frühjahr 1975 noch Wiener Platz) durch die Prager Straße und dann weiter zum wiedererstandenen Zwinger und zur Brühlschen Terrasse, von wo sich ein herrlicher Rundblick auf die Elbe mit den imposanten Brückenbauten sowie die Hofkirche und die Kreuzkirche bietet. Aber wer mit Dresden durch eigenes Erleben noch vor 1945 verbunden ist, vermißt beim Betrachten vor allem den Kuppelbau der Frauenkirche, den großartigen protestantischen Kirchenbau des Barock, der einst die Silhouette der Stadt mitbeherrschte.

Da die Frauenkirche Anfang des 18. Jahrhunderts längst zu klein geworden und baufällig war, erhielt Georg Bähr 1722 unter August dem Starken den Auftrag, einen Neubau zu planen. Nach mehreren Entwürfen und Abänderungen konnte 1726 der Grundstein für eine quadratische Grundrißform mit einem kreisförmigen Zentralraum gelegt werden, der von acht Pfeilern getragen werden sollte. Ende 1732 war der Bau außen bis zur Kuppel vollendet. Die Weihe konnte 1734 erfolgen. Bähr starb 1738. Sein Schüler, Johann Georg Schmid, übernahm die Weiterführung der steinernen Kuppel, deren Durchmesser 23,5 Meter betrug, bis zum Ende im Jahre 1743.

Im Innern der Frauenkirche entsprachen Anlage von Altar, Kanzel und Orgelaufbau, übereinander angeordnet, den Forderungen des protestantischen Kirchenbaues jener Zeit. Der Altarraum erfuhr mit seinem gebrochenen Gebälk, den schweren Konsolen und den Schwingungen seiner Emporen und Balustraden, in das sich Mittelrelief und Figurenschmuck dekorativ einordneten, eine überaus reiche Ausstattung, die weniger der protestantischen Lehre als der barocken Festlichkeit und der Repräsentationsfreudigkeit der damaligen Epoche Rechnung trug. Vier hölzerne Logenringe umzogen den Bau, alles Meisterwerke der Zimmermannskunst. In die Kuppel setzte der venezianische Theatermaler Johann Baptist Grone die vier Evangelisten zwischen die vier Kardinaltugenden. Das Orgelwerk stammte von Gottfried Silbermann. Zwischen den acht Pfeilern befanden sich vier Emporen, die, zum Teil in Herrschaftslogen aufgegliedert, seinerzeit gegen Gebühren vermietet wurden. Von allen Plätzen — insgesamt wies die Kirche 3500 Sitzplätze aus — konnte die versammelte Gemeinde die Predigt gut hören. Die erste Kanzelpredigt fand 1739 statt.

Während des Siebenjährigen Krieges sank ein großer Teil der Stadt Dresden in Asche. Zu den erhaltenen Denkmälern zählte der Kuppelbau der Frauenkirche. Darüber schrieb Goethe 1768:

„Die Mohrenstraße in Schutt sowie die Kreuzkirche mit ihrem geborstenen Turm drückten sich mir tief ein und stehen noch wie ein dunkler Fleck in meiner Einbildungskraft. Nun lagen die königlichen Schlösser zerstört, die Brühlschen Herrlichkeiten vernichtet, und es war von allem nur ein sehr beschädigtes herrliches Land übriggeblieben. Da rühmte mir der Küster die Kunst des Baumeisters, welcher Kirche und Kuppel auf einen so unerwünschten Fall scheinbar eingerichtet und bombenfest erbaut hatte. Der gute Sakristan deutete mir alsdann auf Ruinen nach allen Seiten und sagte bedenklich lakonisch: Das hat der Feind getan!"

45 Jahre nach diesem Ereignis, während der Befreiungskämpfe von 1813, bestieg Goethe zum zweiten Male die Kuppel der Frauenkirche. Die Schäden des vergangenen Krieges waren vernarbt, und es bot sich dem alternden Dichter der friedliche Anblick des Spieles der Mücken in der Abendsonne dar, den er im Tagebuch vermerkte.

Zweihundert Jahre lang wurde die Kirche nicht zerstört. Dann vernichteten kurz vor Kriegsende 1945 feindliche Bomber die Kleinodien Dresdens mit der Frauenkirche, obwohl sie sich kilometerweit entfernt von kriegswichtigen Industrieanlagen befanden und es somit hätte möglich sein müssen, die architektonischen Kostbarkeiten von jeder Beschädigung auszunehmen.

Nach dem Kriege sind genaue Aufmaße hergestellt worden, die es erlauben würden, jeden Stein der Frauenkirche wieder an seinen Platz zu stellen. Leider findet der Besucher auch heute noch, 30 Jahre später, dort — vielleicht als bleibendes Mahnmal an das Kriegsgeschehen — nur einen Trümmerhaufen und davor das Denkmal Martin Luthers aus dem Jahre 1885, das den Brand überdauert hat. Wendet er sich zur Seite, dann sieht er wieder Trümmer, diesmal die Ruinen des Schlosses ...

Es wird eine Aufgabe der Zukunft sein, außer dem Schloß und dem unweit gelegenen zerstörten Opernhaus von Gottfried Semper auch die Frauenkirche mit dem über der Stadt schwebenden Kuppelwunder wiederherzustellen. **Willy Rosner**



Mahnmal: Trümmerreste der Frauenkirche in Dresden Fotos (2) Rosner



Die Frauenkirche vor der Zerstörung

Ein Leben ohne die ‚blaue Johanna'?

Jeans erobern jetzt auch Mitteldeutschland – Eigenproduktion kann Bedarf nicht decken

Längst wäre Direktor Tassler vom Volkseigenen Betrieb ‚Cottana' schon Millionär, wenn er als freier Unternehmer wirken dürfte. Denn er ist der einzige Hersteller von Jeansstoffen in der „DDR". Gewiß mit Recht erklärte er: „Wenn ich mich mit einem Tisch auf den Alexanderplatz stellte, könnte ich in einer Stunde Tausende von Metern dieser Stoffe verkaufen!"

Einst galten Jeans in ganz Osteuropa als westlich und damit äußerst verdächtig; später waren es die hohen Baumwollpreise, die es nicht zur Massenproduktion kommen ließen. Doch welche ideologischen und ökonomischen Gründe man auch immer für das Fehlen der im Westen so beliebten Hosen anführen mochte: Hauptursache des Fehlangebots war ein Marktmechanismus, der stets neu aufkommende Bedürfnisse erst dann erfüllt, wenn diese schon wieder aus der Mode sind. So hatte es die Mode in Osteuropa immer besonders schwer. Weil die Planungsbürokratie meist doch dazu führt, daß man morgen für die Bedürfnisse von vorgestern produziert, ging man auf flüchtige westliche Modeerscheinungen am liebsten gar nicht erst ein.

Mit den Jeans kam es freilich ganz anders, als man dachte. Schon zu Kolumbus' Zeiten trugen Seeleute der Hafenstadt Genua, die den Jeans den Namen gab, solche Beinkleider, weil man mit ihnen besonders gut auf rissigen Decksplanken herumrutschen konnte. In Amerika erkannten die französischen Goldwäscher und texanischen Cowboys früh die Haltbarkeit des billigen Jeansstoffes gegen reibende Pferderücken und Kakteen. Nach dem Zweiten Weltkrieg trugen amerikanische Studenten das schmucklose Beinkleid erstmals an den Hochschulen und später in ihren Büros. Seitdem fehlte es im Westen wie im Osten nicht an Versuchen, die Massenverbreitung der Jeans soziologisch oder politisch zu erklären: In den frühen sechziger Jahren galten sie als Symbol für die Rückkehr zu natürlichen Lebensverhältnissen, Ende der sechziger Jahre als proletarische Maskierung des studentischen Aufstandes gegen die Welt der Erwachsenen, noch später hielt man sie einfach für sexy.

„Kann sich jemand ein Leben ohne Jeans vorstellen?" ruft der Held eines neuen ostdeutschen Dramas aus, und in der Tat: Daß die Jeans nur eine zufällige Modeerscheinung sind, an der man ungerührt vorbeigehen könnte, daran mögen selbst die Herren der „DDR"-Wirtschaft heute nicht mehr glauben. Radio „DDR" in der Sendung ‚Sonntägliche Wirtschaftsbetrachtungen': „Wir glauben nicht, daß die Jeansanzüge aus der Mode kommen werden."

Dafür sorgt in Osteuropa vor allem das Fernsehen. Bitter beklagte sich die Moskauer Jugendzeitschrift ‚Komsomolskaja Prawda' darüber, daß sich sowjetische Jugendliche zur Zeit der abendlichen Fernsehnachrichten weniger für streikende Arbeiter in den kapitalistischen Ländern als für deren Hosen interessieren. Dies sei, so ‚Komsomolskaja Prawda', eine ‚enge Optik'. Doch was hilft es: An engen Hosen aus Jeansstoffen kommt man auch dort nicht länger vorbei. So wird das Jahr 1976 in Osteuropa im Zeichen siegender Blue Jeans stehen. Die „DDR", die seit einiger Zeit auch Jeansanzüge aus der Bundesrepublik importiert, will ihre Eigenproduktion mehr als verdoppeln und 1976 erstmals 200 000 Jeansanzüge selbst herstellen.

Inzwischen beschäftigte sich sogar eine Sonderkommission des osteuropäischen Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe mit diesem Problem, denn der ungeheure Nachholbedarf an Jeans läßt sich bei weitem nicht decken. Zudem ist die heimische Produktion, da den westlichen Vorbildern meist nicht voll entsprechend, bei der osteuropäischen Jugend wenig beliebt. Die Ware muß direkt aus dem Westen stammen und mit entsprechenden Etiketten gekennzeichnet sein. Also haben sie eine besondere Funktion:



„Halte dich etwas zurück, dein Chef ist erst beim Schmunzeln!" Eulenspiegel, Ost-Berlin

Sie sollen ihren Träger als jemanden ausweisen, der West-Beziehungen pflegt und mit den Markenzeichen gegen die eigene Gesellschaft protestiert. In Verkennung dieser Tatsache — und in der Annahme, es komme nur auf die Beschriftung an — will man in der „DDR" die heimischen Jeans mit dem weithin sichtbaren Zeichen ‚Lößnitz 25' versehen (vor 25 Jahren wurde der Herstellerbetrieb gegründet). Besorgt fragen sich jetzt die „DDR"-Jugendlichen, ob sich das ungeliebte Zeichen wenigstens leicht entfernen lasse. **H. P. Rullmann**

Beitrag zugunsten der Weltkultur

Premiere von ‚Faust I' im Deutschen National-Theater Weimar

Weimar, die heutige Kreisstadt im Bezirk Erfurt, wurde vor tausend Jahren gegründet. Im Laufe der Jahrhunderte wurde die Stadt zu einer bedeutenden Stätte der deutschen Kultur. Im 15. Jahrhundert war Weimar mehrmals Residenzstadt, blieb danach dann von 1573 an bis 1918 Hauptstadt des Herzogtums (seit 1815 Großherzogtum) Sachsen-Weimar. Heute noch sind verschiedene Bauwerke aus den einzelnen Epochen erhalten. Renaissancehäuser, wie die Hofapotheke und das Stadthaus, die am Marktplatz standen, sind bis auf das Cranach-Haus bei den Bombenangriffen 1945 zerstört worden. Erhalten sind aber das Rote Schloß und das Deutschritter-Komturhaus. Aus der Barock- und Rokokozeit stammen das Gelbe Schloß und die Jakobskirche. Seit Mitte des 18. Jahrhunderts und im 19. Jahrhundert war Weimar ein Mittelpunkt des deutschen Geisteslebens. Goethe, Schiller und Herder kamen nach Weimar, weil der Herzog Karl August sie dorthin berief, und lebten mehrere Jahre hier. Goethe war Minister und Direktor des Weimarer Theaters. Während seiner Zeit in Weimar vollendete er auch den ersten Teil des ‚Faust'-Dramas.

Eine weitere kulturelle Blüte erlebte Weimar unter Karl Alexander. Er ließ den Komponisten Franz Liszt, Hoffmann von Fallersleben und Dingelstedt in die Stadt kommen.

In Weimar gibt es auch heute noch höhere Bildungsanstalten und eine Hochschule für Musik. Das Goethe-Nationalmuseum, das Schillerhaus, das Liszt-Museum, das Nietzsche-Archiv und eine Landesbibliothek erinnern heute noch an die Blütezeit der früheren Kultur.

Die „DDR" fördert die Renovierungsarbeiten in Weimar, denn die Stadt ist auch „eine Stätte, wo der Kampf der Arbeiterklasse um einen realen Humanismus immer mehr beglückende Wirklichkeit geworden ist", begründete der Vorsitzende des „DDR"-Ministerrats, Horst Sindermann, die Traditionspflege. Das Deutsche National-Theater wurde anläßlich der Tausendjahrfeier nach langer Renovierungszeit mit einer Premiere von ‚Faust I' wiedereröffnet. Fast versöhnlich klang es, als Sindermann abschließend sagte: „Was unser sozialistischer Staat für Weimar macht, ist zugleich auch für die Weltkultur." **J. P.**

Mitteldeutsche bei Wehner

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, hat jüngst den neuen Generalsekretär des Bundes der Mitteldeutschen (BMD), Kurt Häfelein, empfangen. In dem Gespräch wurden die Wünsche und Probleme des BMD vorgetragen und gemeinsam interessierende Fragen erörtert. Dabei wies Häfelein unter anderem auf den am 29. November 1975 in Köln-Mülheim stattfindenden Kongreß der Mitteldeutschen hin, der das Motto trägt „Hoffnung für alle Deutschen? Aufgaben des BMD nach Helsinki." Häfelein bat den Fraktionsvorsitzenden um die Teilnahme eines führenden Repräsentanten seiner Fraktion an diesem Kongreß.

„Das ist zu gefährlich"

Motorradbräute-Eltern sorgen sich um die Töchter

Hamburg — Auf den Straßen tummeln sie sich wieder, größer und schneller denn je: Die Hondas, Kawasakis, Harley-Davidsons, BMW's und wie sie alle heißen.

Ein Motorradfahrer in Leder auf einer schweren Maschine ist Männlichkeitssymbol Nr. 1.

Kurz: Motorradfahren ist wieder in Mode!

Ein Auto ist für viele junge Leute gar nicht mehr so erstrebenswert. Eine Maschine — eine schwere wohlgemerkt — muß es sein. Das versteht so manches Elternpaar nicht, daß sich ihr Sohnemann lieber eine Honda 750 wünscht als einen VW! Ein Auto ist, nach ihrer Meinung, doch weitaus bequemer, und bei schlechtem Wetter ist so ein Motorrad direkt ungemütlich zu nennen. Trotzdem, Sohnemann möchte eine Honda, und vereinzelt liegen auch schon die Töchter den Vätern mit dem Wunsch nach einer heißen Kawasaki in den Ohren.

Oft bekommt der Vater dann den Mund nicht mehr zu. Seine Tochter eine Motorradbraut! Wenn sie sich auch oft auf den Motorradsattel ihres Freundes gesetzt hat, ist das schon schlimm genug, aber selbst so eine röhrende Höllenmaschine zu fahren . . . Was sollen denn die Leute denken?

Seine Tochter ist da ganz anderer Meinung. Ihre Freunde haben sie mit ihrem Motorradfimmel angesteckt. Außerdem fuhr ihr Freund mit ihr auf dem Beifahrersitz wesentlich waghalsiger. Wenn sie jetzt ihre eigene Maschine fährt, so denkt sie, wird sie ihn eher von seiner Raserei abhalten können. Trotzdem will ihr der Vater keine Maschine schenken. „Das ist viel zu gefährlich, und ich will nicht, daß du als verpöntes Subjekt angesehen wirst."

Können die Eltern also nicht zum Kauf einer Maschine überredet werden, muß man wohl anfangen zu sparen. Hat man nach einiger Zeit sein sauer erspartes Kapital auf den Ladentisch geblättert, muß man mit kaltem Horror feststellen, daß die Ausgaben für das geliebte Maschinchen noch nicht beendet sind. Zuerst muß das blitzende Imponiergerät versichert werden. Wer dann erst feststellt, daß er gar keinen Motorradführerschein hat, dem bleibt nichts weiter übrig, sich schleunigst um einen zu bemühen.

Glücklich ist der zu nennen, der nach dieser Prozedur noch ungefähr 500 Deutsche Mark in der Tasche hat, denn etwas mehr oder weniger kostet eine gute Motorradausrüstung. Ledermontour, Sturzhelm und Nierengürtel sind ab 150 ccm ganz nützlich und ab 250 ccm unbedingt erforderlich.

Dann endlich kann man sich ungehindert in den Sattel schwingen und die Gegend unsicher machen. Leider besteht die Gefahr — in seltenen Fällen allerdings nur — einen menschenleeren Stadtteil vor sich zu haben. Nur allzu leicht ist es möglich, mit einem Rocker verwechselt zu werden. Vor allem von der älteren Generation wird ein Typ in Jeans und Leder, der einen ‚heißen Ofen' unter dem verlängerten Rücken hat, leicht für einen solchen Schlimmling gehalten. Genau wie der Hauch eines Vorurteils gegenüber sogenannten ‚Motorradbräuten' speziell über dieser Altersgruppe schwebt.

Natürlich reizt ein Motorrad dazu, sich betont männlich aufzuführen. Mit einem Mädchen auf dem Beifahrersitz läßt sich ein Junge noch viel eher dazu verleiten, einen ‚heißen Reifen' zu fahren. Vielleicht kommt daher die himmelhohe Unfallziffer bei Motorrädern, die die der Autos noch übertrifft.

Tja, es gibt schon eine Menge Nachteile bei Motorrädern. Trotz allem faszinieren die sogenannten heißen Öfen immer wieder. Chromblitzend und lackschimmernd jagen sie über die Straßen, vielleicht an den nächsten Baum. Doch für lange Zeit schreckt ein Unfall kaum jemanden ab. Bestes Beispiel dafür ist das Elefantenrennen. Hier treffen sich alle Jahre wieder die Besitzer schwerer Maschinen zu einem Treffen und Rennen, das mehrere Tage dauert. Am Ende dieses Treffens werden die Fahrer gefeiert, die im nächsten Jahr nicht mehr dabei sein können, weil sie in die ewigen Motorradgründe eingegangen sind.

Auch wer nicht so lebensgefährlich eng mit seinem Motorrad verbunden ist, möchte nicht auf die bewundernden Blicke der Passanten verzichten, die dem blitzenden Wunderwerk mit dem röhrenden Motor nachstarren. Man kann auch ohne Elefantentreffen das herrliche Gefühl erleben, einen starken schnellen Motor unter sich zu haben und Herr über eine schwere Maschine zu sein. Eine Maschine, die auf Grund ihres imponierenden Aussehens, ihrer Schnelligkeit und Wendigkeit eine enorme Faszination an sich hat. Eine Faszination, die manchen dazu veranlaßt — besonders als Mädchen —, seinen ‚guten Ruf' an den Nagel zu hängen und Motorradanhänger zu werden.

Tatjana Breuer



Schnell — und doch sicher: Motorräder — Foto Zander

Neuer Vorstand

DJO-Bundesvorsitzender wurde ein Sudetendeutscher

Cuxhaven — Die Verabschiedung eines Bildungsplanes und die Wahl des neuen Bundesvorstands standen im Mittelpunkt des XXI. Bundesjugendtages der DJO in Cuxhaven-Sahlenburg. Der mit großer Mehrheit angenommene Bildungsplan legt die Lernziele der außerschulischen Bildungsarbeit fest und beschreibt Leitsätze und Methoden politischer Bildung in der DJO. Der Jugendverband will damit zur Verwirklichung sozialer und kultureller Chancengleichheit beitragen.

Veränderungen brachten die Vorstandswahlen. Neuer Bundesvorsitzender wurde der bisherige Landesvorsitzende der DJO Bayern, Dieter Hüttner. Hüttner, der seit 1966 den bayerischen Landesverband leitete, ist Sudetendeutscher. Erklärtes Ziel des neuen DJO-Vorsitzenden ist es, die Einheit des Verbandes zu erhalten und die Solidarität der DJO-Landesverbände und landsmannschaftlichen Bundesgruppen zu festigen. Hüttner verfolgt einen Kompromißkurs, der sich bereits beim Bundesjugendtag 1974 in Bonn-Bad Godesberg zeigte, als er die Diskussion um die Änderung des Verbandsnamens mit dem Vorschlag „DJO — Deutsche Jugend in Europa" beendete. In der politischen Arbeit bemüht sich Hüttner, der parteipolitisch nicht gebunden ist, um Ausgewogenheit.

In den neuen DJO-Bundesvorstand wurden als stellvertretende Vorsitzende der seitherige Vorsitzende Henning Müßigbrodt sowie Wilfried Bock und Hermann Kinzel gewählt. Schatzmeister wurde Alfons Targan. Als Beisitzer sind gewählt worden: Carmen Beier (Gemeinschaft Junges Ostpreußen), Hans-Dieter Henkhues (Sudetendeutsche Jugend), Norbert Krause (Landesverband Schleswig-Holstein), Georg Märtsch (Schlesische Jugend) und Hartmut Müßigbrodt (Landesverband Niedersachsen).

S. E.

Endlich ein Bier in der Kneipe erlaubt

Polens Schüler haben jetzt zum erstenmal Rechte — „Kodex" eingeführt

Warschau — In Polen wurde jetzt der erste sogenannte Schüler-Kodex eingeführt. Er soll vom autoritären Schulsystem zum Partnerschaftsverhältnis Lehrer—Schüler führen. Zum erstenmal nach vielen Jahren bekommen die Schüler wieder Rechte eingeräumt. Doch es bleiben ihnen auch Pflichten. Eine Entmachtung des Lehrers findet nicht statt, zumal Rechte und Pflichten sich die Waage halten. Man hat nämlich an der Weichsel mit allzu großen Rechten des Schülers, wie sie zu Väterchen Stalin's Zeiten praktiziert wurden, seine bösen Erfahrungen. Damals saßen die Schüler sogar in Zeugniskonferenzen und übten Mitbestimmung, wer zu versetzen sei und wer nicht.

So wird es nach dem neuen Kodex zwar den Eltern erlaubt sein, Kleidung und Frisur ihrer Zöglinge selber zu bestimmen, und anscheinend fällt dadurch der Monturzwang nebst Nummernschild der Schule weg. Doch: Die Schule behält sich vor, was „ordentliches Aussehen" ist. Andererseits kann der Schüler jetzt verlangen, daß seine eigenen schulischen Interessen mehr berücksichtigt werden: Er darf selber Arbeitskreise und Kollegfächer wählen, in denen er mitmachen möchte. Die Schüler dürfen nun auch verlangen, daß ihnen mitgeteilt wird, wann eine Klassenarbeit geschrieben oder mündlich geprüft wird, und daß ihnen nach der mündlichen Prüfung auch das Ergebnis gesagt wird. Und zum erstenmal darf über Sonn- und Feiertage nichts mehr aufgegeben werden, es sei denn, die Klasse erlaubt es.

Schließlich werden die Lehrer im Kodex dazu verdonnert, strikt ihre Pausen einzuhalten. Ebenso ist der Lehrer verpflichtet, Nachhilfestunden zu organisieren und das Versagen des Schülers nicht auf die Eltern abzuwälzen. Doch: Die Klassenkameraden werden gleichzeitig verpflichtet, den Schwächeren zu helfen, Schritt zu halten. Und: Last but not least verdonnert der Kodex jeden Schüler selbst zum Leistungsprinzip. Schüler, die eine schlechte Zensur verbessern wollen, können das allerdings jetzt jederzeit auf mündlichen Antrag. Sie können auch eine schlechte Zensur beanstanden und eine Nachprüfung beantragen. Andererseits haben Pauker und Pennäler gleichsam strengstens die Schulordnung zu beachten und ihre Schule nach außen hin „ehrenhaft" zu repräsentieren. Sie haben ferner mit „nützlichen Arbeiten" zum Wohle der Schule beizutragen.

Zu diesem Wohle gehört das Warten von Biologie-, Chemie-, Physik-, Musik- und Sportsälen, der saubere Schulhof und der gepflegte Schulgarten. Dafür ist der schulische „Zapfenstreich" — Ausgehverbot nach 21 Uhr — gelockert: Auf Antrag können Schüler einzeln oder in Gruppen an „außerschulischen Veranstaltungen" teilnehmen, was früher noch nicht einmal mit Eltern gestattet war. Dazu gehören vor allen Dingen für Pennäler: Ein Bier in der Kneipe an der Ecke trinken und das Tanzbein in öffentlichen Restaurants schwingen. Und wer nun als Pärchen abends im Park angetroffen wird, braucht keine Standpauke oder Verweis am nächsten Morgen in der Schule zu befürchten. Allerdings nur dann nicht, wenn er sich gebührend verhalten hat. Ein Küßchen ist erlaubt, aufsehenerregendes Herumknutschen nicht.

Joachim G. Görlich

Wenn über Geschichte nicht gesprochen wird

Oft fehlt die hilfreiche Hand — Erziehung im Elternhaus wichtig

Lauenburg — Zwar wurde im Leitartikel ‚Null plus Null = Null' des Ostpreußenblattes (Folge 42) bereits das Problem angesprochen, doch scheint es richtig, noch einmal jene Fragen aufzugreifen, die sich darauf beziehen, daß eben der jungen Generation oft die hilfreiche Hand fehlt. Zwar reicht die Gemeinschaft Junges Ostpreußen und reichen die einzelnen Heimatkreise immer wieder die Hand, wenn es darum geht, junge Menschen für Ostpreußen zu interessieren, doch sollten wir uns darüber klar sein, daß hier eine weit größere Breitenarbeit notwendig ist, wenn ein durchgreifender Erfolg erzielt werden soll.

So war es sehr verdienstvoll, daß eine Gruppe von Jugendlichen des Heimatkreises Osterode im Rahmen einer Jugendfreizeit nicht nur das Bergwerksmuseum in Clausthal-Zellerfeld besichtigte sowie ein Panzeraufklärungsbataillon in einer Lüneburger Kaserne besuchte, sondern auch das Ostpreußische Jagdmuseum in Lüneburg und eine Fahrt an die Zonengrenze unternahm. Zu dem vielseitigen Programm gehörten außerdem Lichtbildervorträge von Ostpreußen.

Ein wenig zu hoch gegriffen war dagegen die zweifelsohne gut gemeinte Absicht, die Jugendlichen, die sich im Alter zwischen 14 und 18 befanden, mit der Problematik der Ostpolitik und deren neuesten Stand bekanntzumachen. Zu diesem Zweck war der Chefredakteur des Ostpreußenblattes, Wellems, in die Jugendherberge gebeten worden. Daß der Nachmittag dann doch zu einem Erfolg wurde, lag darin begründet, daß es eben keinen Vortrag gab (der sicherlich über die Köpfe hinweggegangen wäre), sondern eben ein nettes und kameradschaftliches, mehr als einstündiges Gespräch, bei dem zunächst einmal die Landschaft der Zuhörer ertastet wurde.

Dabei war bemerkenswert festzustellen, daß zwar Interesse und Ansätze vorhanden sind, doch es war ebenso betrüblich, erkennen zu müssen, daß hier ein Acker vorliegt, der keineswegs bestellt ist. So war denn eine kleine Geschichts- und Geographiestunde angebracht, in deren Verlauf den Teilnehmern zunächst einmal gewisse Grundbegriffe vermittelt werden konnten.

Es ist erschütternd festzustellen, daß die Jungen und Mädchen in den Schulen aber auch gar nichts über den deutschen Osten hören. Man hatte oft den Eindruck, daß selbst nicht viel Sorgfalt darauf verwendet wird, wirkliches Wissen über die geographische Situation Europas, geschweige denn über den politischen Entwicklungsprozeß, zu vermitteln. Statt dessen wird nicht selten mit schlagwortartigen politischen Begriffen gearbeitet. In den Schulen wird mehr über die Römer und Griechen gesprochen, als von unserer eigenen und jüngsten Geschichte. „Davon weiß unser Lehrer selbst nichts" ist eine Antwort, die in diesem Zusammenhang zu hören war.



Gespräch: Nützlicher als Vortrag — Foto Sternberg

Wenn dem tatsächlich so ist, dann allerdings kommt der Erziehung im Elternhaus eine ganz besondere Bedeutung bei. In der Tat sind Vater und Mutter, die zum Teil oder meistens die Vertreibung aus dem deutschen Osten erlebt haben, besonders geeignet und berufen, über das Schicksal der Provinz Ostpreußen oder des deutschen Ostens auszusagen, und vielleicht geben wir einen guten Rat, wenn wir die Eltern der schulpflichtigen Kinder anregen, bei solchen Erzählungen einmal den Atlas zur Hand zu nehmen und ihren Kindern helfen, Versäumnisse der Schule auszugleichen. Vor allem aber ist hier bei einer lebendigen Darstellung doch die Möglichkeit gegeben, Interesse für das Land der Väter und für dessen Geschichte zu wecken.

Es wäre vielleicht für diejenigen, die sich der Jugend annehmen, überlegenswert, ob nicht in ein regelmäßiger Folge erscheinender Elternbrief geplant werden sollte, der über Land, Menschen und Schicksal eine Anleitung gibt. Die Gruppe der Jugendlichen des Heimatkreises Osterode hat sicherlich an diesem Nachmittag viele Anregungen erhalten und wir möchten meinen, daß dieses Beispiel auch für andere Gruppen überlegenswert sein könnte.

Jens Pegel

Schüler duzen Lehrer

Neue Form der Anrede bisher jedoch umstritten

Hamburg — „Du gibst uns heute aber viel auf!" Das wagt heute ein Schüler seinem Lehrer zu sagen. So kameradschaftlich geht es allerdings nicht an allen Schulen zu. Es ist überhaupt ziemlich selten, daß in einer Schule die Lehrer einschließlich der Schulleiter geduzt werden. Oftmals bieten Klassenlehrer ihren Schülern zwar das Du an, aber den Kindern ist es freigestellt, ob sie ihre Lehrer lieber duzen oder mit Sie ansprechen wollen.

In jedem Fall hat aber das Du zwischen Schülern und Lehrern heftige Diskussionen bei Pädagogen und Eltern hervorgerufen. Sogar die Kinder selbst sind geteilter Meinung darüber, denn sie haben inzwischen zum Teil festgestellt, daß es lauter in der Klasse geworden ist und sie viel unkonzentrierter sind, weil weniger Respekt vor den Lehrern herrscht.

Anderen Schülern hingegen ist die Angst vor dem Lehrer genommen worden. Pädagogen, die für das Du in der Schule sind, begründen ihre Meinung damit, daß sie auf diese Weise eher das Vertrauen der Schüler gewinnen, und die bestehenden Barrieren zwischen Lehrkraft und Pennäler somit abgebaut werden. Gegner dieser sehr persönlichen Anrede bemängeln, daß ein erfolgreicher Unterricht unmöglich gemacht wird, weil es durch das Duzen zu einem Distanzverlust kommt, denn es fehlt der nötige Abstand zu den Lehrern. Es muß einfach eine gewisse Autorität vorhanden sein, weil sonst das Lernniveau sinkt.

Befürworter des Du lehnen jedoch ein Kumpel-Verhältnis mit den Schülern ab, sie wollen lediglich eine freundliche und persönlichere Atmosphäre in den Schulgebäuden herstellen, ihre Autorität sehen sie nicht in Frage gestellt, denn ihrer Ansicht nach ist ein guter Pädagoge unabhängig von der Anrede Sie oder Du.

Das Argument, daß mit der Du-Anrede ein besseres ‚Schul-Klima' geschaffen werden soll, wird in dem Moment hinfällig, wo nämlich die Schüler in den Beruf eintreten oder auf die Universität gehen. In Betrieben und Universitäten herrscht nämlich eine noch unpersönlichere Stimmung. Das kann man aber bestimmt nicht abbauen, indem man die Vorgesetzten oder die Hochschulprofessoren duzt.

Im Gegenteil, denn es ist unvorstellbar, alle Leute mit Du anzusprechen, nur um eine angenehme Umwelt zu schaffen. Die Autorität leidet in jedem Fall darunter und in diesem Zusammenhang auch die Disziplin, die durch ein gelockertes Arbeitsklima ganz von selbst verloren geht.

Mit etwas Höflichkeit und zuvorkommender Haltung, die von jedem selbst ausgehen muß, kann man sicherlich auch eine gute Atmosphäre schaffen, ohne sich gleich zu duzen, denn die Umstellung von dem Du zwischen Lehrer und Schülern und dem Sie in der Arbeitswelt oder auf der Universität bringt mehr Schwierigkeiten mit sich, als wenn man gleich bei der ‚veralteten' Anrede Sie bleibt, wie es seit Jahrhunderten üblich ist.

C. St.

Vom Communalblatt zur Allgemeinen

Vor 100 Jahren entstand die „Königsberger Allgemeine Zeitung" – Von Rolf Wyneken

Am 1. November 1875 erschien in Königsberg die erste Ausgabe einer kleinen bescheidenen Zeitung mit dem Titel „Communalblatt für Königsberg und die Provinz Preußen". Der Gründer der Zeitung, Alfred Hausbrand, Angehöriger einer angesehenen Königsberger Familie und Inhaber der Kochschen Buchhandlung, die damals an der grünen Brücke ihre Geschäftsräume hatte, folgte damit dem allgemeinen Zug bürgerlichen Unternehmertums, das in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu Aufschwung, Erweiterung und Ausbau strebte.

Königsberg, damals eine Stadt von etwa 120 000 Einwohnern, hatte viel von dem nachzuholen, was in der Vergangenheit gesündigt worden war. Die Unterteilung Königsbergs in die drei Städte Altstadt, Löbenicht und Kneiphof, die erst 1724 durch königliche Kabinettsorder vereint wurden, hatte lange genug Handel und Wandel gehindert. Von jeher ein Stiefkind der Krone Preußen, hatte Königsberg anders als Danzig und Posen sogar die napoleonischen Kriegskontributionen von 1808 auf Heller und Pfennig abzahlen müssen. Kontinentalsperre und der russisch-deutsche Zollkrieg hatten die Finanzkraft der einst blühenden Stadt aufgezehrt. Noch Mitte des Jahrhunderts war der Festungsgürtel angelegt worden, der militärisch bald überaltert war, die Stadt aber an der Ausdehnung hinderte. Es war noch nicht lange her, daß man die engen unregelmäßigen Straßen verbreitert und den Verkehr durch die Straßendurchbrüche verbessert hatte. Dabei fielen leider die schönen Beischläge der Kneiphöfischen Langgasse und das Grüne Tor. Die Gaslampen brannten in Königsberg ein Menschenalter später als in Berlin, so daß man dem Komiker recht geben mußte, der erklärte: Wenn die Welt untergehen solle, würde er nach Königsberg abreisen, weil dort alles 50 Jahre später komme. Die abgeschiedene Lage wurde später durch den Anschluß an das Eisenbahn- und Telegrafennetz des Reichs verbessert, aber erst 1860—1871 erreichte die Bahn die russische Grenze.

Unter ihrem tüchtigen Oberbürgermeister Selke, der 1875 dies Amt antrat, begann eine Periode langsamen aber stetigen Aufschwungs der Stadt. Die günstige Entwicklung der Lebensverhältnisse in der Stadt, die Hebung des Bildungs- und Finanzstandards des breiteren Bürgertums bildeten einen guten Boden für das Wachstum des Communalblattes. Hausbrand gab das Blatt zunächst klugerweise zwei Monate unentgeltlich heraus, so daß sich bei der Eröffnung des Abonnements am 1. Januar 1876 bereits ein Stamm von etwa 5000 Lesern fand. Da man bei der Gründung nicht in der Lage war, eine eigene Druckerei einzurichten, wurde die Zeitung in der kleinen Druckerei von Julius Jacoby hergestellt. Hausbrand hatte sich für sein Blatt als Redakteur den jungen Bankkaufmann Alexander Wyneken verschrieben, der bereits in Genf, London und Petersburg Welterfahrung gesammelt hatte und sich mit großer Begeisterung in das ihm noch unbekannte Gebiet des Journalismus einarbeitete. Wyneken hat später diese erste Zeit folgendermaßen beschrieben:



Dr. h. c. Alexander Wyneken gab der Zeitung entscheidende Impulse

„Wir hausten in dem kleinen, schmalen und verwitterten Hause, in dem sich die Druckerei befand: Fleischbänkenstraße 3. Wenn ich daran denke, wie es damals war, und wie es jetzt ist, kann ich mich — ohne alle Sentimentalität — einer leisen Rührung nicht erwehren: in drei winzigen licht- und luftleeren Gemächern saß das gesamte Personal: Redaktion, Expedition, Druckerei und Setzeroffizin, ‚eingekeilt in drangvoll fürchterlicher Enge', und zimmerte, sich gegenseitig beinahe auf dem Schoß sitzend, Tag für Tag die Zeitung zusammen. Freilich, ‚das gesamte Personal' war nur ein ganz kleines Häuflein: meine Wenigkeit als Redakteur, ein alter emeritierter Pfarrer namens Feldkirch als Lokalberichterstatter — mit treuem Dank gedenke ich heute des vortrefflichen wacker mitarbeitenden alten Herrn — dann ein nicht mehr ganz junges Dämchen, Fräulein Anna Herbst, als einzige Kraft für den ganzen kaufmännischen Teil, Gustav Ney für die Inseratenabteilung und Wilhelm Reddig als Beherrscher der Setzerei, die aber auch nur aus sieben Setzern bestand. Also alles in allem ein Betrieb von zwölf Personen. Daß der redaktionelle Inhalt der Zeitung ein recht dürftiger sein konnte, liegt auf der Hand. Politik wurde anfangs nur nebenher behandelt, jedwede Nummer mit der Rubrik: ‚Städtisches'. Dazu ein nettes Feuilleton, ein packender Roman und ein Bukett amüsanter, origineller Lokalnachrichten. Das genügte. Erst nachdem wir anfingen, festeren Boden unter uns zu fühlen, gewährten wir auch den politischen Nachrichten mehr Raum, wenn auch zunächst noch immer in homöopathischen Dosen."



Das Verlagsgebäude der „KAZ" in der Theaterstraße

Es zeigte sich bald, daß dieser junge Journalist hervorragend dafür geeignet war, an der Spitze eines Zeitungsunternehmens zu stehen. Als Hausbrand 1880 starb, vertrauten die neuen Besitzer der Zeitung, Geheimrat Moritz Simon und Dr. Robert Simon von der Bankfirma J. Simon Wwe. & Söhne, Wyneken den Posten eines Chefredakteurs und zugleich die geschäftliche Leitung an. Daß die Zeitung innerhalb von sieben Jahren auf 14 117 Abonnenten anwuchs, war nicht nur die Gunst der Stunde, sondern auch das Verdienst Alexander Wynekens, der in seiner Person diejenigen Eigenschaften vereinigte, die einen Chefredakteur ausmachen: eine glänzende Feder, politischer Spürsinn, Geschäftstüchtigkeit, psychologisches Feingefühl und damit Sinn für Menschenführung, Organisationstalent und ein Herz für seine Untergebenen bis zum letzten Zeitungsboten.

Wyneken gab der Zeitung in jenen Jahren zunehmend ein politisches Gesicht. Er hatte erkannt, daß damals in Ostpreußen in Stadt und Provinz zwischen den Flügeln der konservativen und der fortschrittlichen Partei, die in der „Ostpreußischen" und in der „Hartungschen Zeitung" ihre Vertretung fanden, ein politisches Vakuum bestand. In dieses Vakuum der Mitte stieß er oor, indem er in seiner Zeitung den Gedanken des gemäßigten Liberalismus immer mehr Raum gab. Die einzige Vertretung der nationalliberalen Partei bildete damals ein nationalliberales Kränzchen, das in der Spriegelschen Weinstube unter Führung von Eisenbahndirektor Krüger und Dr. Robert Simon seine monatlichen Zusammenkünfte abhielt. Von Jugend auf der Politik — ebenso wie der Musik und Literatur — zugewandt, hatte Wyneken schon als junger Mensch den großen, nationalliberalen Politiker Rudolf von Bennigsen kennengelernt, was er später das Glück seiner Jugend nannte. Diesem großen Vorbild nacheifernd, wurde er ein begeisterter Vorkämpfer für die Ideale des Nationalliberalismus. In temperamentvollen Leitartikeln setzte er sich für die Nationalliberale Partei ein, der er dadurch zu einem ungeahnten Aufschwung in Ostpreußen verhalf. Die Partei gab Wyneken dafür Sitz und Stimme im Zentralvorstand, sein Urteil galt dort immer viel. Das von seinen Gegnern wurde anerkannt, daß seine Polemik sich stets durch ritterliche Vornehmheit auszeichnete. In seinen politischen Äußerungen hat er außerdem die Richtlinien der Staatskunst des Altreichskanzlers Otto von Bismarck eingehalten, in dem er nicht nur den genialen Politiker, sondern auch den großen Menschen verehrte. Trotz seines Bundes mit der Nationalliberalen Partei legte Wyneken stets größten Wert auf vollste Wahrung der Unabhängigkeit der Zeitung.

Noch ein Punkt hat beim raschen Aufblühen des Blattes sicher mitgeholfen: Wyneken beseitigte am 7. Mai 1877 „den alten zeitungsfremden Titel" und setzte an seine Stelle den der „Königsberger Allgemeinen Zeitung".

Er wollte damit zum Ausdruck bringen, daß die Zeiten, in denen das Zeitungslesen ein Privilegium für die besser situierte Klasse war, aufgehört hatten. Immer weitere Kreise der Bevölkerung sollten „zur Beschäftigung mit öffentlichen Angelegenheiten herangezogen" werden. Es gelang, den Mittelstand und die arbeitende Bevölkerung zu Lesern der Zeitung zu machen. So wie Wyneken selbst über ein ausgezeichnetes Allgemeinwissen verfügte und Artikel von hohem geistigem Niveau schrieb, sich dabei aber stets allgemeinverständlich ausdrückte, so legte er größten Wert darauf, daß seine Mitarbeiter sich trotz ihrer Spezialkenntnisse so ausdrückten, daß auch der einfache Mann es verstehen konnte. „Man muß dem Volk aufs Maul schauen", pflegte er mit Martin Luther zu sagen, den er in seiner Bibliothek als einen seiner „vier Götter" (neben Bismarck, Goethe und Wagner) an der Wand hängen hatte. Sicher war das eins der Geheimnisse, warum die Königsberger Allgemeine Zeitung bald eine immer bedeutendere Rolle im Kulturleben der Stadt und in allen Bildungs- und Gesellschaftskreisen spielen sollte.

In dem Haus in der Fleischbänkenstraße blieb die Zeitung bis zum Jahre 1886. In diesen ersten zehn Jahren erhöhte sich die Zahl der Abonnenten auf 20 000. Man hatte inzwischen den Besitzer der Druckerei mit seiner Familie sanft an die Luft gesetzt und das ganze Haus mit Beschlag belegt.

Auf einem alten Foto präsentiert sich die damalige Belegschaft von etwa 50 Herren im würdigen schwarzen Anzug, steifem Kragen, Mittelscheitel, Bart, Kneifer und goldener Uhrkette auf der Weste. Zwei Herren dürfen links und rechts von A. Wyneken ihre Hand auf den Tisch mit den Sphinx-geschmückten Beinen legen, vermutlich ein Stellvertreter des Chefs und der Leiter der Technischen Abteilung.

Mit so viel Mitarbeitern konnte die Zeitung ihren Lesern einen guten Querschnitt durch die Ereignisse jener Zeit bieten. Die außenpolitischen Ereignisse wie die Bismarcksche Ostpolitik, die auf die Sicherung des Ostens und Ausgleich mit Rußland zielte (Rückversicherungsvertrag 1887), sind inzwischen Geschichte geworden. Sie hatten für Stadt und Provinz günstige Auswirkungen durch gewinnbringenden Handel mit Rußland. Der Kampf der Nationalliberalen Partei mit den „Sezessionisten" interessiert den heutigen Leser nicht mehr.



Redaktionskonferenz im Jubiläumsjahr 1925

Aber die Berichte über lokale Geschehnisse in Königsberg würden ihn genauso fesseln wie damals die Abonnenten der KAZ. Der Aufstieg Deutschlands vom Agrarland zur industriellen Großmacht fand ausgangs des Jahrhunderts in Königsberg seinen Niederschlag, wenn er sich auch langsamer als im Westen vollzog. Der Goldstrom der Kriegsentschädigung nach dem 1870er Krieg bot Arbeitsgelegenheit. Die Börse, Kasernen, Schulen wurden gebaut, sämtliche hölzerne Brücken durch eiserne ersetzt. Im Jahre 1881 fuhr die erste Pferdebahn stolz durch die Stadt, 1891 entstand ein städtisches Elektrizitätswerk, 1895 sah man die erste elektrische Straßenbahn. Die Wasserversorgung der Stadt, für die die aus der Ordenszeit stammenden Anlagen von Ober- und Schloßteich nicht mehr ausreichten, wurde durch neue Stauanlagen im Samland gesichert. Und die Entwässerung bzw. Kanalisation wurde sogar erst 1901 betriebsfertig. Im selben Jahr wurde der Seekanal nach Pillau fertiggestellt, der mit seinem Tiefgang von 6,5 m auch größeren Schiffen die Zufahrt zum Königsberger Hafen erlaubte.

Das Fahrrad mit gesticktem Sattelüberzug oder die Eisenbahn konnten Wagen und Schlitten damals noch nicht verdrängen. Die neue Zeit mit ihren Schloten und Maschinen hatte gerade erst begonnen. Der Bürger lebte friedlich in der alten Stadt zwischen den Befestigungswällen. Im Reisepelz aus Schafswolle ließ man sich im Schlitten zum Blutgericht bringen, um sich bei Grog und Rotwein zu erwärmen, und fuhr im Schein der Gaslaternen durch die Schneenacht nach Hause. Die geheimnisvolle Zauberwelt jenseits der Grenze kam in langen Holzflößen herüber, von denen fremder Gesang aufstieg, oder in Getreideschiffen mit seltsamen Gestalten, die vor den alten Speichern haltmachten. Die Hausfrau kaufte auf dem Altstädtischen oder Löbenichtschen Markt ein, oder auf dem Fischmarkt, wo sich die Fischerboote zu Füßen des alten Ordensschlosses drängten. Und auf der Dominsel bei der Kant-Universität lebte unter Giebeln, alten Linden und dem Ruf der Mauersegler noch eine Idylle, in der Agnes Miegel aufwuchs.

Eine wichtige Rolle spielte in der KAZ schon damals wie auch später die Berichte aus dem Musik- und Theaterleben der Stadt. Otto Besch, der feinsinnige Komponist und jahrzehntelange Musikkritiker der KAZ, schrieb einmal: „Die Liebe des Königsbergers zur Musik ist keine Laune, sondern tief begründet auf alter Tradition." Gerade in den 80er und 90er Jahren blühte in Königsberg ein reges Kunst- und Theaterleben. Lange Jahre hat Alexander Wyneken selbst Theater- und Musikrezensionen geschrieben, und sein kenntnisreiches und gerechtes Urteil war bei Künstlern und beim Publikum gleich geschätzt.

Im großen Saal der neuen Börse fand am 7. November 1876 das erste Abonnementskonzert der Philharmonie statt. Joseph Joachim spielte das Beethovensche Violinkonzert, am Pult des Konzertmeisters saß Max Brode, der später Jahrzehnte hindurch Dirigent dieser Abende war. Das Orchester wurde dem Unternehmen vom Stadttheater zur Verfügung gestellt. Neben diesen Sinfoniekonzerten gab es die „Künstlerkonzerte", deren erstes am 13. November 1883 mit Eugen D'Albert eröffnet wurde. Der Pianist Anton Rubinstein, der zu internationalem Ruhm gelangte, der Königsberger Sänger Reisenauer, der Geiger Sarasate, der Dirigent Hans von Bülow und viele andere berühmte Namen tauchen in der Chronik jener Zeit auf. Königsberg war damals für viele Künstler eine Durchreisestation nach Riga und St. Petersburg. Ganz besonders bemerkenswert ist der 13. April 1880, an dem Johannes Brahms sein d-Moll-Konzert spielte und seine 2. Sinfonie persönlich dirigierte. Seine Werke wurden in Königsberg seit jener Zeit so gepflegt und gespielt, daß man der Stadt in Musikkreisen den Namen „Brahmsopolis" beilegte.

Ein besonderes Wort gebührt der Kunst Richard Wagners. Wyneken war es, der bahnbrechend über Königsberg hinaus wirkte. Aus Bayreuth schilderte er den Lesern der KAZ in lebendigen Berichten die auf Motiven aufgebauten neuromantischen Musikdramen mit ihren großartigen Aufführungen. In Königsberg fanden daraufhin, soweit es die Mittel des Provinztheaters erlaubten, eine Reihe von Wagneraufführungen statt.

Fortsetzung folgt

Gesundheitswesen:

Kostenexplosion muß gestoppt werden

Aufgaben der Krankenhäuser überdenken — Wirtschaftlichkeitsprüfungen dringend erforderlich

FRANKFURT/MAIN — Der rasche Anstieg der Krankenhauspflegesätze und erschreckende Kostenperspektiven für die 80er Jahre haben dafür gesorgt, daß schärfer kalkuliert wird. Sowohl in Schleswig-Holstein als auch in Hessen wurde der Pflegesatz-Auftrieb durch Wirtschaftlichkeitsprüfungen gebremst, weithin ist der Krankenhausbau gestoppt worden.

Natürlich liegen die entscheidenden Ursachen dieser Besinnung auf das ‚Machbare' in der finanziellen Misere der öffentlichen Haushalte und der Krankenkassen. Daneben bricht sich aber auch die Erkenntnis Bahn, daß dieser Gesellschaft nicht damit geholfen ist, immer mehr und mehr in das Gesundheitswesen zu investieren, wenn nichts geschieht, um die Gesellschaft selbst zu kurieren.

Wo Milliarden ausgegeben werden für Tabak und Alkohol, wo Millionen von Pkw's die Luft verpesten, wo Lärmschäden und Ernährungsschäden an der Tagesordnung sind, da erscheint der Reparaturbetrieb Medizin wie ein Faß ohne Boden.

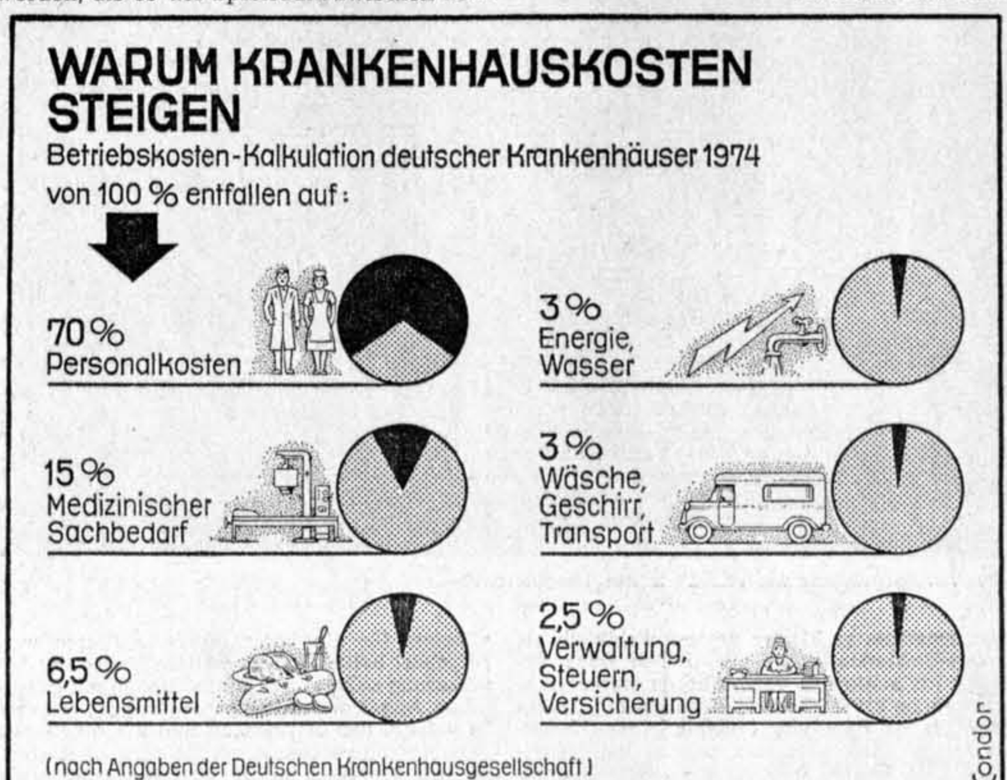
Nicht nur die Bundesrepublik wird daher aufhören müssen, einem schier unstillbaren Bedarf nachzugehen. Für den Krankenhausbereich heißt das die Kapazitäten begrenzen und sich in der so festgelegten Zahl von Betten einzurichten. Das bedeutet zugleich Platz schaffen für Patienten, die sich selbst versorgen können und Platz lassen für akute Behandlungsfälle, die der teuren Medizin und Hotellerie eines modernen Krankenhausbetriebes bedürfen.

Die Eingrenzung bringt zugleich mit sich, daß die vielverschmähte freie Praxis der niedergelassenen Ärzte in ihrer Bedeutung ausgeweitet wird und nicht etwa umgekehrt. So notwendig es ist, für eine sinnvolle Zusammenarbeit zwischen niedergelassenen Ärzten und Krankenhäusern zu sorgen, so unstrittig sollte es sein, daß der preiswerteren Medizin der ambulanten Praxen der Vortritt gelassen wird vor der zwangsläufig teureren Medizin des apparateintensiven Krankenhauses.

Soweit eine Einweisung in ein Krankenhaus unerläßlich erscheint, sollten degressiv gestaffelte Pflegesätze dafür sorgen, daß die Verweildauer nicht unnötig erhöht wird. Mit anderen Worten: die Kosten sollten sich so verteilen wie sie anfallen, der Aufenthalt in den ersten Tagen der intensiven Untersuchung und Behandlung — womöglich der Operation entsprechend teurer sein als in den Tagen nachsorgender Betreuung. Auf diese Weise wird den Krankenhausverwaltungen der Anreiz genommen, den Aufenthalt des Patienten unnötig in die Länge zu ziehen.

Einen beachtlichen Beitrag zur Eindämmung der Kostenexplosion haben auch bereits die Ärzte geleistet. Sie haben in der ambulanten Behandlung sich mit Honorarerhöhungen begnügt, die weit unter dem Preisanstieg liegen und sie haben im Krankenhausbetrieb für die private Behandlung Liquidationsgrundsätze akzeptiert, die auf der Basis der amtlichen Gebührenordnung liegen. Damit kann ohne ausdrückliche konkrete Vereinbarung nicht mehr liquidiert werden, als es der Spielraum zwischen dem ein- bis sechsfachen der amtlichen Mindestsätze zuläßt. Im allgemeinen müssen die Privatpatienten und ihre Versicherung damit rechnen, daß das zwei- bis dreifache dieser Mindestsätze gefordert wird. Eine Liquidation, die nicht viel höher liegt als mittlerweile auch für die Kassenpraxis vereinbart.

Dr. Hans Meenzen



Düsseldorf — Um durchschnittlich 16 bis 18 Prozent stiegen die Personalkosten der Krankenhäuser im Jahr 1974 auf Grund der tariflichen Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und öffentlichen Arbeitgebern, auf die die Krankenhäuser keinen Einfluß hatten. Auch im Bereich des medizinischen Sachbedarfs, dem zweitgrößten Kostenfaktor, sind die Preise in den letzten Jahren ganz erheblich gestiegen, wobei die Auswahl der zur Heilung benötigten Medikamente und Verfahren ebenfalls nicht im Entscheidungsbereich der Krankenhäuser liegt. Über diese Kostenentwicklung, die heute zu Durchschnittspflegesätzen von 150,— DM geführt hat, müssen die Krankenhäuser den Krankenkassen in ausführlichen Kostennachweisen Bericht erstatten, ehe weitere Erhöhungen des Pflegesatzes genehmigt werden. Schaubild CONDOR

Rentenversicherung:

Einmalige Gelegenheit nutzen

Beitragsnachentrichtung nur noch bis zum 31. Dezember 1975

HAMBURG — Schon mehrfach hat das Ostpreußenblatt darauf hingewiesen, daß der 31. Dezember ein äußerst wichtiger Termin ist. Er gilt für alle diejenigen, die von der Möglichkeit einer Beitragsnachentrichtung in der gesetzlichen Rentenversicherung Gebrauch machen wollen.

Im Zusammenhang mit der Öffnung der gesetzlichen Rentenversicherung durch das Reformgesetz '72 können auf Antrag freiwillige Beiträge für Zeiten bis Januar 1956 zurück, die noch nicht mit Beiträgen belegt sind, nachträglich geleistet werden. Aber auch Selbständige, die bis zum 31. Dezember 1974 Versicherungspflicht in der Rentenversicherung beantragt haben, sowie pflichtversicherte Beschäftigte, können freiwillige Beiträge nachentrichtungen für Zeiten, in denen sie (oder ihr Ehegatte) eine selbständige Erwerbstätigkeit ausgeübt haben.

Darüber hinaus ist die Nachentrichtung von freiwilligen Beiträgen — allerdings mit einer nicht so günstigen Wirkung auf die spätere Altersrente — auch für Pflichtversicherte zulässig, die in dem Zeitraum von 1956 bis 1972 nicht selbständig waren. Diese Möglichkeit ist interessant für Arbeitnehmer, die ihr Arbeitsverhältnis zeitweilig unterbrochen hatten und ihre Versicherungslücken nachträglich schließen wollen. Vor allem berufstätige Frauen, die aus dem Erwerbsleben ausgeschieden waren, können diese fehlenden Beiträge nachzahlen, um ihren eigenen Rentenanspruch zu verbessern. Das gilt auch für Hausfrauen, die zur Zeit nicht beschäftigt sind.

Von besonderer Bedeutung ist diese bis zum 31. Dezember 1975 begrenzte Neuregelung auch für Angestellte, die in früheren Jahren die Jahresarbeitsverdienstgrenze überschritten hatten, aus der Versicherungspflicht ausgeschieden waren und dann nicht mehr regelmäßig oder gar keine Beiträge entrichtet haben.

Jetzt Beitragslücken der Vergangenheit zu schließen, kann z. B. wichtig werden im Zusammenhang mit der flexiblen Altersgrenze, deren Inanspruchnahme 35 Versicherungsjahre voraussetzt. Die Gelegenheit, Beiträge nachzuentrichten, ist deshalb günstig, weil nachentrichtete Beiträge höher bewertet werden, als Zahlungen für gegenwärtige Zeiten.

Für die Nachentrichtung gelten dieselben Beitragsklassen wie für die freiwillige Versicherung. Auch hier sind die Beiträge nicht nach dem Einkommen zu entrichten. Dem Versicherten ist die Wahl der Beitragsklasse grundsätzlich freigestellt.

Die nachentrichteten freiwilligen Beiträge zählen bei der Wartezeit mit. **M. Molles**

Sicherheit im Alltag (V):

Ältere Menschen im Verkehr

EINE SERIE VON MARKUS JOACHIM TIDICK

Im Bundesdurchschnitt sind ältere Menschen als Fußgänger zu 35 Prozent an Verkehrsunfällen beteiligt, in Großstädten wie Hamburg sogar zu annähernd 50 Prozent. Das sind Zahlen, die uns zu denken geben sollten, und gerade an den Übergängen für Fußgänger spielen sich die meisten Unfälle ab. Die Fußgänger glauben, auf diesen Überwegen ein Vorgerecht zu haben, und sie achten nicht auf die einbiegenden Fahrzeuge. Und zwar auf Ersteinbieger und — Zweiteinbieger, das letztere sind die Überholer beim Einbiegen. Also erst nach links auf einbiegende Fahrzeuge achten. Schaltet die Ampel von grün auf rot, während man sich noch in der Mitte des Überweges befindet, dann heißt es: zügig weitergehen und nicht stehenbleiben. Gibt es aber eine Verkehrsinsel auf der Mitte des Überweges, dann soll man bei Rot darauf stehenbleiben. Das Gleiche — achten auf die einbiegenden Fahrzeuge — gilt natürlich auch für Überwege ohne Ampeln.

Nach der neuen Änderung der Straßenverkehrsordnung muß jeder Fußgänger deutlich zu erkennen geben, daß er den Fahrdamm überqueren will. Das bedeutet, er muß sich mit dem Kraftfahrer verständigen durch Blickwechsel, Handzeichen oder Stockzeichen.

Das Überschreiten der Straße auf sozusagen „freier Strecke" sollte man vermeiden, auch wenn manche älteren Leute behaupten, sie fühlten sich dabei sicherer als auf Fußgänger-Überwegen. Es passiert nämlich nur zu leicht, daß sie hinter Sichthindernissen, wie geparkten Fahrzeugen hervortreten und daß dem ankommenden Kraftfahrer gar nichts anderes übrig bleibt, als sie anzufahren.

Dasselbe gilt beim Verlassen öffentlicher Verkehrsmittel. Nach dem Aussteigen zunächst auf den Bürgersteig zurücktreten, den Bus wegfahren lassen, damit man eine Übersicht hat und dann möglichst den nächsten Fußgänger-Überweg wählen. Keinesfalls aber vor oder hinter dem Bus gleich auf die andere Straßenseite zusteuern. Ebenso bei der Straßenbahn: Zunächst auf der Verkehrsinsel stehenbleiben bis die Bahn weg ist und man wieder freie Sicht hat.

Bei Landstraßen ohne Bürgersteig gilt es als Regel, daß man auf der linken Seite, also dem Verkehr entgegen, zu gehen hat, damit man die ankommenden Fahrzeuge auch sieht.

Recht im Alltag

Kraftfahrzeugrecht

Gibt der Käufer eines Gebrauchtwagens seinen Gebrauchtwagen in Zahlung, so handelt es sich im Regelfall nicht um einen Tauschvertrag, sondern um einen Kaufvertrag, bei dem der Käufer das Recht hat, den vertraglich festgelegten Teil des Kaufpreises durch Hingabe seines gebrauchten Fahrzeugs zu tilgen. Kauft jemand einen Gebrauchtwagen „wie besichtigt unter Ausschluß jeglicher Gewährleistung" und gibt sogleich sein eigenes Altfahrzeug in Zahlung, so gilt mangels besonderer Abrede der Haftungsausschluß auch für Mängel des in Zahlung gegebenen Fahrzeugs (OLG Frankfurt - 5 U 62/73).

Beantragt der Versicherungsnehmer den Abschluß einer Haftpflicht- und Vollkaskoversicherung für sein Kfz, so bewirkt die Aushändigung der sog. Doppelkarte (Versicherungsbestätigung für das Straßenverkehrsamt) vorläufigen Dekkungsschutz nur in der Haftpflicht-, nicht jedoch in der Fahrzeugversicherung. (OLG Hamm-20 U 40/74)

Neues aus der Rechtsprechung

Als eine Reitschülerin auf Anordnung des Reitlehrers und Inhabers einer Reitschule ein schweißnasses Pferd trocken führte, wurde sie von dem Pferd in die linke Hand gebissen und erlitt einen Bruch des linken Mittelhandknochens. Der Reitschulenbesitzer weigerte sich, Schadensersatz zu leisten, weil die Schülerin „ohne sozialen Zwang" bei ihm Unterricht nehme, d. h. nur zu ihrem Vergnügen Reiten lernen wolle. Dadurch werde die strenge Tierhalterhaftung des § 833 BGB ausgeschlossen. Das Oberlandesgericht Köln ließ diesen Einwand nicht gelten. Der Beklagte betreibe die Schule aus Erwerbsgründen, lasse sich Schulgeld zahlen und müsse deshalb auch das volle Tierhalterrisiko tragen. (OLG Köln — 13 U 224/73)

Ein Urteil, das Nichtraucher erfreuen wird, hat das Oberlandesgericht Stuttgart gefällt. Es bestätigte einem Taxifahrer, daß er seinen Fahrgast aus seinem Fahrzeug weisen darf, wenn dieser während der Fahrt das Rauchen nicht einstellen will. In dem zu entscheidenden Falle hatte der Taxifahrer auf dem Handschuhfach deutlich sichtbar das Schild angebracht: „Bitte, nicht rauchen!". Einen weiblichen Fahrgast, der sich im Taxi eine Zigarette anzündet, stellte der Fahrer vor die Wahl, das Rauchen einzustellen oder auszusteigen. Die Frau stieg aus und zeigte den Taxifahrer wegen Verstoßes gegen die Beförderungspflicht an. Doch die Richter des OLG Stuttgart waren der Ansicht, daß man einen Taxifahrer, der viele Stunden in seinem Fahrzeug verbringen muß, nicht zur Beförderung von rauchenden Gästen zwingen könne. Die gesundheitsschädliche Wirkung des „passiven" Rauchens sei heute allgemein bekannt. (OLG Stuttgart, Beschl. — 1 Ss 352/74)

Arbeits- und Sozialrecht

Auch einem Ersttäter, der von der Polizei mit 0,81 Promille aufgegriffen wird, kann ein Bußgeld in Höhe von 500 Mark auferlegt werden. Der Zweck des Gesetzes, Trunkenheitsfahrten zu verhindern, kann nur durch drastische Strafen erreicht werden. (Bay ObLG — 6 St 559/74) np

Verbessert ein Arbeitgeber die betriebliche Altersversorgung nur für solche Arbeitnehmer, die nach einem bestimmten Stichtag in den Ruhestand treten, so verstößt eine solche Regelung dann gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz, wenn die Wahl des Stichtags auf unsachlichen oder sachfremden Gründen beruht. Spielten finanzielle Erwägungen für die Wahl des Stichtags eine Rolle, so muß der Arbeitgeber seine Begründung von den Gerichten daraufhin überprüfen lassen, ob sie von einem zutreffenden Sachverhalt ausgehen und ohne wahren Beweggrund entsprechen. (BAG — 3 AZR 44/74)

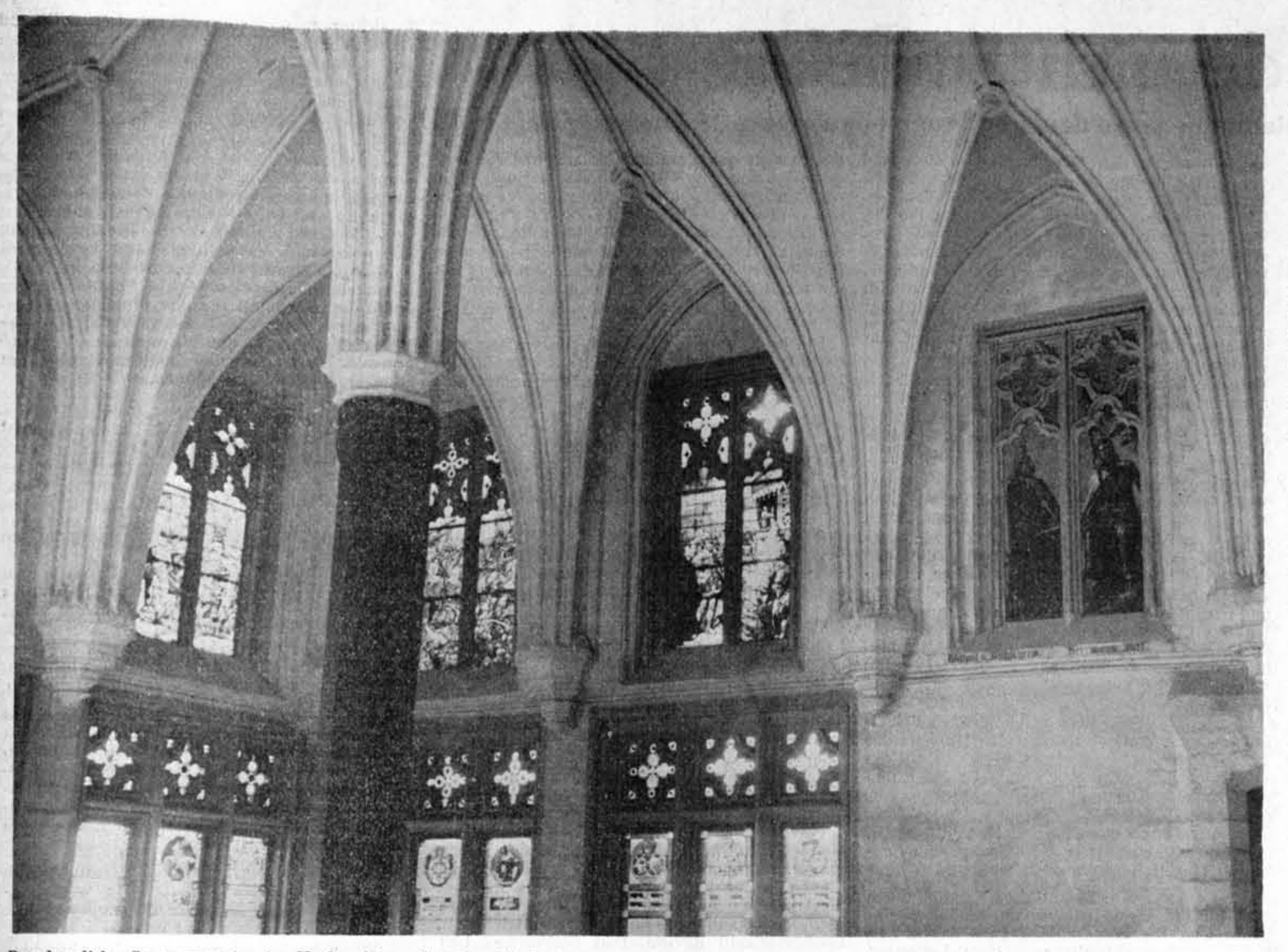
Mieturteile in Stichworten

Die Kündigung eines Mietverhältnisses über Wohnraum wegen Mietrückständen wird im Falle der nachträglichen Befriedigung des Vermieters binnen einem Monat nach Rechtshängigkeit auch dann unwirksam, wenn dieser Kündigung vor kürzerer Zeit eine rechtskräftige Verurteilung des Mieters zur Räumung wegen eines früheren Zahlungsverzugs vorausging, der Vermieter aber die zwangsgeräumte Wohnung damals erneut dem Mieter überlassen hat. (LG Mannheim — 12 S 66/73)

Führen objektiv unzutreffende Erklärungen des Vermieters über die Wohnungsgröße anläßlich der Vertragsverhandlungen zu einem wesentlichen Irrtum des Mieters über die Wohnfläche, so kann der Mietvertrag vor der Raumüberlassung durch eine unverzügliche Anfechtung unwirksam werden. (LG Mannheim — 12 S 42/73)

Soweit die Wohnungseigentümer nichts anderes vereinbart haben, gilt § 25 Abs. 2 des Wohnungseigentumsgesetzes, wonach jeder Wohnungseigentümer nur eine Stimme hat, auch dann, wenn ein Wohnungseigentümer mehrere in sich und nach dem Grundbuch selbständige Wohnungseigentumsrechte eines Grundstücks in seiner Hand vereinigt. (LG Hamburg, Beschl. — 10 T 10/73)

Der Vermieter, der das Mietverhältnis gekündigt hat, kann nach Artikel 1 § 3 Abs. 1 des Wohnraumkündigungsschutzgesetzes eine Erhöhung der Miete für die restliche Mietzeit verlangen. (AG Flensburg — 7 C 339/73) np



Der herrliche Sommerremter im Hochmeisterpalast der Marienburg

Foto Doerk

Ausdruck abendländischer Kultur

Zur Baugeschichte der Ordensburgen in Preußen (III) – Von Hans-Georg Tautorat

Während im Mittelpunkt der bisherigen Ausführungen zur Baugeschichte der Ordensburgen (in Folge 36 und 37) die Lebensverhältnisse der Bauausführenden sowie Fragen der Organisation und des technischen Betriebes standen, wollen wir uns im letzten Teil der Abhandlung der künstlerischen Ausgestaltung dieser Bauwerke zuwenden. Die anfänglichen Holz-Erde-Befestigungen waren in all ihrer Einfachheit reine Wehrbauten, Verteidigungsanlagen, die die Eroberungen des Ordens schützen sollten. Nachdem die Verhältnisse im Lande weiter gesichert waren, wurden diese Zweckbauten durch Bautypen ersetzt, die über das Notwendige hinaus des Ordens Macht, seinen Ordnungswillen und auch seinen Schönheitssinn dem Beschauer offenbarten. Die Ordensburgen waren fortan nicht nur Herrschaftsmittel. Reiche Innengestaltung, stark betonter wehrhafter Außenbau und sinnreiche Konzentration der Gebäude verkörperten die Idee des Ordens selbst, und so wurden sie auch zu architektonischen Kunstwerken, wie sie geistvoller organisiert und ausdrucksreifer für dieselben Zwecke in Europa nirgends sonst geschaffen wurden.

Der warme rote Ton der Ziegel, die weißen Blenden und Bänder, die Stufengiebel, die Formsteine des Maßwerks, die Fenster- und Portalleibungen, die Gewölbeformen — all diese einzelnen Stilelemente hatte die Ordensbaukunst mit der norddeutschen Backsteingotik gemeinsam. Dem Charakter des Ordens entsprechend war der Schmuck jedoch sparsam angebracht und an Fülle und Reichtum nicht mit dem der Burgen in anderen Teilen Deutschlands zu vergleichen. Die Ordensbauten wirkten durch die ernste Schönheit ihrer Maße und Formen. Ihre bauliche Erscheinung wurde mitbestimmt durch das Baumaterial, den Ziegelstein, wobei die plastische Ausgestaltung der Wandflächen zugunsten einer möglichst unmittelbaren Wirkung des Backsteinmaterials eingeschränkt wurde. Typisch für den Ordensstil war jedoch die ornamentale Verwendung farbiger Ziegel an den Außenwänden der Burgen (Marienburg, Rheden) und farbig glasierter und zu Mustern ausgelegter Dachziegel (Marienburg). Zur Erhöhung des Farbenreizes wurden die weißgeputzten Blenden durch aufgemalte Maßwerkmuster in Schwarz und Rot geschmückt.

Die staffelförmig aufsteigenden Giebel einiger Burgen bzw. der dazugehörenden Ordenskirchen dagegen boten reiche Möglichkeiten für malerische und plastische Wirkungen, da die künstlerische Ausgestaltung dieser Teile ohne Gefährdung der militärischen Sicherheit erfolgen konnte. Die Fassade und der fensterreiche Chor der Schloßkirche St. Marien, die weit aus der Ostwand der Marienburg hinausragten, gaben Kunde von der Vielfalt der Schmuckformen.

Das Portal der zur Burg Lochstädt gehörenden Kapelle (der Eingang war zugemauert) war mit einer Fülle phantasievoller Formen, mit einem edlen Maßwerk aus grün, blau und gelb glasierter Kacheln versehen. „Gebenediget sy der Name Jesu christi amen" lautete die Inschrift in farbig glasierten Platten über dem Eingang. Sie war ein Hinweis auf den Sinn, den der Orden seiner Tätigkeit gegeben hatte.

Die Figurenplastik nahm in der Ordensbaukunst einen breiten Raum ein. Sie war in aller Regel an den Bau gebunden. In Außennischen, an Pfeilern und Portalen sowie im Innern von Burgen und Kapellen fanden sich künstlerisch bedeutsame Plastiken, die in der ersten Bauperiode aus Ton, später aus einem mit farbigem Überzeug versehenen Stuck geschaffen wurden. Als beispielhaft sollen hier nur die der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts angehörenden Apostelgestalten in der Pfarrkirche zu Kulm, in der Schloßkirche zu Marienburg und im Dom zu Königsberg sowie die Plastiken in der Vorhalle der Unterkirche zu St. Annen in der Marienburg genannt werden.

Das berühmteste, zugleich aber auch bekannteste Denkmal dieser plastischen Kunst war die acht Meter hohe Figur der Jungfrau Maria, der Schutzherrin des Ordens, an der äußeren Ostchorwand der Marienburger Schloßkapelle. Hier wurde der ursprünglich bemalte Überzug durch farbiges Glaswerk ersetzt, wodurch dieses Stuckbildwerk sich nicht nur auf eine einzigartige Weise in die Architektur des Schlosses einfügte, sondern zugleich ein Bild von außerordentlicher Wirkung darstellte. Reich war der bildnerische Schmuck des Innern der Kirche zu Lochstädt. Um die Rundbogen des Schmuckfrieses rankten sich phantastisch gestaltete Menschen und Tierleiber dar. Im ganzen lag Preußen, was die Plastik angeht, im Bereich der durch Norddeutschland gehenden westöstlichen Kulturströmung. Einflüsse von Süden her, aus Italien und Böhmen, traten hinter ihnen zurück. Die böhmische Herkunft der sogenannten Schönen Madonnen und der Vesperbilder ist umstritten.

Der gotische Stil zeichnete sich durch die konstruktive Phantasie der damaligen Bauleute, vor allem in der kühnen Vielgestaltigkeit des spitzbogigen Gewölbebaues aus. Alles bisher waagerecht Gelagerte verwandelte sich in aufstrebende Linien. Je höher sich die Decken der Räume wölbten, um so schlanker und zierlicher erschienen die gebündelten Pfeiler. So legten insbesondere die Gewölbe der Burgen ein beredtes Zeugnis für das untrügliche Formgefühl und das große Können ab. Das berühmteste Gewölbe war der weihevolle, nie zerstörte Festraum des Landesherrn, der Große Sommerremter in der Marienburg. In dem Remter der Burg Lochstädt wuchs aus einem schlanken Granitpfeiler ein Palmengewölbe wie eine wunderbare Krone.

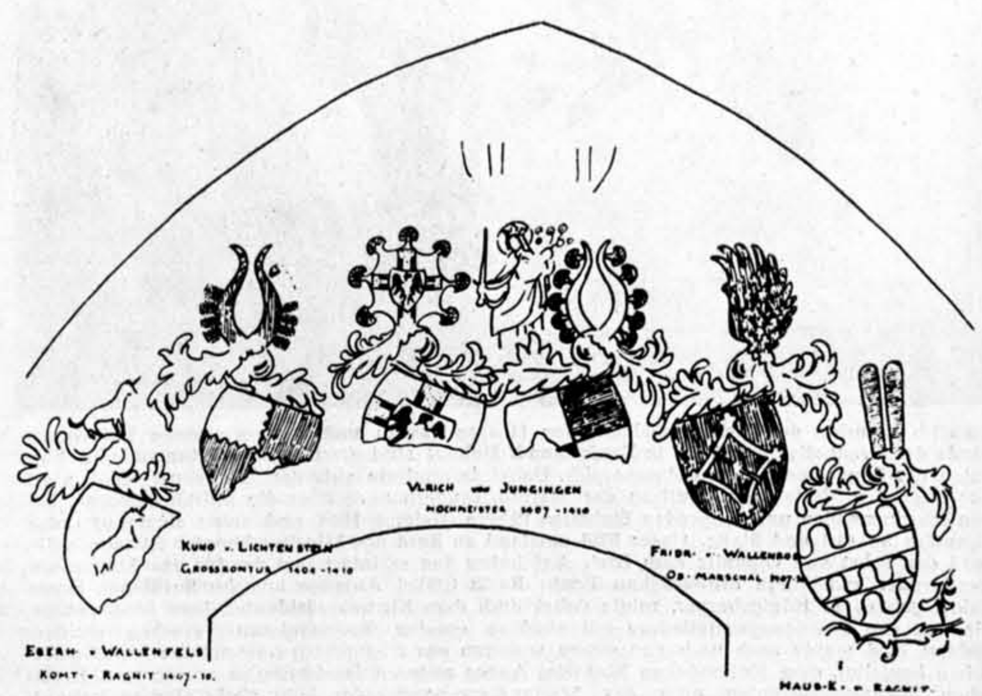
Gleich der Plastik nahm die Malerei im großen und ganzen eine dienende Stellung bei den Ordensbauten ein. Während man sich in älterer Zeit mit der farbigen Hervorhebung einzelner Bauglieder (Rippen, Schlußsteine) begnügte, stieg mit zuehmendem Wohlstand auch das Bedürfnis nach lebhafterer, insbesondere figürlicher Bemalung der Wände. Erst im Jahre 1895 unter einer Tünche freigelegte, aus der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts stammende Gemälde in den Gemächern der Burg Lochstädt stellten Werke von hohem künstlerischen Rang dar. Im Remter fesselte besonders das Bild, das den Erzengel Michael im Kampf mit dem Drachen zeigt. Das Wohngemach des Gebietigers — eine Zierde mittelalterlicher Wohnkultur — war geschmückt mit der Darstellung von Helden aus Sage und Geschichte des Altertums, aus dem Alten Testament und aus dem christlichen Zeitalter. In der „kleinen Stube" nahm das Gemälde des Heiligen Georg den Blick gefangen.

Auch der in kölnischer Malweise gehaltene Gestaltenfries an den Wänden der Marienburger Schloßkirche kann als Beispiel dieser monumentalen Malerei genannt werden. Einzelreste in verschiedenen Ruinen und einigen Burgen kündeten noch bis in die jüngste Zeit von den Leistungen ihrer Urheber. So wurde anläßlich von Bauarbeiten im Jahre 1906 in einem Raum der Ordensburg Ragnit der Rest einer Wandmalerei freigelegt. Der Raum hatte offenbar als Gastkammer für den Hochmeister gedient, und die Malerei wird als eine Huldigungs- und Wappenmalerei für den höchsten Gebietiger des Ordens anzusehen sein. Über einer flachbogig-geschlossenen Fensternische befand sich in der Mitte das Hochmeisterwappen, verbunden mit dem Stammwappen derer von Jungingen, rechts davon das Lichtensteinsche Wappen (Kuno von Lichtenstein war von 1404—1410 Großkomtur), links das Wallenrodtsche Wappen (Friedrich von Wallenrodt war von 1407 bis 1410 Oberster Marschall und Komtur von Königsberg), rechts neben dem Großkomtur das Wallenfelssche Wappen (Eberhard von Wallenfels war von 1407—1410 Komtur von Ragnit), links vom Oberstmarschall ein unbekanntes Wappen.

Der gewaltige Flügelaltar der einstigen Kapelle des Graudenzer Komturschlosses (später in der Lorenzkapelle der Marienburg ausgestellt), der zu den bedeutendsten Altarwerken Deutschlands aus dem 14. Jahrhundert gehörte, war ein Denkmal frühdeutscher Tafelmalerei. Von der hohen Kunst der Glasmalerei in der Ordenszeit waren leider nur noch wenige Überreste vorhanden, darunter einige Fenster der Marienburger Schloßkirche.

Der Orden hatte auch einen starken Einfluß auf die Geistlichkeit und die Bewohner der Städte seines Landes. So nimmt es nicht Wunder, daß die Kirchen des Landes und die städtischen öffentlichen Bauten, wie Rathäuser, Tore und Türme, in ihren Formen den Charakter der Ordensbaukunst trugen. Die stilistische Gefolgschaft entsprach der Rangordnung der gesellschaftlichen Mächte in Preußen. Sie war, dies sei besonders hervorgehoben, in aller Regel Ausdruck eines gemeinsamen Wollens, das sich im staatlichen Bereich ebenso wie in der Kunst offenbarte. Die Kirchen und Rathäuser von Königsberg, die Rathäuser von Marienburg, Preußisch-Holland und Wormditt, die Stadtkirchen von Deutsch-Eylau, Rastenburg, Mohrungen, Wormditt, Bartenstein, Friedland, Wehlau und Labiau legten Zeugnis von dieser Gemeinsamkeit ab. Die ermländischen Kirchen in Allenstein, Braunsberg, Guttstadt, Rößel und Santoppen wichen durch die starke Quergliederung ihrer Türme durch Friesbänder von dem Ordensstil etwas ab, ohne ihn jedoch aufzugeben. Auch eine Reihe von Dorfkirchen in Preußen war von künstlerischem Wert, so etwa die Kirche in Juditten bei Königsberg.

Die Kunst als Ausdrucksform abendländischer Kultur, die mit dem Orden nach Preußen gekommen war, hatte durch die Einheitlichkeit und Eigenwilligkeit des Baustils dem Land ein besonderes Gepräge gegeben. Das Ordensland war sozusagen zu einer Kunstprovinz eigener Art geworden. Ordensburgen, Kirchen und Rathäuser entbehrten weder im Innern noch im Äußeren sparsam angebrachter künstlerischer Feinheiten, so daß für all diese Bauten das Wort des genialen Wiederherstellers der Marienburg, Conrad Steinbrecht, gilt: „Es mag anderwärts gewaltiger geplant, reicher gebaut sein; an harmonischer Wirkung kommt diesen Werken nichts voraus."



Wandmalerei in der Ordensburg Ragnit (Gastkammer des Hochmeisters)

Bei Kriegsende nicht annektiert

Auch gegenüber Polen ist und bleibt die ganze deutsche Frage offen - Von Dr. Herbert Czaja MdB

Kurz vor Redaktionsschluß erhalten wir die erste Stellungnahme des Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, Dr. Czaja MdB, worin er feststellt, daß in den tragenden Gründen der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu mehreren Verfassungsbeschwerden einzelner Bürger verbindlich für alle Staats- und Verfassungsorgane festgestellt wird, daß auch nach dem Warschauer Vertrag das Schicksal der Oder-Neiße-Gebiete rechtlich und politisch keineswegs endgültig geregelt und der Vertrag von 1972 nicht mehr als eine „Konkretisierung des Gewaltverzichts" (S. 38) ist. Er verpflichtet die Bundesrepublik Deutschland zum „Unterlassen von Maßnahmen, die auf eine gewaltsame Veränderung der in den Verträgen bezeichneten Grenzen gerichtet" ist.

Das Verfassungsgericht stellt dazu fest, den Ostverträgen „kann jedoch nicht die Wirkung beigemessen werden", „daß die Gebiete östlich von Oder und Neiße mit dem Inkrafttreten der Ostverträge aus der rechtlichen Zugehörigkeit zu Deutschland entlassen und der Souveränität, also sowohl der territorialen wie der personalen Hoheitsgewalt der Sowjetunion und Polens unterstellt worden seien."

Das Bundesverfassungsgericht trifft entscheidende Feststellungen zur Rechtslage Deutschlands und der Deutschen, die über das Grundvertragsurteil hinausgehen, insbesondere mit Bezug auf die deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße. Diese Feststellungen in den tragenden Gründen verpflichten in Zukunft alle Staatsorgane in Bund und Ländern, also auch Verwaltungsbehörden, die Schulverwaltungen, öffentlich-rechtliche Körperschaften usw., in diesem Sinne die Rechte Deutschlands und der Deutschen im Alltag der politischen und verwaltungsmäßigen Arbeit eindeutig und voll zu beachten und in vollem Ausmaß nach innen wachzuerhalten und nach außen beharrlich zu vertreten. Die Bundesregierung wird nicht nur mit selten und diplomatisch zurückhaltenden Vorbehalten gegen fremde Verletzungen dieser Rechte vorgehen, sondern sie davor mit allen legalen Mitteln schützen und in der Vertretung der Interessen ganz Deutschlands gegenüber dem Ausland jede Zweideutigkeit vermeiden müssen.

Auch für Polen war es nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts erkennbar, daß die Bundesrepublik Deutschland „nicht befugt gewesen sei, eine Verfügung über den rechtlichen Status Deutschlands im Sinne einer friedensvertraglichen Regelung zu treffen" (S. 39, 40) oder „über den territorialen Status Deutschlands zu verfügen" (S. 41). Dies „hat sogar seinen Niederschlag in den Verträgen selbst gefunden" (S. 41).

Die Noten der Westmächte bezüglich des Friedensvertragsvorbehalts und der „Brief zur deutschen Einheit" haben für die Vertragspartner rechtliche Bedeutung. Die Entscheidung stellt fest: „Die Gebiete östlich von Oder und Neiße sind ebenso wie das übrige Reichsgebiet in den Grenzen vom 31. 12. 1937 von den Siegermächten bei Kriegsende nicht annektiert worden." Das Bundesverfassungsgericht bemüht sich um eine eindeutige Terminologie. Im Gegensatz zur Bundesregierung bezeichnet es die Gebiete jenseits von Oder und Neiße in der gesamten Entscheidung nicht als „Polen", sondern als Gebiete östlich von Oder und Neiße bzw. als deutsche Ostgebiete.

Für die über eine Million deutscher Staatsangehöriger in den Oder-Neiße-Gebieten sind die Feststellungen über ihre deutsche Staatsangehörigkeit von fundamentaler Bedeutung. Diese Deutschen sind nach der Feststellung des Bundesverfassungsgerichts auch während ihres ständigen Aufenthalts in den Oder-Neiße-Gebieten nicht Deutschstämmige, nicht Polendeutsche, nicht deutschstämmige Polen — wogegen sich der Bund der Vertriebenen immer gewehrt hat —, sondern weiterhin deutsche Staatsangehörige mit allen sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten. Auch für diese Deutschen können „die Verträge keinen Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit bewirken; denjenigen, die vor Inkrafttreten der Verträge die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, steht diese Staatsangehörigkeit weiterhin zu".

Auch während des Aufenthaltes in den Oder-Neiße-Gebieten haben die Deutschen ihre Staatsangehörigkeit nicht verloren (S. 38). „Nach deutschem Verfassungsrecht" ist die Bundesrepublik Deutschland „verpflichtet", die aus den Ostgebieten stammenden deutschen Staatsangehörigen weiterhin als solche zu behandeln und nach den Verträgen rechtlich daran nicht zu hindern (S. 43). Inhalt und Tragweite dieser Rechte der Deutschen „waren bei den Verhandlungen der polnischen Regierung bewußt und haben bei ihr keinen Widerstand ausgelöst" (S. 45).

In Zukunft wird daher im „konkreten Einzelfall" — nach dem entsprechenden Hinweis des Bundesverfassungsgerichts (S. 47) — darauf geachtet werden müssen, ob ausreichender und wirksamer Schutz den einzelnen Deutschen aus den Oder-Neiße-Gebieten seitens deutscher Staatsorgane mit allen legalen Mitteln gewährt und alle nachweisbaren Verletzungen im konkreten Einzelfall angefochten werden.

Auch die vermögensrechtlichen Feststellungen sind für die Ostdeutschen von fundamentaler Bedeutung. Die Entscheidung geht davon aus, daß „völkerrechtswidrige Konfiskationen" (S. 17) erfolgt sind, die bisher nicht als rechtmäßig anerkannt wurden. Die grundgesetzliche Schutzpflicht erfordert den Schutz der Eigentumsrechte Deutscher nach Artikel 14 GG.

Das Bundesverfassungsgericht stellt unbeschadet der Frage des Fortbestehens der ursprünglichen deutschen Eigentumspositionen in den Oder-Neiße-Gebieten fest, daß auch gegebenenfalls „Rückgewähr- oder Entschädigungsansprüche in Betracht kommen, die sich aus der Völkerrechtswidrigkeit der Konfiskation deutschen Volksvermögens ergeben" (S. 34). Darauf hat auch die Bundesrepublik bei Abschluß der Verträge nicht verzichtet oder dies mit deutschen Reparationsleistungen im Sinne einer Aufrechnung verknüpft (S. 34). Polnische Reparationsforderungen können nicht bestehen (S. 35). Dieser Entscheidungsteil, der zivile Vermögensansprüche keineswegs erst auf friedensvertragliche Regelungen verweist, hat große Bedeutung als Rechtsgrundlage auch für deutsche völkerrechtliche Forderungen, die polnischen finanziellen Forderungen entgegengestellt werden können.

Dr. Czaja übte Kritik daran, daß bei der Entscheidung nur die bisher nicht veröffentlichten Ratifikationsurkunden, nicht aber nach dem ganzen Inhalt der Beweisanträge die Protokollaufzeichnungen während der Verhandlungen zum Kontext des Vertrages zwecks Aufhellung des gesicherten gemeinsamen Vertragswillens ausgewertet wurden. Erst diese Auswertung hätte ergeben, ob die deutschen Unterhändler im Zusammenhang mit dem Warschauer Vertrag nichts unterlassen haben, um „die einseitigen Maßnahmen" Polens wirksam anzufechten, die nach Feststellung des Bundesverfassungsgerichts „in die rechtlichen Verhältnisse und in das menschliche Schicksal vieler Deutscher tief eingegriffen" haben (S. 29).

Es ist bedauerlich, daß das Bundesverfassungsgericht nicht geprüft hat, ob die „hochpolitische Natur" der Verträge (S. 29), die humanitäre Erleichterungen einschließen soll, tatsächlich und rechtlich nach zweijähriger praktischer Erfahrung, die Grund- und Menschenrechte Deutscher schützt oder ob diese „Natur" nur ein vager, sogar illusionärer „Hintergrund" ist, der die rechtliche Auslegung der Verträge nicht treffen kann.

Vor allem aber ist die Antwort umgangen worden, ob bei der Normalisierung der Beziehungen die Gewährung der deutschen Schutzpflicht in den Oder-Neiße-Gebieten abgesichert und die Oktroyierung der Staatsangehörigkeit der polnischen Verwaltungsmacht angefochten worden ist. Durch weitere Verfahren in Einzelfällen bleibt zu prüfen, welche Pflichten sich im konkreten Einzelfall für den diplomatisch-konsularischen Schutz, die Anfechtung fremder Willkürmaßnahmen und die wirksame Verteidigung der Rechte deutscher Staatsangehöriger mit allen legalen Mitteln ergeben.



Kürzlich besuchte der Kirchenpräsident von Hessen-Nassau und stellvertretende Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Helmut Hild (rechts), Einrichtungen und Soldaten der Bundesmarine im Ostseebereich. Dabei informierte sich der Kirchenpräsident nicht nur über den Verteidigungsauftrag der Marine, sondern auch über die Militärseelsorge. Bei den schwimmenden und fliegenden Einheiten führte Helmut Hild und seine Begleitung das Gespräch an Ort und Stelle. Unser Bild entstand an Bord des Minensuchbootes ‚Waage' während der Fahrt von Olpenitz nach Kiel. Auf hoher See erläutert ihm der für das Minensuchgeschwader zuständige Militärdekan Ermin Barth (links) Auszüge aus der Bordbibel. Ermin Bahrt, gebürtiger Königsberger, zeigte dabei auch dem Kirchenpräsidenten jene Bibelsprüche, die von den Besatzungsmitgliedern mit nicht so ernsten Kommentaren versehen wurden. Helmut Hild wurde auch noch von einem weiteren aus Königsberg stammenden Militärgeistlichen begleitet, dem Flottendekan Magazin. Außer anderen Einrichtungen wurde vom Hessischen Kirchenpräsidenten auch das Marinefliegergeschwader 5 in Kiel-Holtenau besucht. Foto Georg Wegemann

Schülerwettbewerb ist geplant

Heimatvertriebenenpolitische Aktivitäten in Bayern

Am 2. November 1945 hat Bayern als erstes deutsches Land eine eigene Flüchtlingsverwaltung eingerichtet, um die zu Millionen einströmenden Flüchtlinge und Vertriebenen vor bitterster Not zu bewahren und so rasch und wirkungsvoll wie möglich ihre Eingliederung in diesem Land sicherzustellen.

Die großen Anstrengungen, die hierzu mit Unterstützung der bayerischen Patenschaften über Städte und Landschaften der Vertreibungsgebiete in den vergangenen drei Jahrzehnten unternommen worden waren, haben zu beachtlichen Erfolgen geführt.

Zur 30jährigen Wiederkehr dieses Tages wird Staatsminister Dr. Pirkl einer Feierstunde „30 Jahre Flüchtlingsverwaltung in Bayern" am 2. November um 16 Uhr im Schwarzen Saal der Residenz in München, Residenzstraße, durchführen. Begrüßung und einleitende Worte spricht Staatsminister Dr. Fritz Pirkl, Grußworte der Vertriebenen in Bayern Dr. Fritz Wittmann MdB, Vorsitzender des Bundes der Vertriebenen, Landesverband Bayern. Den Festvortrag hält Staatsminister a. D. Hans Schütz, es folgt ein Vortrag „Offene Fragen der Eingliederung" von Prof. Dr. Wilfried Schlau, Friedrichsdorf/Taunus. Anschließend gibt die Bayerische Staatsregierung aus Anlaß dieser Feierstunde einen Empfang im Antiquarium der Residenz.

Der Bayerische Staatsminister für Arbeit und Sozialordnung, Dr. Fritz Pirkl, hat sich in den letzten Wochen wiederholt auch im ostpolitischen Bereich eingesetzt. U. a. verteidigte er auf einer Festveranstaltung in Nürnberg zum „Tag der Heimat" den Schritt der Staatsregierung, wegen des Grundvertrags das Bundesverfassungsgericht anzurufen. Im weiteren Verlauf seiner Rede ging er auch auf die jüngsten deutsch-polnischen Vereinbarungen ein. Wenn man höre, so erklärte er, daß 120 000 Deutsche aus Polen ausgesiedelt werden sollten, so dürfe man nicht vergessen, daß auf diese Möglichkeit noch weitere 300 000 Menschen warteten.

Der Bayerische Landtag faßte trotz der derzeit schlechten Haushaltslage den Beschluß, noch im Schuljahr 1975/76 einen Schülerwettbewerb durchzuführen. Ein Arbeitsausschuß des Beirates für Ostkunde beim Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus wird hierfür entsprechende Unterlagen vorbereiten.

Auf einer Vorstandssitzung unter Vorsitz von Dr. Wittmann faßte der Landesvorstand des Bundes der Vertriebenen in Bayern am 10. 10. 1975 folgende Entschließung:

1. Die deutsch-polnischen Vereinbarungen über die Gewährung von Renten verletzten die Prinzipien des sozialen Rechtsstaats, weil sie den in den Oder-Neiße-Gebieten lebenden Deutschen Rentenansprüche entziehen, um sie auf die weit ungünstigere polnische Altersversorgung zu verweisen.

2. Das Protokoll über die humanitären Fragen regelt nicht einmal die Ausreise der 120 000 bis 125 000 Deutschen verbindlich, obwohl noch weitere ca. 160 000 Deutsche auf Ausreise in den freien Teil Deutschlands warten. Die Bundesregierung läßt diese Deutschen mit ihrer Zustimmung zu dem Protokoll praktisch im Stich.

3. Die deutsch-polnischen Vereinbarungen sind der schlagende Beweis dafür, daß die bei der Europäischen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit proklamierten menschenrechtlichen Grundsätze praktisch keine Verbindlichkeit haben, da die deutsch-polnischen Vereinbarungen bereits wieder hinter den Erklärungen der Konferenz zurückbleiben.

4. Die Bundesregierung hat versäumt, ihre stärkere Position insbesondere in wirtschaftlicher Beziehung, gegenüber der Volksrepublik Polen für die Menschen zu nutzen.

5. Wenn im Zusammenhang mit der Abfindung der Rentenberechtigten unter den Deutschen in den Oder-Neiße-Gebieten heute davon gesprochen wird, daß dies billiger sei, so liegt in dieser Argumentation ein Appell an den Egoismus, der angesichts der Finanzmisere in unserem Lande allzu leicht geweckt werden kann.

6. Die Bundesregierung hat im übrigen nicht einmal den Versuch unternommen, für die Deutschen ähnliche Menschen- und Volksgruppenrechte zu erreichen, wie etwa für die in der Bundesrepublik lebende polnische Volksgruppe.

Doro Radke

*

Zweifel an Aussiedler-Protokoll

Der Präsident der Internationalen Gesellschaft für Völkerrecht, Prof. Wilhelm Wengler, hat in einem Schreiben an Bundestagsabgeordnete darauf hingewiesen, daß es sich bei dem „bilateralen Protokoll" über die Vereinbarungen zwischen Bonn und Warschau hinsichtlich der Ausreisegenehmigung für Deutsche aus dem polnischen Machtbereich um kein völkerrechtlich verbindliches Dokument handelt. Maßgebliche Vertriebenenkreise hatten diese Befürchtung sofort nach Bekanntwerden der jüngsten Vereinbarungen zwischen Bundeskanzler Schmidt und Parteichef Gierek gehegt. In dem deutsch-polnischen Abkommen verpflichtet sich Bonn, Polen 2,3 Milliarden DM zu zahlen; die Ausreisegenehmigung wird dort nicht erwähnt. Diese Ausreisegenehmigung für 120 000 bis 125 000 Deutsche ist lediglich in dem beigefügten „bilateralen Protokoll" enthalten.

Wissenschaftliche Schwerpunkte

Aus der Arbeit der Ost- und Westpreußenstiftung in Bayern

Mit zwei Großveranstaltungen innerhalb einer Woche trat die Ost- und Westpreußenstiftung in Nürnberg und München nach Abschluß der Sommerpause erneut in die Öffentlichkeit.

Im Festsaal des Verkehrsmuseums in Nürnberg konzertierte am 26. September der bekannte Ostpreußische Pianist Gottfried Herbst. Seine Darbietungen, Bachs Chromatische Fantasie und Fuge d-moll, Schuberts Sonate a-moll op. 143, Liszts Polonaise E-Dur und Brahms' 8 Klavierstücke op. 76 fanden außerordentlich großen Beifall.

Am 28. September veranstaltete die Stiftung im Festsaal des Münchner Lenbachhauses eine Gedenkstunde aus Anlaß des 50. Todestages von Lovis Corinth. Der Festvortrag des bekannten Kunsthistorikers Prof. Dr. Ficker wurde umrahmt durch musikalische Darbietungen eines Trios der Münchner Fachakademie für Musik mit Sätzen aus der Serenade op. 8 D-Dur von Ludwig van Beethoven.

In seiner Festansprache betonte Prof. Ficker vor allem auch die ostpreußische Herkunft Lovis Corinths: „Dieses bedeutenden deutschen Malers und Grafikers im Rahmen einer Feierstunde der Ost- und Westpreußenstiftung in Bayern hier in München zu gedenken, heißt: Sich einmal auf seine Verbundenheit mit Ostpreußen zu besinnen und ihn als einen der großen Söhne des Landes zwischen Nogat und Memel zu würdigen,

ferner ihm posthum die verdiente Anerkennung zukommen zu lassen, die Corinth während seines Aufenthaltes in der Isarstadt vorenthalten wurde. Dafür bietet sich gerade hier in diesem Hause die beste Möglichkeit zusammen mit der vor wenigen Tagen eröffneten Gedenkausstellung.

Dabei wäre es freilich falsch, eng begrenzte, lokalpatriotisch angehauchte Maßstäbe anzulegen. Damit wird man Corinth nicht gerecht — denn das darf bereits am Anfang dieser Würdigung gesagt werden:

Lovis Corinth war Ostpreuße, der sich seiner Heimat durchaus verbunden wußte. Dafür spricht das Triptychon ebenso, das er 1911 für die Kirche seiner Vaterstadt Tapiau gemalt hatte, wie die Ernennung zum Ehrenbürger oder die Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Universität Königsberg.

Aber er war zugleich auch Deutscher, der sich über zeitgenössische Begrenztheit hinwegsetzte, der sich den besten Traditionen europäischer Malerei verbunden wußte und diese in seinem künstlerischen Schaffen verwertet hat."

Im Anschluß an diese Festveranstaltung fand eine Führung durch die Corinthausstellung im Lenbachhaus statt. Sie ist die zur Zeit größte Ausstellung von Werken des ostpreußischen Malers. Der Münchner Presseverlag hatte hierfür einen großen, reichbebilderten verfarbigen Katalog herausgegeben.

Der Schwerpunkt der Stiftungsarbeit soll in Zukunft auf wissenschaftlichem Gebiet liegen. Hierfür wurde eine altpreußische Gesellschaft für Wissenschaft, Kunst und Literatur begründet. U. a. wird zum Jahresende die große Literaturgeschichte Ost- und Westpreußens erscheinen.

Auch der Ernst-Meyer-Gedächtnisfond der Stiftung hat seine Arbeit aufgenommen. Den Vorsitz in diesem Arbeitsgremium führt das Vorstandsmitglied der Münchner Rechtschutzunion, Dr. Ullrich. Der gebürtige Sudetendeutsche hatte als Königsberger Artillerist Gelegenheit, Ostpreußen kennen und lieben zu lernen. Als Gründer des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes bringt er viele Erfahrungen in das nach Ernst Meyer benannte Hilfswerk der Stiftung zur Betreuung der Spätaussiedler und in den Ostprovinzen verbliebenen Landsleute ein.

Dr. Dorothee Radke

Von Corinth gefördert

Ausstellung Alexander Bertelson in Berlin

Am 5. Oktober wurde der Maler Alexander Bertelson 85 Jahre, am 10. Oktober schloß er für immer die Augen. Die Stiftung Deutschlandhaus hatte anläßlich seines 85. Geburtstages eine Ausstellung geplant, die am 13. dieses Monats eröffnet wurde. Der Künstler selbst, voll unbändiger Schaffenskraft, hatte noch selbst die Bildauswahl getroffen, Anweisungen gegeben. Im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte schied er aus dem Leben; es war ihm nicht mehr vergönnt, bei der Eröffnung seiner Ausstellung dabeizusein.

Alexander Bertelson wurde am 5. Oktober 1890 in Lixna in Rußland geboren. Er verlebte seine Kindheit und Jugend in Riga, studierte an der Kunstschule zu Riga und bei Heinrich Zügel in München. Herr Rittermann von der Kulturabteilung des SFB würdigte in seiner Laudatio anläßlich der Ausstellungseröffnung noch einmal Leben und Werk dieses großen Malers. In den „Goldenen Zwanzigern" genoß der Künstler im Kunstgeschehen einen hervorragenden Ruf. In der Berliner Sezession spielte er neben seinem Freund und Förderer Lovis Corinth eine bedeutende Rolle. Bertelson galt als Künstler, der schon in jungen Jahren seinen eigenen Weg gefunden hatte. In den dreißiger Jahren ging Bertelson, der sich in seinem Leben nie einer Richtung oder Theorie unterworfen hatte, in die innere Emigration.

In Dresden, wo der Bombenkrieg den Großteil seiner Werke vernichtet hatte, wollte er nach dem Krieg von neuem künstlerisch schaffen. Wieder sollte er sich jedoch einer Richtung unterwerfen. Bertelson ging nach Berlin, wo er ohne Hab und Gut von neuem beginnen mußte. Erst im hohen Alter von 77 Jahren begann er von neuem zu malen. Wie ein Besessener schuf er Bild um Bild, als wolle er alles in langen Jahren Versäumte nachholen. Er entwickelt in seinen Bildern eine Vitalität und Kraft, die den Betrachter staunen läßt, die sich aber auch überträgt und zur Beschäftigung mit dem Bild zwingt. Als Leitspruch seines Schaffens diente ihm die Antwort des von ihm verehrten Lovis Corinth auf die Frage, was denn wohl das Hauptproblem das Malers sei: „Das Hauptproblem?", antwortete der große Meister, „Hauptsache, man malt ein anständiges Bild!"

Die Gedächtnisausstellung, die letzte Arbeiten von Alexander Bertelson zeigt, ist im Deutschlandhaus montags bis freitags jeweils von 9 bis 17 Uhr geöffnet, sonnabends und sonntags von 14 bis 19 Uhr. **H. D.**

KULTURNOTIZEN

Stiftung Deutschlandhaus Berlin — Kulturfilmveranstaltung: Lovis Corinth — ein Leben in Bildern. Sonntag, 2. November, 16 Uhr.

Westdeutscher Rundfunk — Integration oder sozialer Abstieg? Probleme der Umsiedler bei der Ausbildung und Suche nach Arbeit. Ein Bericht von Ekkehard Kühn. Sonntag, 2. November, 8 bis 9 Uhr, II. Programm.

Ihre XII. Wissenschaftliche Tagung veranstaltet die Historisch-Landeskundliche Kommission für Posen und das Deutschtum in Polen vom 30. Oktober bis 2. November in den Räumen des Herder-Instituts Marburg.

Die Schlagertexterin Margarete Stauss aus Wormditt trug kürzlich vor dem ‚Goldenen Altersclub' in Göppingen selbstverfaßte Gedichte vor. Außerdem wurden zwei ihrer Lieder vom ‚Großmutterchor' gesungen.

Der Dichterin Elisabeth Josephi aus Riga wurde von der Landsmannschaft der Deutschen aus Litauen der mit 1000 Mark dotierte Literaturpreis verliehen. Elisabeth Josephi wurde vor allem durch ihre Bücher ‚Der große Brand in Memel', ‚Ohne Land' und ‚Unser Pastor' bekannt.

Das Institut für Heimatforschung in 576 Arnsberg, Burgstraße 17, sucht für seine Litauendeutsche Bücherei auch weiterhin noch Zeitschriften und Bücher. Zeitschriften, wie die Ostpreußenblatt, Memeler Dampfboot, Baltische Briefe oder Jahrbücher liegen vollständig vor.

Der Maler und Graphiker Hans Fischer, gebürtiger Königsberger, zeigte in der Filiale der Deutschen Bank in Kettwig (Ruhr) seine Werke. Der Künstler, der heute in Mülheim lebt, wurde durch seine Gemälde, Graphiken und Plastiken weit über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus bekannt. Bei der Ausstellung in Kettwig wurde ein Siebdruck für das Bundeshaus in Bonn angekauft. — In der französischen Stadt Tours ist Hans Fischer bei dem 20. Salon der Gesellschaft „Le Chevalier" wiederum mit seinen Arbeiten vertreten. Die Ausstellung wurde am 12. Oktober eröffnet.

Die Agnes-Miegel-Plakette des Tatenhauser Kreises in Warendorf wurde am vergangenen Wochenende Ministerialdirigent a. D. Dr. Ludwig Landsberg für Verdienste um die Ost-West-Begegnung verliehen. Den Festvortrag hielt Hans Lipinsky-Gottersdorf.

Ost- und Westpreußenstiftung in Bayern — Im Zusammenwirken mit dem Haus des Deutschen Ostens, München, und der Landesgruppe Bayern der LMO: Vom 3. November 1975 bis 31. März 1976 Ausstellung von Werken des Malers Prof. Rolf Burchard (Hof) im Haus des Deutschen Ostens (Mo bis Fr von 9 bis 17 Uhr, Gruppenbesuche auch an Wochenenden). — Gedenkstunde zum 25. Todestag des Dichters Ernst Wiechert am Donnerstag, 6. November, 19.30 Uhr, in der Städtischen Galerie München im Lenbachhaus, Luisenstraße 33.

Erhalten und Gestalten

Hanna Wangerin zum 65. Geburtstag



Hanna Wangerin (links) gratulierte Agnes Miegel in Bad Nenndorf zum 85. Geburtstag mit der linken Hand, weil ihre rechte mit dem gebrochenen Arm noch in Gips steckte. Im Hintergrund Heimgart v. Hingst, Erbin des Nachlasses und Betreuerin des Agnes-Miegel-Hauses in Bad Nenndorf Foto Lehmann

Der eine sucht sich einen Beruf, in dem er möglichst schnell mit möglichst wenig Arbeit möglichst viel Geld verdienen kann — der andere sucht eine Aufgabe. Der zweite Weg bedeutet weitgehend Verzicht auf das, was man Privatleben nennt — auf Freizeit, Wochenenden, geregelte Arbeitsstunden und vieles mehr. Aber der Mensch wächst an diesen Aufgaben, er erfährt eine Bereicherung der seelischen Kräfte und vermag anderen immer wieder davon abzugeben.

Zu den Menschen, die nach diesem inneren Gesetz angetreten sind, gehört Hanna Wangerin. Was alles ihrem Wirken zu verdanken ist, wenn es um Ostpreußen, sein kulturelles Erbe, um Schriftsteller, Künstler oder Musikschaffende geht, um Brauchtum und Volkskunst, um die stille Arbeit der Frauen überall im Land, um staatspolitische Bildungsarbeit, um Werkwochen, um Menschen und ihre Probleme — fast unübersehbar ist die ganze Breite ihres Wirkens über ein Vierteljahrhundert hin.

Denn so lange ist es her, daß Hanna Wangerin — im Februar 1950 — als Mitarbeiterin im damaligen ‚Veranstaltungsdienst' der Landsmannschaft Ostpreußen ihre Arbeit aufnahm. Nicht zufällig konzentrierte sich ihr Wirken in den folgenden zweieinhalb Jahrzehnten auf die Gebiete Jugend, Kultur und Frauen.

Man muß auch den Urgrund sehen, auf dem das alles gewachsen ist: Am 31. Oktober 1910 wurde Hanna Wangerin in Königsberg geboren, als Tochter von Dr. Walther Wangerin, der später als Professor für Botanik an der Technischen Hochschule in Danzig wirkte, und Frau Margarethe, geb. Thomas. Mit fünf Geschwistern wuchs sie in einem sehr musischen und kultivierten Elternhaus auf. Nach Schulabschluß und einem Unterricht im Nähen erfuhr sie eine gründliche Ausbildung im Kunstgewerbe, war zweieinhalb Jahre lang Schülerin von Professor F. A. Pfuhle in Zeichnen und Entwurf, und besuchte nach einem Praktikum die Fachklasse für Musterentwurf und Stoffdruck an der Staatl. Kunstgewerbeschule in Stuttgart.

Es folgten Tätigkeiten als Musterzeichnerin und Kunstgewerblerin, schließlich der Eintritt in ein ostpreußisches Lager des Frauenarbeitsdienstes. Als Lagerführerin hatte Hanna Wangerin ab 1935 die Sparten Volkstumsarbeit und Feiergestaltung unter sich und war Lehrerin für Werkarbeiten und Musik.

Nach der Flucht zunächst als Landarbeiterin tätig, wirkte sie in verschiedenen kunstgewerblichen Werkstätten, bis sie endlich im Rahmen der landsmannschaftlichen Arbeit ihre Aufgabe fand: Vor 23 Jahren übernahm sie bei der Bundesgeschäftsführung in Hamburg die Abteilung ‚Jugend und Kultur'.

Die Arbeitsbedingungen jener Jahre, das wissen wir alle, waren hart, der Verdienst gering. An allen Ecken und Enden mußte improvisiert werden. Aber dann wuchs aus den Trümmern und der Verzweiflung über den Verlust der Heimat neues Leben. Es war eine schwere, aber dankbare Aufgabe, die verstreuten Menschen wieder zu sammeln, ihnen eine neue Grundlage auch im geistigen Raum zu vermitteln, ihnen zu helfen, daß nur der verloren ist, der sich selbst aufgibt. Mit Arbeitsbriefen und Mitteilungsblättern, mit Zusammenkünften und Tagungen wuchs wieder das Bewußtsein des gemeinsamen Schicksals, der gemeinsamen Aufgabe. Dia-Reihen und Vorschläge für heimatliche Zusammenkünfte ergingen Jahr um Jahr hinaus zu den Gruppen. Die Kurse und Werkwochen in Bad Pyrmont, im Ostheim, trugen zur Festigung des Zusammenhaltes und zu gemeinsamen Bemühungen um die Erhaltung des heimatlichen Erbes und um die Gestaltung neuer Arbeiten bei, die auf dem Boden der alten Kultur unseres Landes im Osten gewachsen sind.

Hanna Wangerin war es, die alle diese Zusammenkünfte plante und vorbereitete, die mit Herz und Seele die Frauen aus mehreren Generationen zu beflügeln wußte, die verborgene Kräfte aktivierte und der gesamten, umfangreichen Arbeit ihren Sinn gab. Für diese Arbeit wurde sie 1969 mit dem Goldenen Ehrenzeichen ihrer Landsmannschaft geehrt.

Oft brennt das Licht auch am Abend noch oder am Wochenende in dem Arbeitsraum in der Hamburger Parkallee, in dem alle Fäden zusammenlaufen, die Hanna Wangerin nach wie vor fest in Händen hält. Und wenn auch manchmal die Müdigkeit sie überkommen will — wer sie kennt, der weiß auch, daß ihr aus der selbstgewählten Arbeit immer wieder neue Kräfte zugeflossen sind — Segen einer Arbeit, die über den Tag hinaus dem Bleibenden gilt.

Ruth Maria Wagner

Schüler gegen GRIPS

Gegen die Äußerung des Berliner Schulsenators Rasch (FDP) über das Kindertheater GRIPS hat der Landesvorsitzende der Berliner Schülerunion (BSU) energisch protestiert. Rasch hatte verlauten lassen, er halte den Besuch des Theaters auch durch Schulklassen nach wie vor für sinnvoll. Die Schülerunion meint dagegen, es sei unverantwortlich, die linksgerichteten Indoktrinationsversuche des Schauspieler- und Autorenkollektivs weiterhin durch den Senat zu unterstützen. Rasch, so die Schülerunion, ist aufgefordert seine Entscheidung nochmals zu überdenken. **P. A.**

Der „letzte Preuße" am Rhein

Auf Dr. Udo Klausa warten im Ruhestand noch viele Aufgaben



Am 31. Oktober hat der in Allenstein am 9. Oktober 1910 geborene Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland, Dr. h. c. Udo Klausa, nachdem er die Altersgrenze erreichte, sein Amt an seinen für 12 Jahre gewählten Nachfolger, den bisherigen ersten Landesrat Dr. jur. Helmut Czischke (50) übergeben.

Dr. Klausa stammt aus einer Familie, die mit vier Geschlechtern in der preußischen Kommunalverwaltung tätig gewesen ist — sein Urgroßvater war Bürgermeister von Tarnowitz. Dr. Udo Klausa begann 1934 als Regierungsreferendar in Frankfurt an der Oder seine Laufbahn, wurde 1954 zum Direktor des gerade gegründeten Landschaftsverbandes gewählt und 1966 wiedergewählt.

In der 21jährigen ‚Aera Klausa', die gewiß in die Geschichte des Rheinlandes eingehen wird, wurden unter anderen fünf neue Autobahnbrücken über den Rhein und 546 Kilometer Autobahnen gebaut, dreizehn neue psychiatrische Krankenhäuser eingerichtet, drei neue Landesmuseen — in Bonn, Kommern und Xanten — eröffnet, sechzehn zusätzliche Landesschulen für Behinderte übernommen. An ‚Verwaltungsleistungen' wurden rund 38 Milliarden Mark umgesetzt. Als Klausa mit dem Aufbau der rheinischen Regionalverwaltung begann, hatte er 5000 Mitarbeiter; 1975 beschäftigte der Landschaftsverband insgesamt 13 500 Mitarbeiter in 120 Krankenhäusern, Schulen, Jugendheimen, Straßenbauämtern, Straßen- und Autobahnmeistereien und Museen.

Die Universität Düsseldorf verlieh Klausa die medizinische Ehrendoktorwürde wegen seines persönlichen Einsatzes für die Versorgung geistig Behinderter. Die englische Königin zeichnete ihn mit dem Orden ‚Member of the British Empire' wegen seiner Verdienste um die deutsch-englische Partnerschaft aus.

Landesrat Hans Rudolf Hartung schreibt in der Zeitschrift ‚Rheinland' (Oktober 1975): „Den letzten Preußen am Rhein hat ihn einmal eine Zeitung genannt. Klausa hat dieses Image bewußt gepflegt, trotz gelegentlicher Frotzeleien. In Sachen Verwaltung hatten die Preußen einiges vorzuweisen; wer hier anknüpfte, lag bei nüchternen Beobachtern genau richtig."

Klausa hat an die preußische Tradition angeknüpft, schreckte aber auch vor Neuerungen nicht zurück. Er fand auch am Rhein das, was man Heimat nennt. Obwohl er unzählige Institutionen aus der Taufe gehoben hat — bevorzugt hat er keine. Wie ein Vater, so sagte er (er selbst hat drei Söhne und zwei Töchter und drei Enkelkinder), liebte er alle gleich und die Schwachen als Sorgenkinder. Eines dieser Sorgenkinder war die Errichtung der Jugend-Psychiatrie in Süchteln, der ersten dieser Art, wo 250 Jugendliche betreut werden.

Es bleibt das, was von der ‚Ära Klausa' durch seine Verwurzelung mit dem Landschaftsverband nicht endet: der preußische Geist, den Klausa aus seiner Heimat mitbrachte, den er als Direktor des Landschaftsverbandes — oder nach der alten Benennung als Landeshauptmann im Rheinland — ausstrahlte.

Für Klausa selbst bedeutet der Ruhestand nicht das Ende seiner Tätigkeit. Der Deutsche Heimatbund, dessen Präsident er ist, liegt ihm am Herzen. Er will dort an der Bewahrung der Kulturwerte der deutschen Heimat weiter arbeiten.

Sigismund Schlinger

Wir gratulieren...

zum 100. Geburtstag

Schlusnus, Hermann, Hauptlehrer i. R., aus Wolfsee, Kreis Lötzen, jetzt 2203 Horst, Horstheider Weg 45, am 3. November

zum 96. Geburtstag

Bolz, Berta, aus Lyck, jetzt 46 Dortmund-Hucharde, Parsevalstraße 153 (bei Treczak), am 24. Oktober

zum 95. Geburtstag

Wiersbitzki, Charlotte, aus Krausendorf, Kr. Rastenburg, jetzt 842 Kelheim, Hohlweg 1, am 8. November

zum 94. Geburtstag

Dolinski, Wilhelmine, aus Reichenwalde, Kreis Lyck, jetzt 4041 Gier, Alte Brückenstraße 35, am 3. November

zum 91. Geburtstag

Hinz, Artur, aus Königsberg und Seebad Cranz, jetzt 1 Berlin 45, Jungfernstieg 18, am 27. Oktober

Krause, Luise, geb. Nähring, aus Königsberg, Am Fließ 44 b, jetzt bei ihren Töchtern Hilde und Ilse, 42 Oberhausen 1, Hermann-Albertz-Straße 153, am 1. November

zum 90. Geburtstag

Kasper, Anna, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt 4880 Bünde 15, Wittholzstraße 43, am 4. November

Kriszun, Johann, aus Lisken, Kreis Lyck, jetzt 237 Rendsburg, Bugenhagenweg 45, am 3. November

Matzko, Friederike, aus Gusken, Kreis Lyck, jetzt 2111 Wistedt, am 2. November

zum 89. Geburtstag

Behr, Emma, geb. Kumbarzky, aus Lappienen, Kreis Elchniederung, jetzt 567 Opladen, Talstraße 31, am 1. November

Jakobeit, Gustav, Landwirt, aus Weißensee, Kreis Wehlau, jetzt 2340 Kappeln-Mehlby, Grüne Str. 32, am 1. November

Killat, Emil, aus Altschanzenkrug, Kreis Elchniederung, jetzt 4425 Billerbeck, Bockelsdorf 32, am 4. November

Kunkat, Emil, aus Gr.-Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt 2360 Bad Segeberg, Oldesloer Str. 102, am 19. Oktober

Mikoleit, Gertrud, geb. Reddmann, aus Tilsit, Kastanienstraße 8, jetzt 4902 Bad Salzuflen, Christinenstraße 19, am 7. November

zum 88. Geburtstag

Aschendorf, Auguste, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt 2350 Neumünster, Stegerwaldstraße 12, am 1. November

Dubnick, Charlotte, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, jetzt 838 Landau, Heiligkreuzstraße 6, am 6. November

Koyro, Ottilie, aus Nußberg, Kreis Lyck, jetzt 4782 Erwitte, An der Friedenskirche 1, am 1. November

Moneta, Charlotte, aus Gorlen, Kreis Lyck, jetzt 44 Münster-Gievenbeck, Nordhornstraße 25, am 30. Oktober

Mucha, Gustav, aus Balzhöfen, Kreis Lötzen, jetzt 4983 Kirchlengern 3, Sonnenweg 20, am 3. November

Schröder, Therese, aus Braunsberg, jetzt 238 Schleswig, Moltkestraße 23, am 1. November

zum 87. Geburtstag

Bremer, Ewald, aus Lissen, Kreis Angerburg, jetzt 497 Bad Oeynhausen, Wiesenstraße 39, am 8. November

Knuth, Martha, geb. Kerwin, aus Schwenten, Kreis Angerburg, jetzt 6555 Sprendlingen/Rheinhessen, Feldgasse 10, am 6. November

Rompel, Marie, aus Königsberg, jetzt 2 Hamburg 70, Dithmarscher Straße 12, am 29. Oktober

Witt, Gertrud, aus Königsberg, Nachtigallenstieg 23, jetzt 24 Lübeck, Braunstraße 13/15, am 4. November

zum 86. Geburtstag

Bolsch, Ida, geb. Balzer, aus Talheim, Kreis Angerburg, jetzt 4804 Versmold, Müllerweg 14, am 4. November

Borowy, Auguste, aus Borschimmen, Kreis Lyck, jetzt 44 Münster, Sternstraße 37 a, am 30. Oktober

Danielzik, Marie, aus Kl.-Lasken, Kreis Lyck, jetzt 75 Karlsruhe 1, Körnerstraße 48, am 29. Oktober

Dolenga, Emil, aus Dippelsee, Kreis Lyck, jetzt 2304 Laboe bei Kiel, Heikendorfer Weg 36, am 30. Oktober

Ernst, Paul, aus Lyck, jetzt 2 Hamburg 72, Mahlhaus Nr. 6 d, am 4. November

Gerlitzki, Marie, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt 2051 Dassendorf, Am Wendel 9, am 29. Oktober

Nitsch, Hermann, aus Gr.-Galbuhnen, Kreis Rastenburg, jetzt 53 Bonn-Bad Godesberg, Beethovenstraße 54, am 8. November

zum 85. Geburtstag

Bartoschewitz, Martin, aus Lyck, jetzt 3170 Gifhorn, Weiland 37, am 8. November

Brandstäter, Lisbeth, Handelsoberlehrerin i. R., aus Allenstein, Roonstraße, jetzt 4930 Detmold 1, Allee Nr. 25, am 2. November

Brosowski, Friedrich, aus Stucken, Kreis Elchniederung, jetzt zu erreichen über Horst Frischmuth, 3 Hannover 1, Hildesheimer Straße 119, am 30. Oktober

Bublitz, Emma, geb. Briese, aus Sensburg, jetzt 41 Duisburg 18, Hirschstraße 63, am 2. November

Fornalon, Minna, geb. Gotthilf, aus Wiesenbrunn, Kreis Angerapp, jetzt bei ihrer Tochter Gertrud Heins, 32 Hildesheim, Braunschweiger Straße 81, am 2. November

Konopatzki, Leo, aus Johannisburg, Lückerstraße 35, jetzt 2820 Bremen 71, Schwaneweder Straße 134, am 31. Oktober

Schaschke, Elise, geb. Thal, jetzt 3118 Bad Bevensen, Roggenkamp 18, am 1. November

Solka, Anna, aus Auglitten, Kreis Lyck, jetzt 4803 Steinhagen, Luisenstraße 1069, am 3. November

Wallet, Fritz, aus Matzhausen, Kreis Gumbinnen, jetzt 3578 Schwalmstadt 1, Steingasse 68, am 1. November

Wieding, Lydia, aus Kulsen, Kreis Angerburg, jetzt 1 Berlin 10, Helmholzstraße 28, Gartenhaus III, am 6. November

Wohlgemut, Albert, aus Hindenburg, Kreis Labiau, jetzt 23 Kiel, Iltisstraße 62, am 4. November

Wolff, Elsa, geb. Podszuck, aus Stallupönen (Ebenrode) und Königsberg, jetzt 506 Bensberg-Frankenforst, Schubertstraße 9, am 3. November

zum 84. Geburtstag

Broulewski, Franz, aus Schönhorst, Kreis Lyck, jetzt 6602 Contwig, Contwiger Höfchen 3, am 31. Oktober

Graf, Meta, aus Lyck, jetzt 3353 Gandersheim, Clusgasse 2, am 2. November

Matschijewski, Gertrude, aus Seestadt Pillau I, Lazarettstraße 3, jetzt 328 Bad Pyrmont, Schulstraße 19, am 1. November

Reck, Otto, aus Lyck, jetzt 3558 Frankenberg 5, Hauptstraße 41, am 3. November

Seidler, Heinrich, aus Weinsdorf, Kreis Mohrungen, jetzt 4630 Bochum-Langendreer, Sieben-Planeten-Straße 25, am 1. November

Senkowski, Bernhard, aus Kronau, Kreis Allenstein, jetzt 1 Berlin 30, Kleiststraße 32, am 5. November

zum 83. Geburtstag

Borowy, Lina, geb. Fischer, aus Schuchten, Kr. Treuburg, jetzt zu erreichen über Otto Borowski, 2110 Buchholz (Nordheide), Ernastraße 31, am 2. November

Kahlfeld, Max, aus Schrangenberg und Gr.-Hoppenbruch, Kreis Heiligenbeil, jetzt 3118 Medingen-Bevensen, Mittelweg 1, am 8. November

Larm, Anna, geb. Kozarra, aus Dorren, Kreis Johannisburg, jetzt 3223 Delligsen 1, Siedlungsstr. 11, am 2. November

Okunek, Marie, aus Suglitten, Kreis Lyck, jetzt 854 Schwabach, Forsterbühlstraße 14, am 2. November

Skibowski, Dr. Hedwig, aus Lyck, jetzt 1 Berlin 45, Brahmsstraße 10, am 3. November

Tiesies, Helene, aus Tilsit, Salzburgstraße 5, jetzt 24 Lübeck-Eichholz, Grimmbartweg 2, am 6. November

Urban, Walter, aus Kellerischken, Kreis Pogegen, jetzt 7761 Horn am Bodensee, Hornstaader Str. 10, am 4. November

zum 82. Geburtstag

Blank, Martha, geb. Sonnenberg, aus Benkheim, Kreis Angerburg, jetzt 4131 Borth, Mittelweg, am 6. November

Boeckel, Fritz, Schmiedemeister, aus Kl.-Schönau, Kreis Bartenstein, jetzt 2081 Hetlingen, Cranz 41, am 29. Oktober

Domaß, Anna, aus Bungausen, Kreis Lyck, jetzt 4283 Weseke, Gerhart-Hauptmann-Straße 28, am 6. November

Frost, Antonie, geb. Witt, aus Angerburg, jetzt 72 Tuttlingen, Karlstraße 13, am 7. November

Hoffmann, Walter, aus Gumbinnen, Königsstraße 19, jetzt 2900 Oldenburg (Oldb), Donnerschweer Straße Nr. 317 a, am 3. November

Kalcher, Rudolf, Landwirt, aus Kl.-Sobrost, Kreis Angerapp, jetzt 4175 Wachtendonk 1, Schenkstr. 7, am 4. November

Klohs, Hermann, aus Briensdorf, Kreis Pr.-Holland, jetzt 7832 Kenzingen, Metzgerstraße 13, am 6. November

Komnick, Max, Schmiedemeister, aus Kleingnie, Kreis Gerdauen, jetzt 5152 Bedburg/Lipp., Robert-Koch-Straße 5, am 3. November

Meinert, Bruno, aus Seestadt Pillau I, Predigerstr. 9, jetzt 2 Hamburg 55, Wientapperweg 5 f, am 7. November

Otto, Emma, aus Memel, jetzt 232 Plön, Scharweg 14, am 1. November

Ragnitt, Otto, Verwaltungsangestellter i. R., aus Königsberg, Hermann-Göring-Str. 77, jetzt 2 Norderstedt 1, Stonsdorfer Weg 4 d, am 8. November

Reiman, Max, aus Tilsit, Wassergasse 25, jetzt 51 Aachen-Haaren, Auf der Hüls 51, am 7. November

zum 81. Geburtstag

Bahr, Arthur, aus Frisching, Kreis Pr.-Eylau, jetzt 2077 Trittau, Lütjenseer Straße 29, am 29. Oktober

Bastian, Magarete, aus Lötzen, jetzt 24 Lübeck, Dornbreite 5, Pflegeheim 9, am 4. November

Horn, Gerhard, aus Königsberg, Kurfürstendamm 21, jetzt 28 Bremen 21, In den Barken 15, am 28. Oktober

Peter, Johanna, aus Königsberg, Hohenzollernstraße Nr. 11, jetzt 24 Lübeck, Stellbrinkstraße 22, am 5. November

Schulz, Ottilie, geb. Lingner, aus Mohrungen, Siedlungsplatz 7, jetzt 41 Duisburg, Aachener Str. 1, Altenheim, am 3. November

Siemans, Paul, aus Lyck und Nordenburg, Kreis Gerdauen, jetzt 8754 Großostheim, Stettiner Straße 17, am 31. Oktober

zum 80. Geburtstag

Herrmann, Charlotte, geb. Runde, Lehrerin i. R., aus Heiligenbeil, Herbert-Norkus-Straße 6, jetzt 233 Eckernförde, Irenenstraße 8, am 1. November

Jonas, Berta, geb. Parczany, aus Warnikeim, Kreis Rastenburg, jetzt 5353 Mechernich-Firmenich, am 8. November

Krafzick, Marie, geb. Skrotzki, aus Angerburg, jetzt 3141 Barum über Lüneburg, am 1. November

Malso, August, aus Frauenfließ, Kreis Lyck, jetzt 2057 Geesthacht, Finkenweg 27, am 20. Oktober

Ortwich, Maria, aus Heilsberg, jetzt 75 Karlsruhe, Vorholzweg 36, am 6. November

Pusch, Gertrude, geb. Botsch, aus Seestadt Pillau I, Seetief 1 a, jetzt 239 Flensburg, Harrisleer Str. 57, am 1. November

Rosteck, Paul, aus Barwiese, Kreis Osterode, jetzt 582 Gevelsberg, Feverstraße 29, am 12. Oktober

Szafranski, Anna, geb. Lablack, aus Kl.-Schönau, Kreis Bartenstein, jetzt 493 Detmold 1, Allee 25, am 2. November

Wermter, Antonie, geb. Treppner, aus Hindenburg, Kreis Labiau, jetzt 227 Wyk auf Föhr, Friedrichstraße 10, am 8. November

Woweries, Anna, aus Lyck, jetzt 334 Wolfenbüttel, Hirschberger Straße 6, am 5. November

zum 75. Geburtstag

Birth, Adolf, aus Königsberg-Ponarth, Barbarastraße 86 a, jetzt 2 Hamburg 54, Holtwisch 3 c, am 6. November

Bork, Ella, aus Seestadt Pillau II, Camstigaller Straße 14 a, jetzt 233 Eckernförde, Ostlandstr. 47, am 3. November

Gruhn, Paul, aus Pergusen, Kreis Pr.-Holland, jetzt 4401 Einen, Lerchenfeld, am 24. Oktober

Gwiasda, Elisabeth, geb. Struwe, aus Angerburg, jetzt 4452 Freren, Am Schuappen, am 1. November

Heinrich, Gertrud, geb. Genske, aus Königsberg, Holsteiner Damm 161/63, jetzt 22 Elmshorn, Ollnsstraße 70, am 6. November

Hellwig, Maria, aus Königsberg, jetzt 35 Kassel, Wolfsangerstraße 122, am 5. November

Kerwien, Idel, Bäuerin, aus Klein-Sittkeim, Kreis Labiau, jetzt 5 Köln 30, Rochusstraße 37, am 8. November

Moegelin, Helene, geb. Derday, aus Rastenburg, Fischerstraße, jetzt 3472 Beverungen 1, Danziger Straße 28, am 4. November

Oertel, Paul, Regierungsoberinspektor i. R., aus Heydekrug, jetzt 4930 Detmold 1, Passadestraße 8, am 7. November

Parczanny, Bruno, Oberlehrer i. R., aus Transsau, Kreis Samland, jetzt 867 Hof (Bayern), Parsevalstraße 44, am 5. November

Penkwitz, Fritz, aus Arnsberg und Packerau, Kreis Pr.-Eylau, jetzt 7201 Seitingen, Schmiedwiesenstraße 3, am 30. Oktober

Ruszat, Eva, geb. Kurschat, aus Schloßberg, Gartenstraße, jetzt 4 Düsseldorf 1, Kirchstraße 42, am 29. Oktober

Sabrowski, Bernhard, aus Seestadt Pillau-Camstigall, Gutstraße 89, jetzt 2801 Fischerhude 147, am 5. November

Schlesiger, Adalbert, aus Braunsberg, jetzt 51 Aachen, Oppenhoffallee 149, am 3. November

Schulz, Helene, geb. Schönhoff, aus Steindorf, Kreis Heiligenbeil, jetzt 3146 Adendorf bei Lüneburg, Gorch-Fock-Weg 1, am 25. Oktober

zum 70. Geburtstag

Alexander, Max, aus Rechenberg, Kreis Sensburg, jetzt 46 Dortmund 50, Johannisberg 39, am 6. November

Arndt, Ella, geb. Hantel, aus Braunsberg, Holzstr. 7, jetzt 5413 Bendorf/Rhein, Friedrich-Ebert-Siedlung Nr. 10, am 1. November

Boith, Helene, aus Seestadt Pillau-Neutief, G-Straße, jetzt 2082 Uetersen, Meßdorfstraße 11, am 7. November

Brassat, Eugenie, geb. Klee, aus Angerburg, jetzt 8131 Pentenried, Birkenallee 16, am 3. November

Kaleschke, Bruno, aus Lyck, jetzt 3003 Ronnenberg, Deisterstraße 14, am 6. November

Keuchel, Leo, Holzkaufmann, aus Noßberg, Kreis Heilsberg, jetzt 357 Stadt Allendorf, Liebigstr. 12, am 4. November

Kuschmierz, Anna, geb. Zawallich, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, jetzt 445 Lingen (Ems), Huhwemannstraße 15, am 7. November

Liebig, Adam, aus Angerburg, jetzt 4 Düsseldorf, Jahnstraße 82

Probst, Herta, aus Seestadt Pillau I, Holzwiese 4, jetzt 23 Kronshagen, Wendenstraße 23, am 2. November

Rebischke, Artur, aus Pr.-Holland, jetzt 4930 Detmold 1, Gutenbergstraße 4, am 20. Oktober

Saparautzki, Paul, aus Liebenfelde, Kreis Labiau, jetzt 3131 Zeetze über Lüchow, am 3. November

Slawski, Anna, aus Spirgsten, Kreis Lötzen, jetzt 3 Hannover-Herrenhausen, Harzburger Straße 19, am 1. November

zur Eisernen Hochzeit

Hübner, Franz und Frau Ernestine, geb. Schiemann, aus Mühle Hermsdorf bei Zinten, Kreis Heiligenbeil, jetzt bei ihrer Tochter Elfriede Groß, 446 Nordhorn, Monikastraße 151, am 28. Oktober

zur Diamantenen Hochzeit

Junghalm, Gustav und Frau Maria, geb. Jurgeleit, aus Königsberg, Kochmeisterstraße 3/4, jetzt 6940 Weinheim, Fichtestraße 46, am 6. November

zur Goldenen Hochzeit

Behnert, Friedrich, Tiefbauunternehmer, und Frau Charlotte, geb. Schamp, aus Herrndorf bei Mühlhausen, jetzt 627 Idstein (Taunus), Friedrich-Ebert-Straße 22, am 26. Oktober

Dunkel, Emil und Frau Margarete, geb. Ankermann, aus Schippenbeil (Hotel Ostpreußenhof), jetzt 64 Fulda, Magdeburger Straße 64, am 30. Oktober

Huwald, Ernst, Maurer- und Zimmermeister, und Frau Frida, geb. Schiemann, aus Guldenboden, Kreis Mohrungen, Schönrade, Kreis Heiligenbeil, und Königsberg-Juditten, Douglasstraße 27, jetzt 332 Salzgitter 51, Schloenbachstraße 21, am 30. Oktober

Kallweit, Franz, Justizoberwachtmeister i. R., und Frau Lina, geb. Foerster, aus Allenstein, Kaiserstraße 29, jetzt 31 Celle, Windmühlenstraße 31 b, am 1. November

Kecker, Emil und Frau Margarete, geb. Heldt, aus Königsberg, jetzt 2212 Brunsbüttel, Koogstraße 45, am 7. November

Kinder, Walter und Frau Erna, geb. Hasenpusch, aus Königsberg-Juditten, Jodutbweg 2, jetzt 5603 Wülfrath, Kastanienallee 50, am 31. Oktober

Lalla, Anton und Frau Johanna, geb. Giese, aus Lötzen-Althof, jetzt 3183 Fallersleben, Westerbreite 64, am 30. Oktober

Philipp, Paul und Frau Auguste, geb. Stachorra, aus Jungingen bei Hohenstein, Kreis Osterode, jetzt 7297 Alpirsbach 1 (Römlinsdorf), Sonnenstraße 99, am 28. Oktober

Ulhardt, Josef und Frau Elisabeth, geb. Binger, aus Allenstein, Adolf-Hitler-Allee 26 a, jetzt 479 Paderborn, Mörickestraße 17, am 26. Oktober

Wilkowski, Rudolf und Frau Charlotte, geb. Schibilla, aus Buddern, Kreis Angerburg, jetzt 2253 Kotzenbüll/Tönning, am 31. Oktober

zur Beförderung

Zindler, Angelika (Rudolf Zindler, Steuerrat, und Frau Margot, geb. Grommek, aus Mohrungen, jetzt 29 Oldenburg/Oldb., Goethestraße 50), wurde am 1. Oktober zur Steuerinspektorin befördert

November . . .

Nicht nur mit dem Wetter, sondern auch mit seinen Gedenktagen an die Toten bleibt dieser Monat einer der trüben und traurigen. Unsere Gedanken schweifen in dieser Zeit besonders zurück zu allen unseren Lieben, die wir verloren haben.

Dankbar müssen wir jedoch sein für alle, die noch bei uns weilen, wenn auch zum Teil in anderen Gegenden. Die Verbundenheit mit ihnen zu erhalten, ist eine unserer vornehmsten Aufgaben und hierzu trägt auch unsere Wochenzeitung einen großen Teil bei.

Haben Sie schon einmal daran gedacht, das gemeinsame Denken und Empfinden durch DAS OSTPREUSSENBLATT aufrechtzuerhalten? Es ist doch ein besonderer Anlaß, unsere Zeitung für ein Jahr den uns nahestehenden Personen zu Weihnachten zu schenken und damit gerade der jüngeren Generation Gelegenheit zu geben, unsere Empfindungen zu verstehen und weiter fortzupflanzen.

Viele unserer Landsleute sind nach dem Eintritt ins Rentenalter und infolge der zunehmenden Teuerung nicht mehr in der Lage, die geliebte Heimatzeitung weiter zu lesen. Machen Sie diesen Landsleuten doch eine besondere Weihnachtsfreude durch die Übernahme eines Patenabonnements.

Auch für diese Geschenk-Abonnements können Sie die Werbeprämie aus nachstehendem Angebot wählen:

Für die Werbung eines neuen Dauerbeziehers:

Der redliche Ostpreuße Postkartenkalender;
Ostpreußenkarte mit farbigen Städtewappen;
Provinzkarte Ostpreußen 1 : 300 000;
drei Elchschaufelabzeichen, Metall versilbert
Vierfarbkugelschreiber mit Prägung DAS OSTPREUSSENBLATT;
Autoschlüsselanhänger mit Elchschaufel;
Wandteller 12,5 cm Durchmesser mit Elchschaufel;
Brieföffner mit Elchschaufel;
Bildband „Ostpreußen" (Langewiesche Bücherei);
„Die aus dem Osten kamen" (authentischer Bericht aus Tagebüchern und Erinnerungen zusammengestellt);
„Christoph Pankratius Mieserich unter den Seligen" von Hugo Wellems;
„Mein Lied, mein Land", Liederbuch;
„Der Zauberer Gottes", von Paul Fechtner;
Die Dokumentarbände:
„Sie kamen übers Meer";
„Die letzten Stunden daheim";
„So war es damals";
„Land der dunklen Wälder", Schallplatte.
„Suldoatkespäle un Kommiß" — Mundart-Schallplatte;

Für zwei neue Dauerbezieher:

Gasfeuerzeug mit Elchschaufel;
„Heimat, Heimat!" Roman. Schicksal des Bruchhofes an der Grenze, von Richard Skowronnek.
Großbildband „Königsberg in 144 Bildern";
„Das Samland in 144 Bildern";
„Das Ermland in 144 Bildern";
„Masuren in 144 Bildern";
„Von Memel bis Trakehnen in 144 Bildern";
Schwarze Wandkachel, 15 x 15 cm, mit Elchschaufel, Adler Königsberger Schloß oder Wappen ostpreußischer Städte;
Wappenteller 20 cm Durchmesser.

Für drei neue Dauerbezieher:

„Die Pferde mit der Elchschaufel", von D. M. Goodall;
„Land voller Gnade" von Günther Schwab über Wälder, Wasser und Wildnis;
Wappenteller 25 cm Durchmesser.

Für vier neue Dauerbezieher:

„Der große König" von Hans Heyck, I. Band Ganzleinen 352? Seiten

Für fünf neue Dauerbezieher:

Schöner Kupferstich Ost- und Westpreußen (z. Z. Friedrich Wilhelm I.), Bildgröße 55 x 47 cm.

Aus der landsmannschaftlichen Arbeit in ...

HAMBURG

Vorsitzender der Landesgruppe: Fritz Scherkus, Hamburg. Geschäftsführer: Hugo Wagner, 2 Hamburg 74 Triftkoppel 6, Telefon 0 40 / 7 32 94 68 (privat).

Bunter Abend

Sonnabend, 22. November, 17 Uhr, Festhalle Planten un Blomen, Ostpreußenabend „Die Brücke". Thema: „Ein Tag: Reichssender Königsberg", gestaltet von Künstlern von Funk und Fernsehen, unter anderem mit Peter Horton und Nana Gualdi. Anschließend Tanz. Karten sind bei allen Bezirksgruppenleitern oder in der Bundesgeschäftsstelle, Parkallee 86, erhältlich. Eintritt im Vorverkauf 8,— DM, an der Abendkasse 10,— DM.

Landesgruppe — Im ‚Jahr der Frau' lädt die Landesfrauenreferentin der Landsmannschaft Westpreußen Elisabeth Kayser, alle Landsleute herzlich am 7. November, 19.30 Uhr, ins ‚Haus der Heimat', 2 Hamburg 36, Vor dem Holstentor 2, ein. Die Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete und Wirtschaftssachverständige Birgit Breuel wird sprechen zum Thema ‚Viel Geld geht durch die Hände der Frauen'.

Bezirksgruppen

Farmsen-Walddörfer — Sonnabend, 1. November, 16 Uhr, Zusammenkunft im Vereinslokal des FTV, Berner Heerweg 187b.

Farmsen-Walddörfer — Sonnabend, 29. November, 16 Uhr, Adventsfeier im Vereinslokal des FTV, Berner Heerweg 187 b.

Fuhlsbüttel — Mittwoch, 10. November, 19.30 Uhr, im Bürgerhaus Langenhorn, Tangstedter Landstraße 41, gegenüber U-Bahnhof Langenhorn Markt, Monatszusammenkunft, die der Sudetendeutsche Singkreis Hamburg und die „Eger Schrammeln" gestalten werden.

Lokstedt—Niendorf—Schnelsen — Sonntag, 9. November, 17 Uhr, im Lokal ‚Zur Doppeleiche', Am Tibarg, Lichtbildervortrag über Ostpreußen. Gäste herzlich willkommen.

Wandsbek — Sonnabend, 15. November, 19.30 Uhr, im Kupferkrug, Hamburg 70, Rodigallee, Ecke Kielmannseggstraße, Wurstessen mit anschließendem gemütlichen Beisammensein. Zu diesem Schlachtfest ist Voranmeldung bei Herbert Sahmel, Hamburg 26, Burggarten 17 (Tel. 2 50 44 28 ab 18 Uhr), erforderlich, weil nur 50 Plätze zur Verfügung stehen. Unsere Landsleute sind dazu herzlich eingeladen.

Kreisgruppen

Sensburg — Sonnabend, 15. November, 17 Uhr, im Gesellschaftshaus, Pudlich, Kleiner Schäferkamp Nr. 36, drei Minuten von U-Bahn Schlump und S-Bahn Sternschanze entfernt, gemütliches Beisammensein bei Filmvorführung von ‚Ostpreußen, Mensch und Scholle' vom Landesjugendreferent Dieter Kempa. Am 6. September wurde beim Kreistreffen im Besenbinderhof ein blauer Damenmantel vertauscht. Bitte melden bei Käthe Rohde, 623 Frankfurt (Main) 806, Pfortengartenweg 21.

Frauengruppen

Bergedorf — Dienstag, 4. November, 17.30 Uhr, im Lichtwarkhaus, Bergedorf, trifft sich die Frauengruppe. Gäste herzlich willkommen.

Billstedt — Dienstag, 4. November, 20 Uhr, Zusammenkunft (Handarbeiten) bei Midding, Öjendorfer Weg 39.

Farmsen-Walddörfer — Dienstag, 18. November, 15 Uhr, im Vereinslokal des FTV, Berner Heerweg Nr. 187 b, trifft sich die Frauengruppe. Gäste willkommen.

Fuhlsbüttel — Montag, 1. Dezember, 15.30 Uhr, Treffen zu einer Adventsfeier.

Wandsbek — Donnerstag, 6. November, 19 Uhr, Gesellschaftshaus Lackemann, Hinterm Stern 14, Farblichtbildervortrag über ein im September durchgeführte Reise nach Elbing und ins südliche Ostpreußen. Auch die Herren sind willkommen.

Ostpreußen-Gottesdienst und Gemeindenachmittag in Hamburg — Die Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen lädt ein zu einem Gemeindenachmittag in Hamburg, Sonnabend, 1. November, 15 Uhr Gottesdienst mit heiligem Abendmahl in der Kirche St. Johannis in Eppendorf, Predigt Pastor Weigelt (früher Königsberg). 16.30 Uhr Kaffeetafel im Gemeindehaus. 17.15 Uhr Reisebericht „Wiedersehen mit Ostpreußen" mit Lichtbildern von Pfarrer Gerhard Ehlert (früher Angerburg). Mit dem Abendsegen um 18.15 Uhr endet die Veranstaltung. Kirche und Gemeindehaus sind bequem zu erreichen von den U-Bahn-Stationen Hudtwalckerstraße oder Kellinghusenstraße.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vorsitzender der Landesgruppe: Günter Petersdorf Kiel. Geschäftsstelle: 23 Kiel, Wilhelminenstr. 47/49, Telefon 04 31/4 02 11.

Norderstedt — Dienstag, 11. November, 15 Uhr, Zusammenkunft im Festsaal des Gymnasiums Harksheide, Langenharmer Weg, Vorführung der Filme „Am anderen Ufer" und „Berlin 1945—1970". Unkostenbeitrag 0,50 DM.

NIEDERSACHSEN

Vorsitzender: Werner Hoffmann. West: Fredi Jost, 457 Quakenbrück, Hasestraße 60, Tel. 0 54 31 / 35 17. Nord: Werner Hoffmann, 3112 Ebstorf, Max-Eyth-Weg 3, Tel. 0 58 22 / 8 43. Süd: Horst Frischmuth, 3 Hannover 1, Hildesheimer Straße 119, Telefon Nr. 05 11 / 80 40 57.

Vorstandssitzung der Gruppe Nord — Der erweiterte Vorstand wurde kurzfristig nach Wolfsburg einberufen und vor die Frage gestellt, ob dem Vorschlag der Bundesleitung zugestimmt werden sollte, aus den bestehenden Landesgruppen Nord, Süd und West eine Gesamt-Gruppe zu machen, wobei die Meinungen geteilt waren. In Verfolg des § 4 des von der Bundesleitung vorgelegten Satzungsentwurfs hierfür wurden die Landsleute Hoffmann, Hopp, Freitag, Manthey und Gramsch mit der Fortführung der Diskussion in Zusammenarbeit mit den Gruppen Niedersachsen-West und -Süd beauftragt. Der Vorstand berichtete über die Landesvertretertagung in Berlin sowie über den Kongreß der ostdeutschen Landsmannschaften in Bad Godesberg. Landsmann Hefft berichtete über den Versuch eines Jugendseminars in Buchholz und gab Vorausplanungen für ein Seminar für Junglehrer bekannt. Weitere Diskussionsthemen waren die Verleihung von Urkunden und Ehrenzeichen, die Zusammenarbeit mit der Landsmannschaft Westpreußen-Danzig, die Teilnahme der Jugend am Bundestreffen 1976 in Köln sowie die finanzielle Lage der Landesgruppe.

Niedersachsen-West — Die letzte Sitzung des Gesamtvorstandes der Gruppe Niedersachsen-West der Landsmannschaft Ostpreußen findet am 28./29. November (Freitag/Sonnabend) in der neuen Tagungsstätte des ostpreußischen Mutterhauses Bethanien zu Quakenbrück statt. Zimmer sind für sämtliche Vorstandsmitglieder reserviert. Den Auftakt bildet am Freitag, 28. November, um 20 Uhr eine Landeskulturveranstaltung im Mutterhaus Bethanien, auf der der Jugendreferent von Niedersachsen-West, Franz Tessun, den Farblichtbildervortrag „20 Jahre Kriegsgräberarbeit der Gemeinschaft Junges Ostpreußen in Dänemark" halten wird. Um vollzähliges Erscheinen des Gesamtvorstandes wird gebeten.

Fredi Jost, Vorsitzender

Bramsche — Frauengruppe: Nächste Zusammenkunft am Dienstag, 4. November, um 15 Uhr im Fasanenkrug, Schleptruper Straße. Frau Magnus, Quakenbrück, spricht zum Thema: „Weltweite Leprahilfe — Allgemeine Information und Aufzeigen von Initiativen." Am Dienstag, 2. Dezember, findet eine Busfahrt (an der auch Herren teilnehmen können) zur Orchideenschau nach Stemshorn statt. — Näheres und Anmeldungen bei der Zusammenkunft am 4. November 1975.

Hannover — Heimatgruppe Königsberg: Freitag, 14. November, 19 Uhr, Dorpmüllersaal (Hauptbahnhof), Heimatabend mit Fleckessen, Vortrag des amtierenden Stadtvorsitzenden Dipl.-Ing. Ulrich Albinus und Vorführung von zwei Farbfilmen.

Quakenbrück — Zahlreich waren die Ostpreußenreisenden sowie Freunde dem Ruf gefolgt, um an einem Wiedersehenstreffen in der Artlandsperle zu Quakenbrück teilzunehmen. Vorsitzender Fredi Jost konnte außerdem eine stärkere Abordnung des Mutterhauses Bethanien mit Frau Oberin Hildegard Schirmanski und Pastor Günther Freytag an der Spitze begrüßen. In den einführenden Worten ging Fredi Jost auf die Erntezeit in der Vorkriegszeit ein und betonte, daß Ostpreußen überwiegend landwirtschaftliches Gebiet war. Alle Bevölkerungsteile fühlten das, und die meisten Menschen des Landes nahmen an der Erntearbeit teil, angefangen von den Schuljungens bis zum ältesten Mütterchen. Keiner kann ermessen, was gerade die Ostpreußen in der Erntezeit empfinden. Am schmerzlichsten von diesem harten Schicksal sind betroffen die Bauern, die nie fremdes Brot gegessen haben. Sie hängen an dem Heimatboden der ostpreußischen Erde wie kaum ein anderer Volksstamm, weil sie diese Erde jahrhundertelang gegen fremde östliche Völker verteidigen mußten. In spannender Erwartung nahmen die Reiseteilnehmer die entwickelten Lichtbilder in Farbe auf, die den Weg führten über Frankfurt (Oder), Kolberg, Frauenburg am Frischen Haff, zum russischen Schlagbaum an der Demarkationslinie bei Königsberg, Braunsberg, Elbing, Danzig/Zoppot, Marienburg, Stuhm, Marienwerder, Osterode, Bartenstein, Rastenburg, Lötzen, Dt.-Eylau, Graudenz, Thorn, Posen usw. Der Kulturreferent der Kreisgruppe Cloppenburg, Rektor a. D. Erich Januschkewitz, sprach zur eindrucksvollen bildlichen Darstellung die verbindenden Worte und schilderte Erlebnisse in persönlicher Begegnung mit Landsleuten, die er auf der alten Scholle vor mehreren Jahrzehnten das letzte Mal gesehen hatte. Schatzmeister Hans Link ergänzte diesen Vortrag mit einer Reihe von Bildern. Nach Worten des Dankes durch Fredi Jost wies dieser in seinem Schlußwort auf bevorstehende Veranstaltungen hin. So sind alle Landsleute sehr herzlich eingeladen zum Basar des ostpreußischen Mutterhauses Bethanien am Sonntag, 2. November, der um 14 Uhr seinen Auftakt nimmt. Heimatvertriebene und Heimatverbliebene sollten sich den Farblichtbildervortrag des Jugendreferenen der Ostpreußen von Niedersachsen-West, Franz Tessun, am Freitag, dem 28. November, um 20 Uhr im Mutterhaus Bethanien nicht entgehen lassen, der unter dem Motto läuft „20 Jahre Kriegsgräberarbeit der Gemeinschaft Junges Ostpreußen in Dänemark". Ein zwangloses Beisammensein beschloß den eindrucksvollen Abend des Wiedersehenstreffens.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender der Landesgruppe: Harry Poley, Duisburg. Geschäftsstelle: 4 Düsseldorf, Duisburger Str. 71 Telefon 02 11 / 48 26 72.

Dortmund — Dienstag, 4. November, 19.30 Uhr, Diavortrag von Lm. Löbert, Informationen und Besprechung über Advent.

Essen — Sonntag, 2. November, 16 Uhr, Haus der ev. Kirche in Essen, II. Hagen 7, Feierstunde zum Tag der Heimat: „30 Jahre nach der Vertreibung, 25 Jahre nach der Charta der Heimatvertriebenen."

Hagen — Das traditionelle Erntedankfest in den mit einer prächtigen Erntekrone und Herbstblumen geschmückten Gärtnerstuben war wieder ein voller Erfolg für die Kreisgruppe. Vorsitzender Herbert Gell konnte unter den vielen Gästen auch den Vorsitzenden des BdV-Kreisverbandes, Alfons Kosmider, begrüßen. Kosmider sprach Worte der Erinnerung an den Erntedank, wie er in der Heimat begangen wurde. Aber auch auf die gegenwärtigen Verhältnisse ging der Redner ein. Er unterstrich, daß alle, die im Wohlstand leben, die Verpflichtung hätten, an die Hungernden in der Welt zu denken. Jeder habe Gelegenheit, mit einer Spende etwas für diese Menschen zu tun. Im Mittelpunkt eines folkloristischen Programmes, zusammengestellt von Vera Gelleszat, standen Liedvorträge der Kinder der Familie Gayk. Herzlicher Beifall war Dank und Anerkennung für ihre Mühe. Zum Tanz spielte die Kapelle Robas.

Köln — Die Frauengruppe trifft sich am Dienstag, 4. November, um 14.30 Uhr im Kolpinghaus, Helenenstraße. Frau Lehmann hält einen Vortrag über „Gesund bleiben bis ins Alter". Anschließend findet eine Verteilung verschiedener Werbegaben und eine Gratisverlosung statt. Wir bitten wieder um zahlreiches Erscheinen.

Lüdenscheid — Die Gruppe fährt am Sonnabend, 8. November, mit einem Bus zu einer Veranstaltung zur Nachbargruppe Hemer. — Am 1. Adventssonntag, 30. November, um 15 Uhr, findet der traditionelle „Altchen-Kaffee" in der Kerksig-Halle statt. Bewirtet werden die „Altchen" mit Kaffee und Kuchen. Außerdem wird der Nachmittag durch Gesangseinlagen des Chors „Sangeslust" verschönert.

Münster — Sonnabend, 8. November, 16 Uhr, bei Lühn Filmvortrag „Die Glocke von Friedland". — Frauengruppe: Dienstag, 11. 11., 1.15 Uhr, bei Lühn.

HESSEN

Vorsitzender der Landesgruppe: Otto von Schwichow. 355 Marburg, Heinrich-Schütz-Str. 37, Telefon 0 64 21 - 4 75 84.

Fulda — Die auf der Septemberversammlung der Kreisgruppe beschlossene Sammlung für das Heimkehrerlager Friedland hat einen ungewöhnlich starken und unerwarteten Erfolg gehabt. In einer Woche wurden soviel Sachen (Ober- und Unterbekleidung, Toilettenartikel, Spielsachen) gespendet, daß ein Lastwagen voll im Lager Friedland übergeben werden konnte. Der Vorstand dankt allen Spendern und Helfern herzlich. Als wichtige Erkenntnis für die weitere Arbeit ergab sich folgende Tatsache: Es spendeten nicht nur Mitglieder, sondern auch viele Nichtvertriebene, die sich durch den Zeitungsaufruf angesprochen fühlten. Diese ‚Sympathisanten' für die Landsmannschaft zu interessieren, wird die nächste Aufgabe sein.

Gelnhausen — Daß die Vertriebenen und unermüdliche und harte Arbeit am Wiederaufbau Deutschlands teilnahmen, habe bewiesen, daß diese auf Rache und Vergeltung verzichtet haben. Und wenn man sich in der privaten Wirtschaft die Industrie- und Geschäftsbetriebe in und um Gelnhausen anschaue, könne man mit Stolz und Befriedigung feststellen, daß ein erheblicher Teil davon — seien es Groß-, Mittel- oder Kleinbetriebe — Flüchtlingsbetriebe wären. Dies sagte der Vorsitzende der Kreisgruppe, Hans Heiduschat, anläßlich der Festfeier zum 25jährigen Bestehen. Heiduschat konnte unter den Gästen auch den Vorsitzenden der Landesgruppe Otto von Schwichow, sowie später auch den Vorsitzenden der Sudetendeutschen, Kurt Hermann, begrüßen. Im Rückblick streifte Heiduschat die 25 Jahre und gedachte des Landsmannes Reisch, der die Ost- und Westpreußen um Gelnhausen zusammenrief und mit ihnen eine lockere Gemeinschaft zustandebrachte. Landesvorsitzender von Schwichow dankte denjenigen, die in den vergangenen Jahren tätig gewesen sind und durch die Treue mit dazu beigetragen hätten, die Landsmannschaft zu erhalten. Dann sprach er über Sinn und Zweck der Vereinigung, welchen Erfolg diese gehabt habe und welche Zukunftsaussichten noch vorhanden seien. Ein Ratespiel „Alles für den Letzten" verteilte sich auf den ganzen Programmverlauf und wurde geleitet von Horst Dorka sowie Wolfgang Heiduschat. Ignaz Smarly und Alfons Wichert brachten „Buntes Allerlei". Die Ansage hatte Fritz Kalweit.

BADEN-WÜRTTEMBERG

Vorsitzender der Landesgruppe: Erwin Seefeldt 7417 Urach, Mauchentalstraße 45, Tel. 0 71 25 / 44 25

Landesfrauentagung in Stuttgart — Alle Frauengruppen der Landesgruppe Baden-Württemberg waren nach Stuttgart zu einer Arbeitstagung eingeladen. So trafen sich Frauenleiterinnen und deren Vertreter der einzelnen Gruppen am 18. Oktober in der „Alten Kanzlei", einem renommierten Lokal, im blumengeschmückten Schloßsaal. Frau Odenbach in ihrer Eigenschaft als Landesfrauenleiterin begrüßte herzlich die Bundesfrauenleiterin, Frau Todtenhaupt, Bremen, die westpreußische Bundesfrauenleiterin, Frau Meusel, Düsseldorf, sowie den Landesvorsitzenden Seefeldt, Urach, und die Landesjugendleiterin, Frl. Hemberger, Karlsruhe. Zunächst gab ein Bericht der Landesfrauenleiterin einen Überblick über die derzeitige Situation und die Arbeit im Lande wie in den Gruppen. So erfuhren die Frauenleiterinnen von den Aktivitäten anderer Gruppen, u. a. von Back- und Kochkursen für jungverheiratete Frauen, die auf diese Art mit ostpreußischem Backwerk und Gerichten vertraut gemacht wurden. Frl. Hemberger berichtete über ihre Erfahrungen mit 12- bis 14jährigen. Erstaunlich wäre die Diskussionsfreudigkeit dieser Kinder, ihre Aufgeschlossenheit und ihr Wissen zum heutigen Zeitgeschehen. Es seien erfreuliche Ansätze von Selbstverständnis, die weiter gepflegt werden müssen. In temperamentvoll-betonter Rede schilderte Frau Todtenhaupt die Arbeit aus der Sicht der Bundesebene wie auch ihre eigene Tätigkeit im örtlichen Bereich in Bremen. Sie appellierte insbesondere, das Gespräch über die verlorene Heimat nicht zu vergessen; Erzählungen und Niederschriften seien geeignet, von Kindern und Enkelkindern höchst interessante Wertung zu finden. Aber es sollte auch das staatsbürgerliche Bewußtsein geschärft werden im Sinne richtig verstandener Gesinnung und Berücksichtigung der politischen Haltung der Erlebnisgeneration. Die Mittagszeit war ausgefüllt mit persönlich gehaltenen Gesprächen und erbaulichem Nachbarschaftsgespräch in kleinen Gruppen und gemeinschaftsbetonter Atmosphäre. Schmackhaft zubereitete Königsberger Klopse taten ein übriges: man fühlte sich wie zu Hause. Frau Meusel, die westpreußische Frauenleiterin, trug ihre jüngsten Reiseerlebnisse nach Westpreußen, Danzig, Allenstein und andern Orten in Ost- und Westpreußen vor. Äußerst interessant fand man die gemachten Erfharungen mit dem Auto, per Schiff von Travemünde nach Danzig und die Weierfahrt über unsere ost- und westpreußischen Straßen, den alten, wie den neu gebauten Umgehungsstraßen, wie z. B. bei Pr.-Holland. In lebhafter Diskussion und im weiteren Austausch der Erfahrungen endete das als wohlgelungen zu bezeichnende Treffen verbunden mit einem Dank an die Kreisgruppe Stuttgart mit ihrer Frauenleiterin, Frau Brettschneider, und dem Vors. Muschlien. Der Veranstalter, die Landesgruppe, kann sicher sein, daß die Arbeitstagung gute Früchte tragen wird.

H. Muschlien

Balingen — Zahlreiche Mitglieder und Freunde besuchten im Landjugendheim die beiden ersten Abende der Vortragsreihe „Die geschichtliche Bedeutung Ost- und Westpreußens". Am ersten Abend sprach Carl D. Müller, Neckarsulm, über die Zeit vom 10. bis 15. Jahrhundert, im zweiten Teil berichtete Frau Albrecht, die Leiterin der Frauengruppe, über die folgende Zeit bis zur großen Pest von 1709/10. Am dritten Abend spricht Frau Albrecht über die Ansiedlung der Salzburger und Hugenotten.

Göppingen — Kürzlich hielt die Gruppe ihre gutbesuchte Hauptversammlung ab. Aus dem von H. Rachstein vorgetragenen Geschäftsbericht ging hervor, daß die Arbeit in der Gruppe von Erfolg gekrönt war, wovon in erster Linie zwei Großveranstaltungen Kenntnis geben. Das war einmal die von über 300 Teilnehmern in der Stadthalle Göppingen abgehaltene 25-Jahr-Feier sowie die zweitägige Landesdelegiertentagung der Landesgruppe Baden-Württemberg im Konferenzsaal der Stadthalle, die von über 100 Delegierten aus allen Teilen des Landes beschickt wurde und bei welcher der Cefredakteur des Ostpreußenblatts, Hugo Wellems, aus Hamburg sprach. Die monatlichen Zusammenkünfte der Frauengruppe brachten auch Ausflüge und Besichtigungsfahrten. Der Kassenbericht zeugte von einer soliden Kassenführung. Den bisherigen Vorstandsmitgliedern wurde Dank und Anerkennung ausgesprochen. Das für zwei Jahre geltende Ergebnis der Neuwahlen, die von Heinz Krooss geleitet wurden: 1. Vorsitzender Hellmut Rachstein, Stellvertreter Artur Steinert, Kassenwart Eva Aukschlat, Schriftführer und Jugendarbeit Käte Rachsein, Organisationsleiter Heinz Koerdel, Frauengruppe Hilda Quass. Kassenprüfer bleibt Kurt Hübner. Es wurden ferner fünf Beisitzer hinzugewählt. Der Hauptversammlung voraus ging ein schmackhaftes und bereits zur Tradition gehörendes Fleckessen.

Ulm/Neu-Ulm — Die Frauengruppe trifft sich am Dienstag, 4. November, 15 Uhr, im Hotel „Roter Löwe" in Ulm. — Nächste Monatsversammlung der Kreisgruppe am Samstag, 15. November, 15 Uhr, im Schloßbräustüble, Ulm, Hintere Rebengasse 2. — Advents- und Weihnachtsfeier am Sonntag, 7. Dezember (2. Advent), 15 Uhr, im Saal des Ev. Gemeindehauses der Auferstehungsgemeinde in Ulm-Böfingen.

BAYERN

Vorsitzender der Landesgruppe: Walter Baasner, 8012 Ottobrunn, Rosenheimer Landstraße 124/IV.

Ansbach — Freitag, 7. November, 19.30 Uhr, Frühlingsgarten, Monatstreffen mit Diavortrag über Lovis Corinth. — Frauengruppe: Zusammenkunft an jedem dritten Mittwochnachmittag im Monat im Café Wiener Stuben, Leitung Frau Schamberger.

Augsburg — Samstag, 8. November, 19.30 Uhr, Frundsberg-Keller, Kegelabend. — Mittwoch, 12. November, 15 Uhr, Frauennachmittag im Ratskeller, Elias-Holl-Stuben.

Gundelfingen — Der für den 8. November vorgesehene Lichtbildervortrag über eine Reise nach Masuren (mit 200 Bildern) muß auf Sonnabend, 15. November, 20 Uhr, im Gasthaus zum Schützen verlegt werden.

Rosenheim — Unter dem Motto „Unsere Wege kreuzten sich" las Lm. Erwin Rogalski aus Werken ostpreußischer Dichter und Schriftsteller, denen er im Laufe seiner langen journalistischen Tätigkeit begegnete, so Fritz Kudnig, Walter Scheffler, Erwin Bink, Ruth Maria Wagner, Hans-Ulrich Stamm, Joachim Pichowski, Carl v. Lorck und Erwin F. Kaffke. — Bei der Mitgliederversammlung im November soll die neue Serie „Lovis Corinth" gezeigt werden. Im Dezember reitet der Schimmelreiter ein, im Januar und Februar sollen ostpreußischer Humor und ostpreußisches Musikleben behandelt werden.

Tutzing — Samstag, 1. November, 18.30 Uhr, Tutzinger Keller, Vortrag über eine Reise ins klassische Griechenland, anschließend Lungwurstessen.

Beilagenhinweis



Der Bücherschrank

Unser Bücherschrank ist weder eine Buchhandlung noch ein Antiquariat. Alle angezeigten Titel sind jeweils nur in einem Exemplar vorhanden. (Für Buchwunsch genügt eine Postkarte mit deutlicher Absenderangabe; bitte kein Telefonat). — Weiteres darüber finden Sie in unserer ständigen Rubrik „Die Ostpreußische Familie". Folgende Spenden sind abrufbereit:

Theodore Dreiser: **„Eine amerikanische Tragödie"** (Roman). — Horst Wolfram Geißler: **„Frau Mette"** (Roman). — Maila Talvio: **„Die fröhlichen Frauen der Festung"** (Roman a. d. Finnischen). — **„Kunst im täglichen Leben"** (Ausgabe 1866). — Eckart v. Naso: **„Seydlitz"** (Roman). — Alfred Schwankl: **„Kleine Holzfachkunde"** (Sachbuch). — Olav Gullvaag: **„Die Sigurd-Saga"** (Roman a. d. Norwegischen). — Ernest Hemingway: **„Der alte Mann und das Meer"** (Erzählung). — Hans Hellmut Kirst: **„Keiner kommt davon"** (Zeitroman). — Rudolf Stratz: **„Montblanc"** (Bergroman). — Mary Scott: **„Lauter reizende Menschen"** (heiterer Roman). — Katia Mann: **„Meine ungeschriebenen Memoiren"**. — Christine Brückner: **„Letztes Jahr auf Ischia"** (Roman). — Hans Friedrich Blunck: **„Von Geistern über und unter der Erde" (Märchen)**. — Christian Rietschel: **„Der schöne Glanz"** (Advents- und Weihnachtssitten). — Hugo Burath: **„August Klingemann und die deutsche Romantik"**. — Rudolf Herzog: **„Kameraden"** (Roman). — Kathryn Hulme: **„Geschichte einer Nonne"** (Roman). — Arthur Miller: **„Brennpunkt"** (Roman). — **„Vor der langen Zeit"** (Weihnachtserzählungen aus aller Welt). — Friedrich v. Gagern: **„Das nackte Leben"** (Roman). — Leo Wispler: **„Spiel im Sommerwind"** (Roman). — Tania Blixen: **„Die Träumer"** (u. andere Erzählungen). — **„Hausbuch für die deutsche Familie"**. — Kurt Arnold Findeisen: **„Der östliche Traum"** (Roman). — Ludwig Anzengruber: **„Der Sternsteinhof"** (Roman). — Hans Magnus Enzensberger: **„Allerleirauh"** (Gesammelte Kinderreime). — Pearl S. Buck: **„Lebendiger Bambus" (Roman)**. — Horst Rüdiger (Herausg.): **„Griechische Gedichte"**. — Erich Gimpel: **„Spion für Deutschland"**. — Erskine Caldwell: **„Gewisse Frauen"** (Roman). — Helmut Thielicke: **„Zwischen Gott und Satan"**. — Peter Purzelbaum: **„Starker Toback"** (u. anderer Jagdhumor). — Anne Sinclair Mehdevi: **„Don Chato und die tröstlichen Lügen"** (Roman). — Hans Christian Andersen: **„Nur ein Spielmann"** (Roman). — Dimitris Chorafas: **„Verdummt Europa?"** (Ausverkauf unserer Intelligenz). — Gertrud von le Fort: **„Der Papst aus dem Ghetto"**.

Aus den ostpreußischen Heimatkreisen . . .

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.

Gumbinnen

Kreisvertreter: Dipl.-Ing. Dietrich Goldbeck, 48 Bielefeld 14, Winterberger Straße 14, Tel. 05 21 / 44 10 55.

Stadtverwaltungsrat a. D. Fritz Broszukat † — Am 10. Oktober 1975 verstarb in Schleswig im Alter von 79 Jahren unser verehrter und beliebter Mitbürger, Stadtverwaltungsrat a. D. Fritz Broszukat, Ehrenmitglied der Kreisgemeinschaft Gumbinnen und langjähriges Mitglied des Kreistages und Kreisausschusses. Mit ihm ist einer der wenigen überlebenden leitenden Beamten unserer Stadt dahingegangen. Von Jugend auf in ihrer Verwaltung tätig und während seiner Laufbahn in allen wichtigen Dienstzweigen erfahren, konnte er als wohl bedeutendster Sachkenner der Gumbinner städtischen Verhältnisse gelten. So geschätzt er wegen seiner fachlichen Befähigung und der von ihm verkörperten preußischen Beamtentreue bereits in seiner Stellung als Leiter der Stadtverwaltung war, so außerordentlich wichtig wurde nach der Vertreibung sein uneigennütziger Einsatz für die Kreisgemeinschaft Gumbinnen, die er mitbegründet hat. Von Anfang an war er in ihr als Nachfolgekörperschaft der Gumbinner Verwaltung vielfältig tätig und leistete ihr so bis zuletzt unschätzbare Dienste als Mitarbeiter und Berater auf allen Gebieten. Mit seinen Kenntnissen und seinem sicheren Urteil half er, soviel er konnte. Bekannt sind seine wertvollen Beiträge zur Dokumentation und seine gutachtliche Tätigkeit für die Heimatauskunfsstelle. Die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft an diesen besonders verdienten Mann im Rahmen der 250-Jahr-Feier seiner Heimatstadt Gumbinnen 1974 konnte nur ein kleiner und bescheidener Dankesausdruck seiner Mitbürger für seine lebenslange Tätigkeit in ihrem Dienste sein. Was die Gumbinner durch sein Hinscheiden verloren haben, ist kaum zu ermessen. Wir trauern um einen Mann, dem in der Geschichte unserer Stadt und unserer Kreisgemeinschaft ein besonderer Platz gebührt. Ehre seinem Andenken!

Hans Kuntze, Kreisältester — Dietrich Goldbeck, Kreisvertreter

Sonntag, 2. November — Letzte Erinnerung und Einladung zur Teilnahme am Kreistreffen für die Gumbinner im Ruhrgebiet im städtischen Saalbau, Recklinghausen, Beginn (Saalöffnung) 10 Uhr. Lesen Sie bitte die Einzelheiten über das Programm im Ostpreußenblatt der vergangenen Woche nach und kommen Sie mit Ihren Familien zu dieser letzten diesjährigen Gumbinner Veranstaltung.

Treffen der ehemaligen Cecilienschülerinnen und Friedrichsschüler — Nach Ablauf der Sommerpause und Durchführung des Kreistreffens für die Gumbinner in Norddeutschland findet die nächste Zusammenkunft der „Ehemaligen" am 7. November 1975, 15.30 Uhr, in Hamburg, Dammtorbahnhof, Bahnhofsgaststätte (Uniklause), statt. Zu diesem 13. zwanglosen Beisammensein sind wieder alle Gumbinner aus Hamburg und Umgebung herzlichst eingeladen.

Heiligenbeil

Kreisvertreter: Georg Vögerl, 1 Berlin 41 (Steglitz) Buggestraße 6, Telefon: 0 30 / 8 21 20 96.

„Der Kreis Heiligenbeil", ein ostpreußisches Heimatbuch, von Emil Joh. Guttzeit, wird in einigen Wochen erscheinen. Glücklicherweise haben viele Landsleute das Buch bestellt und mit dem Vorzugspreis von 30,— DM bezahlt. Diesen Landsleuten wird das Buch zugestellt werden. In der langen Zwischenzeit wird sich hier und da die Anschrift verändert haben. Deshalb bitten wir diese Landsleute ihre jetzige richtige Anschrift sofort mitzuteilen an: Emil Kuhn, 2 Hamburg 61, Paul-Sorge-Straße 141 c, Telefon 0 40 / 5 51 15 71. Das Heimatbuch ist wesentlich umfangreicher geworden, es enthält neben der beigefügten Karte des Kreises Heiligenbeil 240 Abbildungen innerhalb der nahezu 800 Textseiten. Wegen der ständig gestiegenen Kosten im grafischen Gewerbe beträgt der Preis des Heimatbuches einschließlich der Verpackungs- und Versandkosten 69,80 DM. Unsere Landsleute werden gebeten, das Buch nicht bei der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil, sondern ausschließlich bei der Verlagsbuchhandlung Gerhard Rautenberg in 2950 Leer (Ostfriesland), Postfach 909, zu bestellen. Dasselbe gilt auch für die Landsleute, welche das Buch zwar bestellt, aber nicht bezahlt haben. Um eine Lieferung zum Weihnachtsfest zu gewährleisten, wird eine sofortige Bestellung bei der Firma Rautenberg empfohlen. Das aufschlußreiche Werk stellt eine dokumentarische Bestandaufnahme unseres gesamten Kreises Heiligenbeil dar und läßt uns unsere Heimat mit ihrer schönen Landschaft, ihrer reichen Geschichte, ihrer hochstehenden deutschen Kultur u. a. von neuem erkennen und erleben. Das Heimatbuch eignet sich recht gut als Geschenk zu Weihnachten und zu sonstigen festlichen Anlässen.

E. K.

Königsberg-Stadt

Amtierender Stadtvorsitzender: Dipl.-Ing. Ulrich Albinus, 53 Bonn. Geschäftsstelle: 4 Düsseldorf, Bismarckstraße 90, Telefon 02 11 / 35 03 80

Bessel-Schulgemeinschaft — Anläßlich des 110. Jubiläums der Bessel-Ober(real)schule trafen sich vom 10. bis 12. Oktober ehemalige Lehrer und zahlreiche frühere Schüler mit ihren Angehörigen. Der Vorstand (Vorsitzender Prof. Dipl.-Ing. Benno Rappöhn, 6331 Nauborn, Westergrund 18, Telefon 0 64 41 - 2 36 96), hatte wieder eine umfangreiche Veranstaltungsfolge zusammengestellt, deren einzelne Teile ebenso wie das Treffen selbst ungeteilten Beifall fanden. Besonders erwähnt seien eine Besichtigung der Innenstadt Wetzlar und ein festlicher Abend mit Tanz und Tombola. Höhepunkt und Ausklang war die „Traditionelle Schulstunde", abgehalten von Prof. Dr. Eisenack und umrahmt von einem Ostpreußenfilm. Daß während des Treffens alte Freundschaften aufgefrischt und neue geschlossen wurden, versteht sich von selbst. Die „Ehemaligen" konnten zu ihrer großen Freude in ihrem Kreise wiederum ihre hochbetagten Lehrer, Oberstudiendirektor a. D. Dehnen als ihren Ehrenvorsitzenden und Prof. Dr. Eisenack, begrüßen. Auch die Geschäftssitzung, während der der Vorstand bestätigt wurde, zeigte in der Harmonie dieser Gemeinschaft, daß im Hause an der Glaserstraße ein guter Geist geherrscht hat. Das nächste Treffen soll im Herbst 1977 wieder in Wetzlar stattfinden.

Hufengymnasium — Zum diesjährigen Schultreffen waren etwa 150 Teilnehmer nach Wiesbaden gekommen. Bereits der Begrüßungsabend am Freitag war gut besucht. Sonnabend waren die Hauptveranstaltungen. Vormittags brachte das Motorschiff „Manz" bei strahlendem Sonnenschein die ehemaligen Mitschüler mit ihren Angehörigen bis zu den alten Burgen bei Aßmannshausen. Nachmittags schloß sich ein Ausflug nach Kloster Eberbach an, wo nach Besichtigung der bis in das 12. Jahrhundert zurückreichenden Bauten eine stimmungsvolle Weinprobe stattfand. Im Mittelpunkt des Festabends im Hotel Blum standen nach gemeinsamem Abendessen ein Vortrag des ältesten Mitschülers, Dr. Ernst Wermke (82), „Streifzüge durch die Geschichte Ost- und Westpreußens" sowie ein Lichtbildervortrag von Horst Henke über seine Ostpreußenreise 1974. Als Sondermeldung wurde bekanntgegeben, daß unser Mitschüler, Dr. med. Siegfried Hofmann, Frankfurt, (Abitur 1939), am 30. September einen neuen Weltrekord im Motorsegelflug mit einer Höhe von 6900 m über NN in Innsbruck aufgestellt hat. Am Sonntagvormittag vereinte noch einmal ein Frühschoppen die Tagungsteilnehmer, bevor es heimwärts ging mit dem Wunsch eines weiteren Treffens im nächsten Jahr.

Labiau

Kreisvertreter: Hans Terner, Rotenburg. Geschäftsstelle: Hildegard Knutti, 2240 Heide, Naugarder

Superintendent i. R. Anton Doskocil † — Tief bewegt uns der Tod unseres Superintendenten, der nach einem erfüllten Leben im Alter von 91 Jahren verstarb. Wir verlieren mit ihm auch den letzten Seelsorger unseres Heimatkreises. Anton Doskocil wurde am 3. Dezember 1884 als Sohn eines Apothekers in Merunen, Kreis Treuburg, geboren. Seine vier Brüder hat er überlebt. Der Familienname stammt aus Böhmen. Nach Besuch des Fridericianums in Königsberg mit Reifeprüfung im Jahre 1906 absolvierte er das Theologiestudium an der Albertina in Königsberg, und legte die erste theologische Prüfung ab. Die zweite erfolgte 1908 nach Besuch des Predigerseminars in Wittenberg (Westpreußen). Darauf folgte die Ordination. In jener Zeit, da er Hilfsprediger in Braunsberg war, heiratete er seine Frau Elise, geb. Kurella. Aus der Ehe gingen zwei Töchter und drei Söhne hervor. Ein Sohn ist im Zweiten Weltkrieg gefallen. Zu weiteren Stationen wurden Kleschowen, Kreis Ebenrode, und für längere Zeit Tharau im Kreis Pr.-Eylau. Im Jahre 1932 wurde Anton Doskocil zum Superintendenten in Labiau berufen, einem Amt, daß er in großer seelsorgerischer Pflichterfüllung erfüllte, war auch die Ausweitung des evangelischen Kindergartens durch ihn bestimmt. Es bedeutete bis 1945 auch einen Zeitabschnitt, der von Aufstieg und Niedergang des Dritten Reiches geprägt war. Immer hat uns mit hoher Dankbarkeit erfüllt, daß sich Anton Doskocil mit großer Liebe der Förderung unseres Heimatmuseums im Ordensschloß widmete. Über die Grenzen des Labiauer Kreises wurde er neben den Forschungen der Bedeutung unserer Ortsnamen, dem Lebensbild des Ännchen von Tharau, besonders Untersuchung über die Kuren als Urbevölkerung um das Kurische Haff bekannt. Dieses Schrifttum ist uns nur teilweise erhalten geblieben, dagegen können wir dankbar sein, daß einige zeichnerische Studien über charakteristische Volkstypen des Kreises Labiau erhalten sind. Es ist zu erwähnen, daß mehrere einige Hundert Bilder von seinem großen Talent als Freizeitmaler zeugen, und er im hohen Alter in Paris ein Malerdiplom erhielt. Nach der Flucht bekam er zunächst einen Auftrag des Landesbischofs in Ohrdorf, Kreis Gifhorn, und übernahm 1948 eine Pfarrstelle an der Paul-Gerhard-Kirche in Hamburg-Wilstorf. Große Würdigung verdient sein Wirken nach der Pensionireung als Seelsorger am allgemeinen Krankenhaus Harburg. In hohem Alter führte ihn eine Reise nach Israel. Nach 1971 hatte er Buxtehude zum Altersruhesitz gewählt und sich sowohl theologischer Literatur als auch Kunstgeschichte gewidmet. Wir erinnern uns, daß er während der Labiauer Zeit auch Beauftragter für Kirchenkunst in Ostpreußen war. Fast alle Kirchen im nördlichen Ostpreußen sind verfallen oder entweiht. — Wir Labiauer durften anläßlich unserer ersten Heimattreffen erfahren, daß er uns bei Gottesdiensten in Hamburger Kirchen Trost und Kraft gab, das schwere Schicksal zu tragen. Mit höchster Ehrerbietung gedachten wir vor Jahren nicht nur des seltenen 60jährigen Ordinationsjubiläums, sondern auch der Diamantenen Hochzeit. Im August dieses Jahres entsprach es seinem Wunsch nach Otterndorf zu fahren, und den Gedenkstein zu betrachten. Als des ehrenwertesten Besuches werden wir uns seiner Besichtigung unserer Heimatstube erinnern. An der Abschiedsfeier, zwei Tage vor unserem Kreistreffen, konnte auch ein kleiner Kreis ostpreußischer Landsleute teilnehmen. Ich legte mit Worten tiefempfundenen Gedenkens für alle Labiauer am offenen Grab ein Rosengebinde nieder. Seiner Gattin und Familie gilt unsere höchste Anteilnahme.

Hans Terner, Kreisvertreter

Lyck

Kreisvertreter: Hellmut Rathke, 239 Flensburg, Postfach 496, Tel. 04 61 / 3 70 33 und 04 61 / 3 62 66.

Meine lieben Landsleute aus dem V. Bezirk des Kreises Lyck! Im Namen unseres Freundes, Pfarrer Dietz, lade ich Sie alle herzlich zu der Einweihung des neuen Gemeindehauses mit dem „Grabnick-Saal" am Sonntag, 2. November, um 14.30 Uhr nach Egenroth (Taunus) ein und hoffe, daß vor allem unsere Angehörigen aus dem Kirchspiel Grabnick in großer Zahl diesem Ruf Folge leisten werden. In der Kirche hängt seit mehr als 20 Jahren unsere zweite Kirchenglocke aus dem Gußjahr 1661 als Patenglocke. Vielen, ich möchte sagen den meisten, von uns hat sie bei der Taufe, Konfirmation, Eheschließung, bei den heiligen Abendmahlen und unseren Vorfahren und verstorbenen Verwandten auf ihrem letzten Gang die Stimme zum Ruhme unseres Herrn erschallen lassen. Es ist daher eine Ehrenpflicht für jeden von uns, auch der Einladung zur Einweihung des „Grabnick-Saales" im neuen Gemeindehaus nachzukommen und damit unserer Heimat einen Ehrendienst zu erweisen. Ich würde mich freuen, Sie schon zum Sonntaggottesdienst begrüßen zu dürfen. Wegen Quartierwünsche wenden Sie sich bitte an Herrn Pfarrer Friedrich Dietz, 6209 Heidenrod 12, Pfarrhaus Egenroth. Vsl. werde ich auch die drei Nachkriegsheimatfilme dort vorführen.

Heinz-Georg Kondoch

Ortelsburg

Kreisvertreter: Max Brenk, Bad Pyrmont, Geschäftsstelle: Ernst Birkwald, 4930 Detmold, Postfach 644. Weg 6, Telefon (04 81) 37 57

Kreistreffen in Essen — Ein klarer Herbstsonntag erfreute die Ortelsburger zu ihrem Kreistreffen in der Essener Grugahalle. Schon vom frühen Vormittag an strömten die Teilnehmer in die riesenhafte, sorgfältig geschmückte Halle, wo fast 3000 Landsleute ihr Wiedersehen in heimatlicher, gemütlicher Atmosphäre verleben konnten. Der Tag stand unter dem Leitwort „Brücke zur Heimat". Kreisvertreter Max Brenk begrüßte die vielen Gäste und seine Ortelsburger, die aus allen Gegenden Deutschlands gekommen waren. Er dankte der bisherigen Patenstadt Wanne-Eickel für ihre langjährige, hilfreiche Verbundenheit und Treue zu den Ortelsburgern. Infolge der Städtezusammenlegung Wanne-Eickel/Herne sei jedoch in diesem Jahr das neue Patenschaftsverhältnis Neu-Herne/Kreis und Stadt Ortelsburg entstanden. Er sprach im Namen seiner Landsleute die Hoffnung aus, daß diese neue Verbindung ebenso fest und voll des gegenseitigen Vertrauens sein möge. Als besonders schönen Beweis tatkräftiger Unterstützung durch die bisherige Patenstadt erwähnte er die Einrichtung und Ausgestaltung der „Heimatstube Ortelsburg" in Wanne-Eickel (jetzt Herne 2), die auch künftig eine viel besuchte Stätte der Begegnung und heimatlichen Verbundenheit bleiben soll. Oberbürgermeister Urbanski überbrachte die Grüße der neuen Patenstadt Herne und bekräftigte seinerseits den Wunsch nach einer gegenseitigen guten und erfolgreichen Zusammenarbeit. Der Vorsitzende des BdV, Kreisverband Essen, Albert Nitsch, zeigte in seiner eindrucksvollen Rede den weiten Weg der Vertriebenen, seit sie ihre Heimat verloren. „Vergangen sind 30 Jahre seit der Vertreibung", so sagte Nitsch, „und 25 Jahre seit der Verkündung der Charta der Vertriebenen, fast die Zeit einer Legendenbildung. Die Vertriebenen haben alle Forderungen in Treue erfüllt. Aber auf der anderen Seite bleiben die Fragen offen." Den musikalischen Rahmen für die Feierstunde schuf der Männergesangverein „Quartett-Verein Mettmann 1901 e. V." unter Leitung von Musikdirektor Karl Winnenberg. Dieser großartige Chor erntete außerordentlichen Beifall. Leonore Gedat vom WDR Köln und der Deutschen Oper Düsseldorf, seit vielen Jahren der Kreisgemeinschaft Ortelsburg freundschaftlich verbunden und als Rezitatorin ostpreußischer Mundart nicht nur den Ortelsburgern bestens bekannt, war an der Programmgestaltung hervorragend beteiligt. Nach dem gemeinsam gesungenen Lied „Land der dunklen Wälder" hörte jeder voller Ergriffenheit die Worte: „. . . Steht ein Haus im Osten, verlassen in schweren Träumen . . . Wo sind seine Menschen? Irgendwo? Wo ist ihre Heimat? Nirgendwo? . . . Die Antwort steht offen." Nicht vergessen wurde der Erntedank für diesen reichen Sommer mit dem Spruch der Bäckerglocke im Kölner Dom: „Ihr Völker der Erde, dies sei euch Gebot: bewahret den Frieden, und damit das Brot!" Geschickt leitete Frau Gedat dann vom besinnlichen zum heiteren Teil über und erfreute mit gut ausgewählten und gekonnt vorgetragenen ostpreußischen Späßchen die Besucher. Donnernder Applaus zeigte ihr, wie sehr sie sich die Herzen ihrer Zuhörer erobert hatte. Die Feierstunde wurde mit dem gemeinsam gesungenen dritten Vers des Deutschlandliedes beendet. Noch bis zum Abend blieben alle in Gesprächen mit Freunden und Bekannten zusammen, wobei Erinnerungen ausgetauscht und von Besuchern der Heimat Berichte mit Bildmaterial gegeben wurde.

Passenheimer Schülertreffen in Essen — Wie immer fand am Vorabend des Ortelsburger Kreistreffens, erstmalig im Hotel Scheidegg in Essen, das Passenheimer Schülertreffen statt. Es waren etwa 40 bis 50 Personen anwesend. Terminlich bedingt mußten leider einige unserer „Getreuen" absagen, was alle Anwesenden sehr bedauert haben. Trotzdem war es wieder ein harmonisches Beisammensein, und wir sagen allen Dank, die zu seinem Gelingen beigetragen haben. — Unsere Bitte geht an alle Passenheimer, künftig dieses Treffen, das, wie gesagt, in jedem Jahr am Vorabend des Kreistreffens stattfindet, propagandistisch zu unterstützen, damit recht viele daran teilnehmen. Obwohl der Termin des Kreistreffens lange vorher aus dem Ostpreußenblatt zu ersehen ist, gehen von uns noch gesonderte Einladungen heraus. „Auf Wiedersehen" im nächsten Jahr sagen Hans Petry und Heinz Lork.

Treffen der Ortelsburger Turnerfamilie — Zum vierten Male seit der Vertreibung trafen sich die Vereinsmitglieder der Ortelsburger Turnerschaft von 1861 am Wohnsitz ihres hochgeschätzten, nunmehr 85jährigen Vorsitzenden Friedrich Salzmann in Holzminden und erlebten in der Zeit schöne und genußreiche Stunden des Wiedersehens und der Erinnerung, einige der Teilnehmer nach 30 Jahren zum erstenmal. Trotz seines hohen Alters ließ es sich Friedrich Salzmann nicht nehmen, das Treffen zu organisieren und an seiner Durchführung regen Anteil zu nehmen. Er hatte die Freude, neben seinen Turnfreunden auch die Mitglieder des Ost- und Westpreußenchors unter der Leitung von Frau Achenbach und die örtlichen Vertreter des Ost- und Westpreußenvereins an der von ihm gespendeten Kaffeetafel in den Bahnhofsgaststätten begrüßen zu können. Nach gekonnt vorgetragenen Gesängen des Chors gedachte der frühere Oberturnwart Gustav Gorontzi, Osnabrück, in einer würdigen Feier der inzwischen verstorbenen Vereinsmitglieder. In einem Referat „30 Jahre danach", das mit großem Beifall aufgenommen wurde, hielt er Rückschau auf die schicksalhafte Vergangenheit und versuchte einen Blick aus unserer verworrenen Zeit in die Zukunft zu tun. Ein geselliger, mit ostpreußischem Humor gewürzter Abend im Hotel Tannenhof", eine Stadtbesichtigung am Sonntagvormittag und eine Busfahrt am Nachmittag zu den Keramikwerkstätten in Fredelsloh und zum Ausflugsort Lippoldsberg im Solling erweiterten das gemeinsame Erlebnis und leiteten zu einem zweiten Kameradschaftsabend über, an dem u. a. Berichte der Teilnehmer über Urlaubsreisen in die ostpreußische Heimat im Vordergrund standen. Am Montagvormittag aber hieß es wieder Abschied nehmen, jedoch nicht ohne am freundlich gespendeten Umtrunk des Turnbruders Friedrich Salzmann in seinem Domizil in der Bebelstraße teilgenommen zu haben. Das nächste Treffen soll Anfang Mai 1977 wieder in Holzminden stattfinden, wozu Einladungen durch die Turnkameraden Gorontzi und Kaschewski erfolgen werden.

Osterode

Kreisvertreter: Hans Strüver, 333 Helmstedt, Schützenwall 13, Telefon 0 53 51/3 20 73.

Kreisausschußsitzung — Am 12. Oktober fand in Ahrensburg eine Sitzung des erweiterten Kreisausschusses statt, von der die wichtigsten Punkte mitgeteilt werden. Nach Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 2. August wies Lm. Strüver darauf hin, daß mit der Entscheidung des Finanzamtes über die Anerkennung der Gemeinnützigkeit unserer Kreisgemeinschaft in Kürze zu rechnen sei. Diese Erklärung ist notwendig, da einige Städte jetzt gebührenfreie Auskunft aus dem Personenstandsregister nur bei Vorlage einer solchen Bescheinigung erteilen; außerdem können wir dann Spendenbescheinigungen unmittelbar und ohne Zeitverlust den Spendern übersenden. Die Kreistreffen 1975 waren erfolgreich verlaufen. Auch 1976 werden wir wieder Kreistreffen in Hamburg, Pforzheim, Osterode am Harz und Recklinghausen abhalten; hierfür wurde ein Zeitplan aufgestellt, so daß nunmehr wegen Bereitstellung der Trefflokale verhandelt werden kann. Sobald wie möglich werden die Termine für unsere vier Kreistreffen im Ostpreußenblatt veröffentlicht. Das 650jährige Bestehen der Stadt Gilgenburg soll besonders herausgeseilt werden; von den Ordenssiedlungen im Kreis Osterode erhielt Gilgenburg 1326 als erste durch Verleihung der Handfeste das Stadtrecht. Ausführlich wurde über den Stand der Arbeiten am Kreisbuch gesprochen. Mehrere Kapitel liegen jetzt fertig vor; an den anderen wird eifrig und im Hinblick auf den dokumentarischen Wert mit besonderer Sorgfalt gearbeitet. Die Materialsuche erbrachte kürzlich das letzte deutsche amtliche Ortschaftenverzeichnis des Kreises mit verschiedenen näheren Angaben; dieses Verzeichnis wird für unser Buch verwertet. Es besteht auch Hoffnung, noch die sehr wichtigen Einzelergebnisse der Abstimmung von 1920 zu erhalten. Schatzmeister Kuessner berichtete über die Kassenlage; Einnahmen und Ausgaben verlaufen wie geplant und die Einzelansätze des im Frühjahr beschlossenen Haushaltsplanes 1975 haben sich als richtig erwiesen. Kreisvertreter Strüver berichtete von dem zur Zeit in unserer Patenstadt laufenden Jugendseminar, an dem er einen Tag teilgenommen hatte; das Programm habe unser Jugendbeauftragter Lm. A. v. Stein besonders interessant gestaltet und der gute Besuch bekunde das zunehmende Interesse unserer Jugend an diesen Veranstaltungen.

Tilsit-Stadt

Stadtvertreter: Dr. Fritz Beck. Geschäftsstelle: Rudolf Suttkus, 23 Kiel 1, Muhliusstr. 70, Tel. 04 31 / 3 45 14.

Traditionsgemeinschaft des Tilsiter Sport-Clubs: Der Arbeitsausschuß der Traditionsgemeinschaft des Tilsiter Sport-Clubs gibt allen Sportlerinnen und Sportlern zur Kenntnis, daß der Rundbrief der Stadt Tilsit für 1975 sowie ein zusätzliches wichtiges Rundschreiben des Tilsiter Sport-Clubs mit wichtigen Hinweisen für das nächste Treffen im Mai 1976 im Sporthotel zu Barsinghausen in der ersten Dezemberhälfte zugestellt werden. Das gilt auch für Mitglieder des MTV Tilsit, die sich in der Zwischenzeit der Traditionsgemeinschaft des TSC angeschlossen haben und für die der Turner Horst Friedrich aus Gießen verantwortlich zeichnet.

Fredi Jost, Vorsitzender

Treuburg

Kreisvertreter: Theodor Tolsdorff, 56 Wuppertal-Barmen, Hohenzollernstraße 18.

Liebe Treuburger! Endlich kann ich Ihnen genauere Angaben über unser nächstes Kreistreffen in Opladen machen. Durch Umverlegung des Kreises Opladen in den Großraum Leverkusen ist unsere Patenstadt zu Leverkusen gekommen. Da Leverkusen jetzt die Stadthalle umbaut, war ein Termin für das diesjährige Treffen zu erhalten nicht möglich. Nach längeren Verhandlungen sind wir, nach Rücksprache mit der Landsmannschaft Ostpreußen, dazu gekommen, das Treffen auf den nächstmöglichen Termin nach der Fertigstellung der Räume festzusetzen. Die Umbauten sind nach unsern Orientierungen bis Weihnachten abgeschlossen. Da aber in der Gegend nach Weihnachten die Termine für Karnevalsveranstaltungen ausgebucht sind, können wir unser Treffen entweder am 21. März 1976 oder am 28. März 1976 machen. Kurz vor Weihnachten werden wir im Ostpreußenblatt den genauen Termin bekannt geben. Ich bitte daher, das Blatt vor Weihnachten genau zu lesen. Es tut mir leid, erst jetzt einen klaren Bescheid geben zu können, es war vorher nicht möglich. Richtet Euch bitte auf den Termin ein.

Euer Theo Tolsdorff

Bald ist Weihnachten und unsere Chronik ist ein wunderbares Geschenk, für unsere Kinder eine Erinnerung an ihren Geburtsort — für uns Ältere eine Erinnerung an die Heimat und die schönsten Jahre unseres Lebens. Ich selbst lese mich jedes Mal fest, wenn ich das Buch in die Hand nehme. — Dann unser Bilderalbum. Es ist ein voller Erfolg und bringt vielen Menschen Freude — ganz wie es gedacht war. Nun möchte ich alle Treuburgfahrer bitten, nur Bilder dafür von ihren Reisen zur Verfügung zu stellen, damit man die laufenden Veränderungen von Jahr zu Jahr festhalten kann. Und noch eine Bitte: Wenn irgendwo Klassentreffen organisiert werden, schicken Sie uns doch bitte einen kurzen Bericht darüber. Vielleicht können sich andere eine Anregung daraus holen.

H. Kowitz, Geschäftsführer
2418 Ratzeburg, Schrangenstraße 21

Feierstunde für Hans-Ludwig Loeffke

Eine Gedenkstunde für den vor fast einem Jahr verstorbenen Gründer und Leiter des Ostpreußischen Jagdmuseums, Forstmeister a. D. Hans-Ludwig Loeffke, veranstaltet der Lüneburger Kreisverband des Bundes der Vertriebenen am Mittwoch, 19. November (Buß- und Bettag), 18 Uhr, im Vortragsaal der Musikschule Lüneburg, An der Münze 7 (Nähe Rathaus). Leben und Werk Hans-Ludwig Loeffkes würdigt Dr. Müller-Sternberg, danach spricht Prof. Dr. Schoeps, Ordinarius für Religions- und Geistesgeschichte an der Universität Erlangen-Nürnberg, über „Preußen — gestern und morgen".

Gasteltern für Schüler

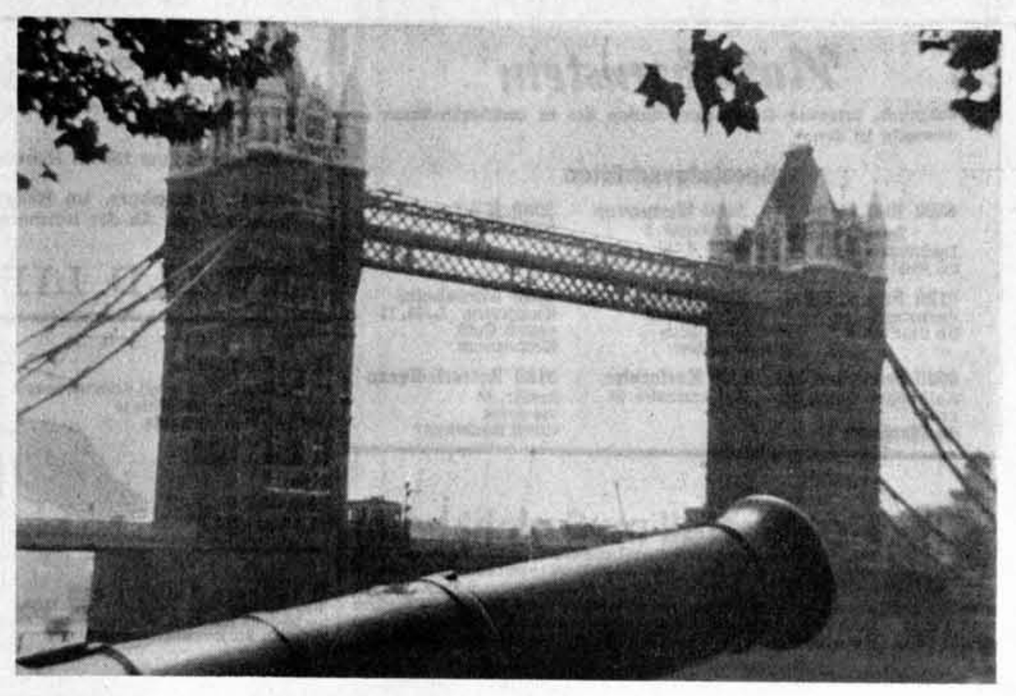
DJO organisiert Europabesuch für chilenische Schüler

Seit fünf Jahren schon sind jährlich viele Schüler der deutschsprachigen Gymnasien in Chile daran interessiert, an einem Studienaufenthalt in der Bundesrepublik, Österreich oder der Schweiz teilzunehmen. In die Bundesrepublik wollen die chilenischen Jugendlichen, deren Eltern zum Teil gebürtige Deutsche sind, nicht nur, um ihre deutschen Sprachkenntnisse zu verbessern, sondern sie möchten auf diesem Wege das Land ihrer Eltern und Großeltern kennenlernen. Ihnen liegt außerdem daran, durch die Aufnahme in einer Gastfamilie ein Gefühl der Verbundenheit zu unserem Kontinent zu bekommen. Die Schweiz bietet den Austauschschülern die Gelegenheit, die Fremdsprache, die sie in der Schule gewählt haben, auch anzuwenden.

Die Mädchen und Jungen aus Chile sind im Alter zwischen 16 und 18 Jahren und möchten für dreieinhalb Monate von Gasteltern aufgenommen werden. Noch im selben Jahr oder im Jahr darauf, ist ein Gegenbesuch vorgesehen, der unter denselben Voraussetzungen stattfindet. Die Gastfamilie muß die Kosten für Unterkunft und Verpflegung übernehmen, dafür besteht eine Übernahme weiterer Ausgaben nicht, denn die chilenischen Jugendlichen verfügen über ein eigenes Taschengeld und müssen davon alle anderen anfallenden Unkosten bestreiten. Es ist ihnen erlaubt, sofern die schriftliche Erlaubnis der Eltern vorliegt, in den hiesigen Schulferien selbständige Reisen zu unternehmen, für deren Finanzierung sie auch selbst aufkommen.

Die Jugendlichen sollen in das soziale Gefüge der Gastfamilie eingegliedert werden, so daß sie sich wirklich als Familienmitglied fühlen und nicht nur als Besuch. Dabei sind sie auch verpflichtet, während ihres Aufenthaltes regelmäßig die Schule zu besuchen, auch wenn diese Zeit größtenteils in die chilenischen Schulferien fällt. Die Gasteltern sollten deshalb eine entsprechende Verbindung zu einer Schule haben, damit der Schulbesuch gesichert ist. Für die meisten Familien, die sich um diesen Austausch bemühen, wird das kein Problem sein, weil sie selbst meist schulpflichtige Kinder haben.

Die Jugendlichen aus Chile kennen all diese Bedingungen, die für ihren Europaaufenthalt erforderlich sind. Sie wollen sich gern in die Familien eingliedern und zu einem reibungslosen Zusammenleben beitragen. Natürlich kann es trotzdem passieren, daß es durch die Umstellung in einem fremden Land zu ungewollten Schwierigkeiten kommt. Ebenso ist es möglich, daß die Gastfamilie durch ein weiteres Familienmitglied überlastet ist und es zu Spannungen kommt. Der Familienaufenthalt kann deshalb bei unüberwindlichen Schwierigkeiten von seiten der Gasteltern oder des Austauschschülers abgebrochen werden. Bei solchen eventuellen Vorfällen sollte aber die Organisation, nämlich die DJO — Deutsche Jugend in Europa — zu Rate gezogen werden. Wünschenswert ist aber, daß der Aufenthalt in Europa ohne Zwischenfälle verläuft, denn jede Familie sollte sich vorher genau überlegen, ob sie sich um den ausländischen Schüler auch wirklich kümmern kann, so daß ein bleibender Kontakt zwischen den Familien entsteht. Familien, die an einem derartigen Austausch interessiert sind, möchten sich bitte an die DJO — Deutsche Jugend in Europa, 7 Stuttgart 1, Charlottenplatz 17 II, wenden, um die erforderlichen Unterlagen zu erhalten. Der Aufenthalt der Chilenen in den Gastfamilien ist von Mitte Januar 1976 bis etwa Ende April 1976 vorgesehen. Der Gegenbesuch kann, wie schon gesagt, von Mitte Juli 1976 bis Ende des Jahres stattfinden oder auch erst 1977/78. **C. ST.**



Ein Wahrzeichen von London: die Tower Bridge — Foto Sternberg

Deutschland amüsant angepriesen

Briten schmunzeln über Zeitungsanzeige der Botschaft

London — Auf mannigfache Weise lassen sich die Vorzüge eines Staates im Ausland darstellen. Meist geschieht es sehr seriös und aufwendig. Daß man es auch flott, amüsant und dadurch besonders wirkungsvoll machen kann, zeigt sich in einer Anzeige, die man jetzt in britischen Zeitungen sieht. Aufgegeben hat sie die Presseabteilung der bundesdeutschen Botschaft in London. Und übersetzt sieht sie so aus:

„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Land mit

vielen verschiedenen Leuten:

Bayern, Rheinländer, Helmut Schmidt (Kanzler), Willy Brandt (Exkanzler und SPD-Vorsitzender), Helmut Kohl (CDU-Vorsitzender), Franz Josef Strauß (CSU-Vorsitzender), Hans-Dietrich Genscher (Außenminister und FDP-Vorsitzender), Johann Wolfgang Goethe (Dichter und Gottvater der Goethe-Institute), Ludwig van Beethoven (Komponist), Otto von Bismarck (1. 4. 1815—30. 7. 1898), Karl Marx (Das Kapital), Konrad Adenauer (Kanzler vom 15. 9. 1949 bis 15. 10. 1963);

vielen verschiedenen Orten:

Schwarzwald, Berlin, Ruhrgebiet, Bonn (Hauptstadt), München (Hauptstadt von Bayern), Frankfurt (Hauptstadt des Bankwesens), Hamburg (Heimatstadt von Helmut Schmidt) und Marktplätzen;

vielen verschiedenen Problemen:

Wie man die Europäische Union erreicht, wie man die Wiedervereinigung bewerkstelligt, wie man die Arbeitslosigkeit bekämpft (eine Million Arbeitslose im Juli), wie man mit dem Terrorismus fertig wird (Baader-Meinhof-Prozeß), wie man die Inflation meistert;

vielen verschiedenen Möglichkeiten:

Niedrige Inflationsrate, Voraussage von sechsprozentigem Wirtschaftswachstum im nächsten Jahr, stabile Demokratie (nächste Bundestagswahlen im Herbst 1976), außerdem die weltberühmte Knackwurst, die Schwarzwälder Kirschtorte und die Dachshunde.

Ja, aber Achtung, Achtung — wirklich möchte ich über Deutschland folgendes wissen ..."

Es folgte eine Spalte, in die der Leser ihre Namen und Adressen angeben und eine möglichst originelle Frage stellen sollen. Wer den Abschnitt an die Botschaft einsendet, kann eine Deutschland-Reise gewinnen — und viele sonstige Preise. Über Mangel an Beteiligung wird sich die Botschaft nicht beklagen müssen. Die Briten haben Sinn für ausgefallene Einfälle.

Arnold Christen

Die Geschichte vom Uhu und der Maus

Eine sehr hintergründige Betrachtung von H. J. Oesten

„Die Lage ist ernst, die Menschen sind unsere Feinde", murmelte der alte Uhu.

„Ich gehe davon aus, daß eine schrittweise Annäherung möglich ist", fiepte die Maus, die in Wirklichkeit ein Mäuserich war.

Das wiederholte sich durch viele Jahre: Jedesmal, wenn sie sich abends trafen, sagte der Uhu dieselben Worte. Er saß auf dem verdorrten Ast einer alten Eiche, als schwarze Silhouette gegen den Abendhimmel im Rücken, rechts neben dem hohen, alten Schloßgebäude.

Der Mäuserich, von der Sonne rot angestrahlt, hielt inne auf seinem Rundgang am Feldesrand und blinzelte hinauf zur Eule. Von dem Vogel aus gesehen stand er links und im Osten.

Der Uhu hatte seine Gründe für seine Warnungen: Viele seiner Verwandten und Freunde waren von den großen Zweibeinern abgeschossen oder eingefangen worden und dann elendiglich eingegangen; sie sollen das sogar mit ihresgleichen tun. Er kannte die Hinterhältigkeit besonders der Jäger und Bauern, die den Tieren überall nachstellen, obwohl sie sich Tierfreunde nennen und oft von Frieden in der Natur sprechen und schreiben. Ihre Taten sind aber anders, das wissen auch die anderen klugen Tiere.

Der Mäuserich hatte schon wechselvolle Lebensjahre hinter sich, war aber trotzdem naiv und vertrauensselig geblieben, oder tat wenigstens so. Seiner Geburt nach war er ein ‚Schütze', der dem Element ‚Feuer' verbunden ist. Ein Feuerkopf also, in ständiger Unrast mit unausgegorenen Ideen — ein Illusionist. Die Psyche der Schütze-Geborenen ist nicht stark belastbar, das war auch im Tierreich bekannt.

Auch der Uhu hatte viel erlebt, war aber geradlinig zum Führer seiner Sippe herangewachsen, hatte lange Jahre Tag für Tag auf der Kanzel gesessen und von diesem Hochsitz einen guten Überblick gewonnen. Als geborener ‚Steinbock' blieb er mit den Füßen auf der Erde, war konservativ, ausgeglichen — ein Realist. Er war sehr alt geworden, fast dem Irdischen entrückt, sonst hätte er den Mäuserich gefressen, denn ‚gefressen' hatte er ihn.

„Die Lage ist ernst, die Bauernmenschen sind schlecht", murmelte er wieder einmal, als er den Mäuserich vor dem hohen Hause traf.

„Man soll nicht mit vorgefaßter Meinung jahrelang den anderen verdächtigen; damit kommen wir nicht weiter", meinte der Mäuserich. Er ärgerte sich, weil der Uhu immer so von oben herab sprach und in der Tierwelt als weise und verhandlungsgewandt galt, während man ihm vorwarf, er sei bar jeder echten Diplomatie und allzu weich und willig.

Den Vogel, der in höheren Regionen schweben konnte, rechnete er zu den Privilegierten, während er als Wühlmaus meist unter Grund leben und arbeiten mußte. Von daher rührte sein Sozialneid, der ihn nie verließ. Auch er war einmal auf die Kanzel geklettert, aber bald wieder heruntergefallen.



Zeichnung Fritz Freiesleben

Eines Tages nahm er sich vor, den Alten zu überzeugen und erzählte ihm folgende Geschichte:

„Seit einigen Wochen finde ich immer ein Häufchen Getreidekörner; erst an der Scheune, dann auf der Wegkreuzung und jetzt direkt vor meiner Wohnung da draußen."

„Da dehnt einer sein Einflußgebiet immer weiter aus", meinte der Uhu.

„Das halte ich für unwahrscheinlich" war die Antwort, „die Häufchen sind nur für mich bestimmt, denn soweit raus laufen seine Hühner nicht. Der Bauer tut es nur für uns, obwohl er selbst nicht genug Getreide erntet und dazukaufen muß; das finde ich rührend."

„Das finde ich verdächtig", murmelte der Uhu. „Die Körner sind vergiftet. Der Bauer tut nie etwas, was nicht ihm nützt."

Darauf der Kleine: „Ich gehe davon aus, daß das Angebot ehrlich gemeint ist, sonst hätten wir nicht schon zwei Häufchen davon fressen können, außerdem würde ich das Gift riechen. Bei meinen häufigen Besuchen auf seinem Hof hat er mir nie etwas getan, selbst, wenn ich von seinem Kaviar genascht habe. Soweit ist heute schon unsere Freundschaft."

„Das ist ein ungesundes Bündnis", meinte der Alte. „Ihr Mäuse seid doch seine natürlichen Feinde, daran ändert auch dein betontes Wohlverhalten nichts." Seine Augenmarkisen klappten langsam zu und auf; man merkte, daß er nachdachte.

„Komm mit, ich zeig dir was, da kannst du dich selber überzeugen", so der Mäuserich, der nun vorausläuft; und immer, wenn er einen Vorsprung hat, schwebt der große Vogel lautlos hinterher und landet schließlich auf einem hohen Stein vor dem Mäuseloch — und richtig: da liegt ein Körnerhäufchen — gelber, kalifornischer Weizen.

„Die Lage war noch nie so ernst, das ist eine Falle", warnt der Uhu.

„Das halte ich für unwahrscheinlich. Du siehst doch, ich brauche nur vertrauensvoll hineinzu ..."

Da schnappte eine Falle zu.



Schwerarbeit

Eine Muskelzerrung im Arm setzte den belgischen Gewichtheber Paul Bredouin außer Gefecht. Er zog sie sich zu, als er für seine Frau die prall gefüllte Einkaufstasche vom Markt nach Hause trug. Madame Bredouin nahm das Mißgeschick ihres Mannes zum Anlaß, ihn auf die Schwerstarbeit der vielgeplagten Hausfrauen hinzuweisen.

Hilfe — Elch im Wasserspeicher

Große Augen machte Reuben Weber, als er zum Mittagessen nach Hause kam und durch seinen geräumigen Garten schritt. Denn dort im Wasserspeicher hockte ein riesiger Elch. Das Tier war durch die Abdeckung aus Bohlen und Blechplatten gebrochen und in das geräumige Becken gefallen. Reuben eilte ans Telefon und rief Nachbarn zu Hilfe. Sie kamen — nachdem er sie davon überzeugt hatte, daß er sie keineswegs foppen wollte. Mit Hilfe von Stricken und sehr viel Kraftaufwand gelang es den zehn Männern, den sehr unfreundlich dreinschauenden Elch aufs Trockene zu wuchten. Anschließend brachten sich alle vorsichtshalber in Sicherheit. Der Elch sah den Fliehenden nach, dann trottete er gemächlich davon.

Spiele nie mit Watergate ...

Abergläubische Mitbürger sagten es gleich: Man soll mit bösen Dingen keinen Scherz treiben, das Schicksal nicht herausfordern! Davon aber ließ sich Clinton Harris, ein Washingtoner Rennbootfahrer, nicht abschrecken. Mutig gab er seinem neuen Boot den gewiß mit keinem guten Omen gesegneten Namen „Miß U.S. Watergate". Dann aber zeigte es sich schnell, daß die Warner doch recht hatten. Denn schon bei der ersten Probefahrt auf dem Potomac löste sich der Boden des Bootes, und die „Watergate" sank auf den Grund des Flusses. np

FAMILIEN-ANZEIGEN



Wir freuen uns, mit unseren Eltern

Rudolph und Charlotte Wilkowski
geb. Schibilla
Raiffeisen, Buddern

am 31. Oktober 1975 das Fest ihrer goldenen Hochzeit zu feiern.

DIE KINDER UND ENKEL

2253 Kotzenbüll/Tönning

Am 4. November 1975 feiert unsere liebe Mutter und Großmutter

Meta Sturat
geb. Knuth
aus Labiau und Rositten
Kurische Nehrung
jetzt 3302 Cremlingen 3
Oststraße 25

ihren 73. Geburtstag.

Wir gratulieren herzlich
DIE KINDER
UND ENKELKINDER

85

Unser lieber Vater, Herr

Friedrich Brosowski
aus Stucken (Elchniederung)
jetzt
x 2321 Elmenhorst, Kr. Grimmen
feiert am 30. Oktober 1975

seinen 85. Geburtstag.

Dazu gratulieren wir von Herzen und wünschen weiterhin Rüstigkeit.
Seine dankbaren Kinder
Eva-Maria Reszat
Hanna und Helmut Ziegler

Der Herr ist mein Hirte.
Psalm 23

Martha Kulschewski
geb. Brozowski
aus Plötzendorf, Kreis Lyck
* 24. 12. 1893 † 22. 10. 1975

Nach einem schwer geprüften Leben, das in Liebe und Sorge um die Ihrigen getragen war, entschlief heute nach schwerem Leiden unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante.

In stiller Trauer
Gottfried Kulschewski und Frau Hildegard
geb. Hamacher
Kurt Kulschewski und Frau Käthi
geb. Kemper
Waltraut Baumgarten, geb. Kulschewski
Heinz-Peter Baumgarten
7 Enkelkinder und Angehörige

4048 Grevenbroich 2, Feldstraße 26

Am 6. November 1975 feiert mein lieber Mann, Vater, Schwiegervater, unser liebster Opa

Max Alexander
aus Rechenberg, Kr. Sensburg
jetzt 46 Dortmund 50
Johannisberg 39

seinen 70. Geburtstag.

Es gratulieren herzlichst und wünschen weiterhin Gesundheit
seine Ehefrau
und Angehörige



Paul Gruhn
aus Pergusen/Pr.-Holland

feierte am 24. Oktober 1975 seinen 75. Geburtstag.

Nachträglich gratulieren herzlich
EMMA GRUHN, geb. Hopp
KINDER
UND ENKELKINDER

4401 Einen, Lerchenfeld



Am 3. November 1975 vollendet

Hermann Schlusnus
Hauptlehrer i. R.
aus Wolfsee, Kreis Lötzen

seinen 100. Geburtstag.

In Liebe, Dankbarkeit und Verehrung gratulieren herzlichst
KINDER
ENKEL UND URENKEL

2203 Horst, Horstheider Weg 45



Unsere liebe Mutti und Omi

Helene Dischereit
geb. Friese
aus Rhein, Kreis Lötzen
jetzt 286 Osterholz-Scharmbeck, Kantstraße 5
feiert am 11. November 1975
ihren 70. Geburtstag.

Es gratulieren recht herzlich und wünschen noch viele schöne Jahre bei guter Gesundheit
Gerd, Elisabeth, Jörg und Andreas



Wir gratulieren herzlichst unserer lieben Mutter, Groß- und Urgroßmutter, Frau

Elise Schaschke
geb. Thal

zum 85. GEBURTSTAG am 1. November 1975 und wünschen ihr Gottes Segen und beste Gesundheit.

Wir gedenken ihres einzigen Sohnes
Gerhard Schaschke
Hauptmann d. Lw.
vermißt im Osten
Hildegard Schaschke
Professor Dr. Bernard Gorceix und Frau Swantje,
geb. Schaschke, Paris
Catherine und Vincent als Urenkel

3118 Bad Bevensen, Roggenkamp 18

Weinet nicht an meinem Grabe,
gönnet mir die ew'ge Ruh.
Ihr wißt, was ich gelitten habe,
eh' ich schloß die Augen zu.

Meine liebe Mutter, Schwiegermutter, Groß- und Urgroßmutter

Emilie Kraffzik
verw. Stiebel
aus Griesen, Kreis Treuburg

ist im Alter von 95 Jahren in Frieden heimgegangen.

In stiller Trauer
Luise Pentzek, geb. Stiebel
Richard Pentzek
Christel-Luise Enders, geb. Pentzek
Friedhelm Enders
und Urenkelin Christel Enders

46 Dortmund 13, Grüningsweg 148, im Okt. 1975

Nach kurzer Krankheit entschlief heute unsere liebe Mutter und Schwiegermutter, herzensgute Oma, unsere Schwester, Schwägerin und Tante

Minna Spehr
geb. Steiner
geb. 17. 4. 1897 gest. 30. 9. 1975
aus Birkenried, Kreis Gumbinnen

In stiller Trauer
Konrad Baumann und Frau Brunhilde,
geb. Spehr
Hans Harbrucker und Frau Irmgard,
geb. Spehr
Reiner, Konrad und Ralf
und alle Angehörigen

243 Neustadt in Holstein, Schlesierweg 8
Die Trauerfeier fand am 3. Oktober 1975 statt.

Unsere lieben Eltern

Walter Kinder
und Frau Erna
geb. Hasenpusch
aus Königsberg-Juditten, Jodutheweg 2
feiern am 31. Oktober 1975
das Fest
der goldenen Hochzeit.

Es gratulieren herzlichst und wünschen weiterhin beste Gesundheit
Kinder
und Enkelkinder

Jetzige Anschrift:
5603 Wülfrath, Kastanienallee 50
(zur Zeit im Sanatorium)

Am 30. Oktober 1975 feiert

Fritz Penkwitz
aus Arnsberg
und Packerau, Kreis Pr.-Eylau
jetzt 7201 Seitingen, Schmiedwiesenstraße 3

seinen 75. Geburtstag.

Es gratuliert herzlich
Tochter HILDEGARD



Jahre
wird unsere liebe Tante und Omi am 2. November 1975

Emma Bublitz
geb. Briese
aus Sensburg
jetzt
41 Duisburg 18, Hirschstraße 63

Es gratulieren herzlich und wünschen Gesundheit und Gottes Segen.
In Liebe und Dankbarkeit,
Gretel, Heinz u. Bärbel-Marlies und alle Anverwandten

Gar einsam war Dein Leben,
Du dachtest nie an Dich,
nur für die Deinen streben,
hielst Du für Deine Pflicht.

Meine gute Frau, unsere liebe Mutter und Großmutti

Susanne Sinnig
geb. Lemhoefer
* Paulicken (Ostpreußen) 1894 † Oberhausen 1975

ist heute für immer von uns gegangen.

Wir trauern alle um sie
Albert Sinnig
Lothar Blumberg und Frau Ute,
geb. Sinnig
Irmgard Goddard, geb. Sinnig
und Enkel
Beatrice, Ernst, Helmut, Cornelia, Ulrich

433 Mülheim a. d. Ruhr und London, den 17. Oktober 1975
Steinmetzstraße 25

70

Am 4. November 1975 feiert unser lieber Bruder

Leo Keuchel
aus Noßberg
und Guttstadt (Ostpreußen)
jetzt 3572 Stadt Allendorf

seinen 70. Geburtstag.

Es gratulieren herzlich und wünschen gute Gesundheit seine Geschwister
Hans, Lisbeth, Grete, Anna und Gertrud
sein Schwager
sowie alle Nichten und Neffen

75

Am 6. November 1975 feiert unsere liebe Mutter und Großmutter, Frau

Gertrud Heinrich
geb. Genske
aus Königsberg (Pr),
Holsteiner Damm 161/63

ihren 75. Geburtstag.

Es gratulieren herzlich
die Kinder
und Enkelkinder

22 Elmshorn, Ollnsstraße 70

In stiller Trauer nehmen wir Abschied von meinem geliebten Mann, unserem unvergeßlichen Bruder, Schwager und Onkel

Hermann Telge
aus Gumbinnen, Ostpreußen
* 23. 2. 1898 † 2. 10. 1975

Hedwig Telge, geb. Langkau
und Anverwandte

1 Berlin 13, Heilmannring 60 a

Unser liebes Muttchen, Oma und Uroma, Frau

Louise Krause
geb. Nähring
aus
Königsberg (Pr), Am Fließ 44 b
feiert am 1. Nov. 1975 ihren

91.
GEBURTSTAG

Es gratulieren ganz herzlich und wünschen weiterhin alles Gute
Sohn Werner
Töchter Hilda und Ilse
Schwiegertochter Hella
Enkel Karin und Wolfgang
Urenkel Thomas und Cornelia

42 Oberhausen 1,
Hermann-Albertz-Straße 153



Jahre wird am 4. November 1975 Herr

Leo Keuchel
Holzkaufmann
aus Nossberg, Kreis Heilsberg

Es gratulieren und wünschen noch viele gesunde Jahre
Dr. Klaus und Cornelia Keuchel
Frau Helga Winkler
Werner und Gundula Holzwarth-Keuchel
Familie Kurt Holzwarth

357 Stadt Allendorf, Liebigstraße 12

Es ist sehr wichtig

bei allen Familienanzeigen auch den letzten Heimatort anzugeben

In Ostpreußen gab es sehr viele gleichlautende Namen, so daß ohne die Heimatortangabe häufig Verwechslungen vorkommen



Annemarie Erzberger

geb. Lamprecht

aus Königsberg (Pr), Steinmetzstraße 48

* 3. 5. 1919 † 20. 10. 1975

Gott hat heute, fern der Heimat, meine liebe Frau, unsere treusorgende Mutter und Großmutter von ihrem kurzen und schweren Leiden erlöst.

Ihr Leben war erfüllt von herzlicher Fürsorge und liebevollem Denken und Tun.

In Liebe und Dankbarkeit

Kurt Erzberger
Kinder, Enkelkinder
und Angehörige

4 Düsseldorf 30, Theodor-Storm-Straße 4

Die Beisetzung fand am Montag, dem 27. Oktober 1975, um 11.30 Uhr von der Kapelle des Nordfriedhofes aus statt.

Maria Jonuscheit

geb. Strasdas

* 3. 10. 1902 † 11. 10. 1975

Wir danken ihr.

Rosemarie Lüking, geb. Jonuscheit
Dr. Rudolf Lüking
mit Jost und Marianne
Joachim Jonuscheit, Sudweyhe
Erika Jonuscheit, geb. Sudmann
Georg-Peter Jonuscheit, Dipl.-Ing., Mainz

317 Gifhorn, Goethestraße 15, den 11. Oktober 1975

Die Beerdigung fand am 15. Oktober 1975 auf dem ev. Friedhof in Gifhorn statt.

Die Verstorbene bittet, anstelle ihr zugedachter Blumen einen Betrag auf das Konto der Lebenshilfe Gifhorn zu überweisen (Konto Kreissparkasse Gifhorn Nr. 10 27 00).

„Das Leben selbst
kann nie vernichtet werden,
es ist vom ewigen Gesetz ein Teil.
Der Tod
ist nur ein Wandel hier auf Erden,
und stumpf sind Sichel, Sens' und
und Todespfeil."

Hermann Krause

geb. in Zarnefanz/Belgard — Pom.

ist heute nach heimtückischer Krankheit, für uns noch unfaßbar, für immer von uns gegangen.

In Liebe und Dankbarkeit
nehmen wir Abschied

Inge Krause, geb. Gerlach
aus Heilsberg, Central-Hotel
Dagmar, Lothar und Kirk
Fritz Gerlach als Schwiegervater
und alle Anverwandten

415 Krefeld, Bahnstraße 39, den 12. Oktober 1975

Wir haben den lieben Verstorbenen am 16. Oktober 1975 zur letzten Ruhe geleitet.

Nach langer, schwerer Krankheit starb meine liebe Frau, unsere gütige Mutter, Schwester und Schwiegermutter

Gerda Bialowons

geb. Jaschinski

aus Ortelsburg, Memeler Straße 16

geb. 27. 9. 1910 gest. 5. 10. 1975

In stiller Trauer

Karl Bialowons
Manfred Bialowons und Frau
Margarete Glass, geb. Jaschinski
und Familie

8069 Geisenfeld, Wettermühlweg 8

Siegfried Bednarczyk

geb. 1. 3. 1907 gest. 12. 10. 1975

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied.

Gisela Bednarczyk, geb. Tengel
mit Katja und Bettina
Regina Stimmel, geb. Bednarczyk
Sabine Erhardt, geb. Bednarczyk
Siegfried Bednarczyk
Hans Bednarczyk
mit Familien
und alle Angehörigen

717 Schwäbisch Hall 1, Höhweg 31

Wilhelm Jorzick

Amtsinspektor a. D.

aus Lötzen (Ostpreußen)

geb. 19. 3. 1905 gest. 14. 10. 1975

Mein lieber Mann, unser guter Vater und Großvater ist für immer von uns gegangen.

In stiller Trauer
im Namen aller Angehörigen

Herta Jorzick, geb. Regelski

8700 Würzburg, Kleiststraße 5

Nach kurzer, schwerer Krankheit entschlief meine liebe Frau, Schwester, Schwägerin und Tante

Frieda Buttler

geb. Plew

aus Domnau, Ostpreußen

im 77. Lebensjahre.

In stiller Trauer

Otto Buttler
Erna Rieck, geb. Plew
und alle Angehörigen

235 Neumünster, den 22. Oktober 1975
Margaretenweg 5

Georg Schwarplies

Amtsrat a. D.

geb. 6. 3. 1900 gest. 11. 10. 1975

Ein Leben voller Liebe und Güte hat sich vollendet.

In tiefer Trauer und Dankbarkeit

Eva Schwarplies, geb. Luberg
und alle Angehörigen

23 Kiel, Feldstraße 124

Die Beerdigung hat am 16. Oktober 1975 in Kiel stattgefunden.

Nach längerer Krankheit verstarb mein lieber Mann, unser guter Vater und Großvater

Emil Czolbe

aus Weinsdorf, Kreis Mohrungen (Ostpreußen)

* 18. Oktober 1898 † 8. Oktober 1975

In stiller Trauer

Emma Czolbe, geb. Dziggel
Joachim Czolbe und Frau Jutta
geb. Armanski
Horst Winkler und Frau Hannelore
geb. Czolbe
Klaus-Dieter Möller und Frau Elfriede
geb. Czolbe
und sieben Enkelkinder

2845 Damme-Neuenwalde

Am 17. Oktober 1975 verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 77 Jahren unser lieber Bruder, Schwager und Onkel

Fleischermeister

Gustav Stendtke

aus Domnau, Ostpreußen

Er folgte nach sechs Wochen seiner lieben Schwester

Martha Neumann

In stiller Trauer

Familie Emil Stendtke
Familie Auguste Pieck
Familie Maria Unger

5609 Hückeswagen, Bachstraße 36

Nach schicksalsschwerem Leben verstarb im 77. Lebensjahr am 28. September 1975 in Bautzen

Georg Jatzek

Königsberg (Pr), Schönbuscher Weg 5

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied

Käthe Jatzek, geb. Kirschnick
Erwin Jatzek und Familie
Armin Jatzek und Familie

7314 Wernau a. N., Wasenstraße 7

Wir trauern um unseren lieben Verstorbenen

Max Schook

geb. 20. 7. 1895 gest. 17. 10. 1975

aus Treuburg (Ostpreußen)

Im Namen aller Anverwandten

Ernst Skirlo

493 Detmold, Mozartstraße 5

Die letzte Ruhestätte fand er neben seiner Gattin Luise auf dem Waldfriedhof Detmold.

Am 2. Oktober 1975 entschlief nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, unser lieber Vater, Bruder, Schwager, Onkel und Cousin

Franz Palfner

aus Kühnen, Kreis Schloßberg

im Alter von 76 Jahren.

In stiller Trauer
im Namen der Angehörigen

Ulrich und Dieter Palfner

3154 Stederdorf, Im Lah 21, im Oktober 1975



Nach einem erfüllten und arbeitsreichen Leben entschlief heute mein lieber Vater und Schwiegervater, unser Großvater und Urgroßvater

Emil Schibilla

aus Buddern (Ostpreußen)

im gesegneten Alter von 95 Jahren.

In stiller Trauer

Friedrich Wank und Frau Margarete,
geb. Schibilla
Enkel und Urenkel
sowie alle Angehörigen

2243 Albersdorf, Waldstraße 3, den 19. Oktober 1975

Die Trauerfeier fand am Mittwoch, dem 22. Oktober 1975, um 12.30 Uhr in der Kirche zu Albersdorf statt.

Danach Überführung nach Burg in Dithmarschen.

Der Herr ist mein Hirte,
mir wird nichts mangeln.

Nach längerer, schwerer Krankheit entschlief heute mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel

Johann Kostrzewa

aus Karwen, Kreis Sensburg

im Alter von 73 Jahren.

In stiller Trauer

Berta Kostrzewa, geb. Gloddeck
Klaus und Irene als Kinder
und alle Anverwandten

464 Wattenscheid, Beethovenweg 3, den 17. Oktober 1975

Die Beisetzung war Dienstag, den 21. Oktober 1975, um 11 Uhr auf dem Kommunalfriedhof Wattenscheid-Höntrop, Ferdinandstraße.

Im Alter von 85 Jahren entschlief unser geliebter Vater mitten aus dem regen Leben

Arthur Wandersleben

* 1. 9. 1890 † 14. 10. 1975

im Hause seiner Kinder und Enkel.

Im Namen aller Hinterbliebenen

Christa Guschewski, geb. Wandersleben

R. R. 3 Caledon East, Ont., Kanada

Die Beisetzung fand auf dem Waldgrundstück seiner Kinder in Kanada statt.

Der Weg zurück

Der Geburtenrückgang und die möglichen Folgen

Wir kriegen nicht mehr Kinder, wir lassen Kinder kriegen", sagte jüngst eine junge Mutter angesichts einer sechsköpfigen Gastarbeiterfamilie. So jedenfalls berichtete die ‚Deutsche Zeitung — Christ und Welt' in einer kritischen Betrachtung über die Kindermüdigkeit der Deutschen.

Tatsächlich nimmt der Geburtenrückgang in der westlichen Welt immer bedrohlichere Formen an. Während vor zehn Jahren die Statistiken jährlich noch mehr als eine Million Lebendgeborene in der Bundesrepublik auswiesen, ist die Zahl heute bereits auf rund 600 000 abgesunken. Gleichzeitig sank der Geburtenüberschuß gemessen an der Zahl der Sterbefälle. Für das laufende Jahr rechnen die Bevölkerungsstatistiker mit einem weiteren Rückgang der Geburten um 2,5 Prozent. Bereits in den ersten fünf Monaten 1975 sind in der Bundesrepublik 4,5 Prozent weniger Babys zur Welt gekommen als in der vergleichbaren Zeit von 1974. Wenn die deutsche Bevölkerung ihren Bestand erhalten wollte, müßten jährlich 14 Kinder auf 1000 Einwohner geboren werden. Schon im vergangenen Jahr lag diese Zahl jedoch nur bei zehn. Doch auch hier trügt der Schein: Denn jedes sechste Neugeborene hat heute ausländische Eltern.

Negative Jahresbilanz

Erschreckende Tatsachen: Die Jahresbilanz zwischen Leben und Tod ist plötzlich negativ geworden. Nicht einmal während der Weltwirtschaftskrise in den dreißiger Jahren war die Lage so ernst. Obwohl damals Millionen Arbeitslose die Straßen bevölkerten und weitere Millionen Not litten, hielt sich die Kindermüdigkeit in Grenzen. Seitdem es kontinuierliche Volkszählungen gibt — etwa seit 130 Jahren — ist kein derartiger Geburtenrückgang verzeichnet worden.

Während alle Welt von Uberbevölkerung und Bevölkerungsexplosion sprach und schon düstere Prophezeihungen der Vermassung der Gesellschaft ausgesprochen wurden, hat sich — jedenfalls in den westlichen Industrienationen — das Bild vollkommen gewandelt. Die Möglichkeiten der Pille und anderer Methoden der Geburtenregelung wurden kaum, wie ursprünglich vorgesehen, von den bevölkerungsreichen Ländern der Dritten Welt wahrgenommen, sondern gerade von den höchstentwickelten Industriestaaten begrüßt, obwohl hier schon ein Rückgang der Geburten deutlich spürbar war.

Die Pille allein war aber mit Sicherheit nicht das auslösende Moment. Natürlich ist sie — wie jedes kontrazeptive Mittel — eine Geburtenbremse. Aber verursacht hat sie die Änderung der Einstellung junger Menschen wohl kaum. Sicher ist es seit 1961 mit weniger Problemen verbunden, ungewollte Kinder zu vermeiden. Aber nicht alle Frauen vertragen die chemischen Ovulationshemmer und junge Mädchen haben bei der Verschreibung selbst nach 14 Jahren Pillen-Praxis noch Schwierigkeiten, da die Pille keineswegs vollkommen erforscht ist.

Als umstrittenes Thema ist in den letzten Wochen und Monaten immer wieder die Reform des Abtreibungsparagraphen im Bundestag und an den Stammtischen heiß diskutiert worden. Kirchenmänner, Politiker, Ärzte und Soziologen geraten in Streit, wenn es um das Für und Wider einer Fristen- oder Indikationslösung geht. Doch die Vor- und Nachteile einer Regelung sollen an dieser Stelle nicht erörtert werden. Es geht allein um die möglichen Auswirkungen einer Liberalisierung des Paragraphen 218 auf die Geburtenrate.

Nur Vermutungen

Fachleute sind sich einig: Bei einer begrenzten Freigabe der Schwangerschaftsunterbrechung sind kaum negative Tendenzen für die Geburtenrate zu erwarten. In einem Gutachten für das Bundesfamilienministerium vertritt Prof. Jürgens, der Direktor des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, die Meinung, es werde einen Ausgleich zwischen der Zahl derjenigen geben, die nach einer Reform eine Abtreibung vornehmen lassen, den sie vorher nicht vorgenommen hätten, und der Zahl derjenigen Frauen, die durch Beratungsstellen zum Austragen der Schwangerschaft bewogen werden. Bei dieser Annahme stützt Jürgens sich jedoch nur auf Vermutungen, denn nach Schätzungen finden in der Bundesrepublik jährlich etwa 200 000 bis 300 000 illegale Schwangerschaftsunterbrechungen statt. Hinzu kommen 20 000 weitere, die im Ausland vorgenommen werden.

Prof. Jürgens wies in seinem Gutachten weiter darauf hin, daß in sämtlichen Industriestaaten die Geburtenrate rückläufig sei — auch in den Ländern, in denen die Abtreibung nach wie vor verboten sei. Besonders auffällig ist ein Vergleich zwischen den Geburtenraten in der „DDR" und in der Bundesrepublik. Der sozialistische Teil Deutschlands, der bereits 1972 den Schwangerschaftsabbruch weitgehend liberalisierte, verzeichnet heute eine weitaus höhere Geburtenrate als die Bundesrepublik. Einer Pressemeldung zufolge ist in der „DDR" die Zahl der legalen Abtreibungen in letzter Zeit stark zurückgegangen. Waren 1972 noch 119 425 legale Schwangerschaftsabbrüche registriert worden, sank die Zahl 1974 auf 99 757.

Wenn schon nicht die Pille und die Reform des Paragraphen 218 einen Umschwung verursacht haben — welche Gründe mögen junge Menschen dann dazu führen, keine Kinder in die Welt setzen zu wollen?

Neben dem Geburtenrückgang sind in den letzten acht Jahren noch zwei weitere Faktoren deutlich ans Tageslicht getreten, die einen Verhaltenswandel anzeigen: Die Zahl der Eheschließungen, die lange Jahre konstant über acht lag (bezogen auf 1000 Einwohner), sank plötzlich und stand 1973 bei 6,4. Gleichzeitig traten immer mehr Menschen vor den Scheidungsrichter. Bezogen auf 1000 Einwohner gab es 1967 wieder mehr als eine Scheidung, 1972 sogar schon 1,4. Und im vergangenen Jahr endeten mehr als 90 000 bundesdeutsche Ehen vor dem Richtertisch.

Negative Geburtenbilanz, Rückgang der Eheschließungen, Ansteigen der Scheidungen — das alles zeigt, daß sich etwas geändert haben muß. Die sogenannte Sexwelle in Presse, Film, Theater und Literatur hat die Bürger offenbar ‚bekehrt', in sich zu gehen und sämtliche Augen zuzudrücken. Tabus wurden über den Haufen geworfen und der Gesetzgeber mischte eifrig mit. So fiel z. B. der Kuppeleiparagraph unter den Tisch. Der junge Mensch selbst genoß die ihm oft unerwartet zugefallenen Freiheiten, ohne eine Orientierungshilfe für das Leben in freier Wildbahn zu besitzen.

Die Gesellschaft akzeptiert diese Einstellung zum größten Teil und begibt sich so an den Rand eines Abgrundes. Denn diejenigen, die heute noch mit Ehering am Finger durch die Weltgeschichte streifen, Kinder gebären, sie auf- und erziehen, werden häufig nur mit einem mitleidigen Lächeln bedacht. Viel zu oft wird dabei aber vergessen, daß gerade diese Menschen unter großen Opfern den Bestand eines Volkes garantieren.

Hinzu kommen die allgemeine Kinderfeindlichkeit in Hotels, an Badestränden, in öffentlichen Anlagen und Verkehrsmitteln und die Schwierigkeiten im Verkehr mit Ministerien und Schulbehörden, denen Eltern zwangsläufig ausgesetzt sind. Ganz zu schweigen von den persönlichen Opfern, wenn etwa die Frau ihren Beruf wegen der Kinder aufgeben muß, und die zusätzliche finanzielle Belastung, die eine intakte Familie mit sich bringt. Die nicht verheirateten Kinderlosen bleiben von alldem verschont. Sie leben ihr eigenes Leben, kümmern sich um Beruf und Karriere und brauchen sich keine Gedanken über die Zukunft ihrer Kinder zu machen.

Aber auch bei verheirateten Bundesbürgern hat sich die Einstellung zum Nachwuchs geändert: Nach einer Umfrage des Wickert-Instituts hielten 1973 noch 69 Prozent zwei Kinder für ideal. Zwei Jahre später waren es nur noch 57 Prozent. Die Zahl der Ehepaare, die nur ein Kind haben wollen, stieg von drei auf 14 Prozent. Sieben Prozent der Befragten wollen hingegen vollkommen auf Elternglück verzichten.

Hier müßte jetzt das Schlagwort ‚Lebensqualität' fallen, das in letzter Zeit sehr oft mißbraucht worden ist. Es wird von einer Qualität des Lebens gesprochen, bei der der einzelne nur seinen eigenen Vorteil im Auge hat. Nimmt es da wunder, daß junge Menschen sich falschen Idealen und Idolen zuwenden und den Sinn des Lebens verkennen? Der Kampf um Lehrstellen und Studienplätze nimmt sie voll in Anspruch, überzogenes Karrierestreben und Wohlstandsdenken und die Angst vor einer ungewissen Zukunft läßt sie egoistisch werden.

Michel Debré, erster Premierminister bei General de Gaulle, nannte einmal in der ‚Welt' den Geburtenrückgang eine „Quelle der Inflation". „Allgemeiner Wunsch der Menschen in den industrialisierten Ländern ist es, den Studenten mehr Studienjahre einzuräumen, ein früheres Pensionsalter einzuführen, weniger Arbeitszeit, größeren Urlaub und eine noch bessere Sozialversicherung zu gewähren. Diese enorme soziale Anstrengung muß von der aktiven Bevölkerung getragen werden, das heißt von denen, die von der Schulentlassung bis zur Pensionierung arbeiten müssen. Wenn sich diese aktive Bevölkerung nicht regelmäßig vermehrt in einer Zeit, in der sich die Lebenserwartung gegenüber früheren Jahren wesentlich erhöht hat, müssen die legitimen sozialen Hoffnungen der Menschen durch künstliche Geldschaffung, mit anderen Worten durch die Inflation, erfüllt werden."

Schon jetzt zeichnet sich der Einfluß der geburtenschwachen Jahrgänge auf die Wirtschaft ab. Hersteller von Baby-Kleidung und Kinderärzte wissen ein Lied davon zu singen. Rentenfachleute warnen vor dem Jahr 1990. Etwa dann werden die geburtenschwachen Jahrgänge von Anfang der siebziger Jahre erwerbsfähig sein und ihre Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung zahlen müssen. Nach Berechnungen der Experten werden zu diesem Zeitpunkt Beitragserhöhungen nicht zu umgehen sein. Eine Besserung der Verhältnisse wäre aber erst im Jahre 2030 in Sicht. Dann nämlich wird sich der heutige Geburtenrückgang auf die Zahl der Rentner auswirken.



Foto Zimmermann

Gefahr erkannt

Weniger pessimistische Zeitgenossen sehen im Geburtenrücklauf keine große Gefahr. Sie argumentieren, im Zeitalter der Automatisierung seien nicht mehr so viele Menschen nötig, um eine Volkswirtschaft leistungsfähig zu erhalten. Die wenigen würden durch einen stärkeren Geldüberhang dann auch mehr verbrauchen.

Einige Staaten, und da in erster Linie die kommunistisch regierten, haben jedoch schon die Gefahr erkannt und sind dabei, sie zu bannen. Sie beginnen die Freiheit bei Scheidungen und Abtreibungen bereits wieder einzuschränken, betreiben Familienpolitik und bemühen sich, den Anteil der Jugend an der Gesamtbevölkerung zu erhöhen.

So ist Pressemeldungen zu entnehmen, daß sich besonders die Personalchefs der Betriebe und Verwaltungen in der „DDR" dafür einsetzen sollen, daß die ständig schrumpfende Bevölkerungszahl durch mehr Geburten ausgeglichen wird. Bei sogenannten Kadergesprächen und bei der Festlegung von Kader-Entwicklungsplänen sollen sie den Mitarbeitern nun die Notwendigkeit auseinandersetzen, mehr Kinder in die Welt zu setzen. Ähnlich wie in der Bundesrepublik tendieren die Ehepaare im anderen Teil Deutschlands nämlich auch zur ‚Ein-Kind-Familie'. Die SED-Funktionärszeitschrift ‚Einheit' betont, die Forderung nach mehr Kindern sei keineswegs eine „unzulässige Einmischung in die Privatsphäre". Das Blatt stellte fest, die Familienplanung gehe von der gegenwärtigen Situation aus, von der Größe der Wohnungen, der beruflichen Verpflichtung und der häuslichen Belastung. Was die Ehepartner aber in zehn bis zwanzig Jahren dächten, würde wenig berücksichtigt.

Einen gewissen Erfolg konnte Ost-Berlin schon jetzt verzeichnen: In den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurden 93 307 Kinder geboren, das sind 971 mehr als im entsprechenden Zeitraum 1974.

Einheit in Vielfalt

Zweifelsohne führt die Überfremdung eines Volkes zu einem Strukturwandel, was ganz zwangsläufig eine Veränderung des kulturellen Bildes nach sich zieht. Es ist jedoch wenig sinnvoll, die in diesem Zusammenhang auftretenden Fragen und Probleme lösen zu wollen, denn es gilt, hierbei viele Aspekte zu bedenken und da kann nur die erlebte Praxis weiterhelfen. Die Vielfalt unseres Volkes — bedingt durch das historische Schicksal als Land der Mitte — ist letzten Endes durch das Zusammenfinden germanischer, romanischer und auch slawischer Elemente entstanden, woran wir im Grunde keinen Schaden genommen haben, sondern was vielmehr ein Gewinn darstellt.

So gilt es heute, im wesentlichen darauf zu achten, daß die Substanz unseres Volkes nicht austrocknet, daß wir gute Einflüsse auch heute wieder aufnehmen, sie verarbeiten und als Bereicherung hinnehmen. Denn Europa kann als ein einheitlicher Kulturbereich angesehen werden, der zwar ein unterschiedliches Gefälle aufweist, jedoch aus einer gemeinsamen Wurzel entsprungen ist: Europas Stärke ist die Einheit in der Vielfalt.

Dennoch sollten wir beherzigen, was Michel Debré sagte: „Es nützt nichts, von Europa zu sprechen, wenn die europäische Jugend an Zahl immer mehr abnimmt. Nichts erscheint mir absurder als das unerträgliche Geschwätz jener, die unserer Jugend klarzumachen versuchen, der Ruhm der zivilisierten Welt läge in der Unfruchtbarkeit."

Ingolf Herrmann